

## 9. Kapitel

# Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen

*Wilfried Nelles und Wolfgang Beywl*

### 9.1 Einleitung

#### 9.1.1 Anmerkungen zum Thema

Es ist sicherlich nicht unproblematisch, in einem wissenschaftlichen Handbuch einen Gegenstand abzuhandeln, von dem sich die Beobachter noch nicht einig sind, ob es sich um eine flüchtige, durch das eher zufällige Zusammentreffen verschiedener Begünstigungsfaktoren erklärbare Zeiterscheinung oder um das Aufziehen einer Entwicklung mit historischer Relevanz, vielleicht gar eine „welthistorische Uraufführung“ (Guggenberger, 1980) handelt; ein Gegenstand zudem, über den empirisch kaum mehr als einige mehr oder weniger zuverlässige allgemeine Beschreibungen und zwar z.T. sehr detaillierte, aber auch spezielle und schwer verallgemeinerbare Fallanalysen vorliegen; über den zwar in wenigen Jahren eine Fülle von Aufsätzen, Büchern, akademischen Abschlußarbeiten usw. geschrieben wurden, bei dem die Forschung sich aber noch primär darum bemüht, die richtigen Fragen zu stellen und eine dem Gegenstand angemessene empirische Vorgehensweise zu entwickeln; ein Gegenstand schließlich, der in den in diesem Handbuch zusammengeführten Disziplinen, der Psychologie und der Ökonomie, kaum Beachtung gefunden hat (mit Ausnahme spezieller Teilaspekte der Selbsthilfe), sondern vor allem im Bereich der Politikwissenschaft und der Soziologie behandelt wurde. In jüngster Zeit ist jedoch ein zunehmendes Interesse der Ökonomie an den neuen Initiativ- und Selbsthilfebewegungen festzustellen. Dies hängt weniger mit der quantitativen Bedeutung dieser Bewegungen zusammen als damit, daß die in fast allen hochindustrialisierten westlichen Staaten andauernde staatliche Finanzkrise zunehmend als ein Strukturproblem angesehen wird. Dies gibt Anlaß zum Nachdenken über Alternativen bzw. Ergänzungen zum gegenwärtigen Regelungssystem marktgesteuerter und staatlich-bürokratischer Bedarfsdeckung. Denjenigen Theoretikern und Praktikern, die sowohl Verstaatlichungs- als auch Reprivatisierungskonzepte nicht für tauglich zur Überwindung der Finanzkrise des Staates und der damit zusammenhängenden Probleme einer sozial gerechten Versorgung (insbesondere mit Kollektivgütern) halten, erscheint die im letzten Jahrzehnt stetig gewachsene Bereitschaft zur kollektiven

Selbstorganisation und Selbsthilfe als empirischer Hinweis dafür, daß in manchen Bereichen ein dritter Weg zwischen Markt und Staat nicht nur theoretisch denkbar, sondern auch praktisch begehbar sein könnte (Badelt, 1980; Dettling, 1980; Gretschmann, 1979; Matzner, 1978; Strasser, 1979).

Dieser dritte Weg soll darin bestehen, durch die Wiederbelebung alter und/oder die Aktivierung neuer Formen der Zusammenarbeit bestimmte Bedürfnisse durch gemeinschaftliche Leistungserbringung in kooperativen Gruppen zu befriedigen.

### 9.1.2 Die Analyse von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten

Damit rücken die neuen Selbstorganisationen unter der Fragestellung ins politisch-ökonomische Interesse, inwieweit in ihnen sich Möglichkeiten einer gemeinschaftlichen Leistungserstellung zeigen. Diese Frage stellt sich aber nicht nur aus der Perspektive eines Staates, der nach Auswegen aus seiner Krise sucht, sondern wird auch von den Bewegungen selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Durch ihre bloße Existenz, ihre Praxis und ihre Theorien weisen sie auf das (partielle) Versagen marktlicher und staatlicher Bedarfsregulierung in vielen Bereichen hin und zeigen teilweise exemplarisch Alternativen auf. Die sozialwissenschaftliche Analyse dieser Bewegungen hätte zu zeigen, auf welche allgemeineren Gesellschaftsentwicklungen sie zurückzuführen sind und welche allgemeinen Potentiale in ihnen enthalten sind.

Da die Beantwortung dieser Frage je nach historischem Entwicklungsstand, institutionellen und kulturellen Bedingungen eines Landes unterschiedlich ausfallen muß, werden wir uns in diesem Beitrag auf die Aufarbeitung der Analysen konzentrieren, die die zeitgenössischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zum Gegenstand haben und ausländische Forschungen nur insoweit einbeziehen, als sie für allgemeine Aspekte unseres Gegenstandes zentral sind. Dies gilt besonders für die verschiedenen Selbstorganisationsbewegungen in den USA wie etwa Neighbourhood-Organisations (vgl. die Zeitschrift „Social Policy“, besonders Sept./Okt. 1979), die konsumeristische Nader-Bewegung (Gross, 1975) etc. Solange keine vergleichenden Analysen vorliegen, die die jeweiligen ökonomischen, politischen und kulturellen Kontexte dieser Bewegungen systematisch mit denen in der Bundesrepublik vergleichen, können diese nur als illustrative Beispiele herangezogen werden. Nicht befassen werden wir uns weiterhin mit selbstorganisierten Verbraucheraktivitäten und -protesten auf privaten Sachgütermärkten. Die generelle Frage der Organisierbarkeit von Verbraucherinteressen (im engeren Sinne) wird im Beitrag von Scherhorn behandelt; selbstorganisierte Aktivitäten nach Art von Käuferstreiks, Boykotten oder ähnlichen Kampagnen existierten hierzulande nur sporadisch und sind wissenschaftlich nicht analysiert (illustrativ siehe

Knirsch & Nickelmann, 1976, S. 61 ff.; Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V., 1977); längerfristig angelegte, selbstorganisierte allgemeine Verbraucherzusammenschlüsse auf lokaler wie auf überlokaler Ebene sind fast an einer Hand abzuzählen, von der Initiative weniger Einzelpersonen abhängig und scheinen derzeit kein Entwicklungspotential aufzuweisen (Biervert, Fechtner, Fischer-Winkelmann, Monse, Rock & Siedt, 1979; Institut für angewandte Verbraucherforschung, 1978; Rock, 1980). Letztere kommen zwar zu einer optimistischeren Schlußfolgerung, doch wird diese u. E. durch die von ihnen selbst erhobenen Daten nicht gestützt.

Zur Zeit der Verfassung dieses Beitrages befindet sich die Forschung über Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen in einer Phase der Neuorientierung. Beide Phänomene wurden bisher kaum systematisch miteinander in Verbindung gebracht (Hegner, 1980, S. 49), obwohl sie zum Teil definitorisch miteinander vermischt wurden. Vereinfacht ausgedrückt erschienen die Bürgerinitiativen als neue politische Herausforderung, während Selbsthilfe als (von manchen als löbliches Engagement begrüßtes) historisches Restphänomen angesehen wurde, das vielleicht noch in bestimmten, abgrenzbaren Bereichen notwendig, aber nicht von gesellschaftlicher, gar zukünftiger Bedeutung sei. Diese Betrachtungsweise entspricht der Entwicklung der Selbsthilfe im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung von der Durchsetzung des kapitalistischen Marktes bis zum Sozialstaat. Zum Verständnis der heutigen Problematik erscheint es uns zweckmäßig, den Verlauf dieses Prozesses kurz nachzuzeichnen.

Die für Marktgesellschaften konstitutive Konkurrenz bedeutet für die einzelnen Wirtschaftssubjekte im wirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang, daß jeder autonom handelnd versucht, seinen Produktionsfaktor (Kapital, Boden und Arbeit) zu möglichst günstigen Bedingungen in den Wirtschaftsprozeß einzubringen. Gelingt dies, so erhalten die Akteure aus ihrer Mitwirkung am Produktionsprozeß die Tauschmittel, die notwendig sind, um sich als Verbraucher am Markt die zum Lebensunterhalt und zur Bedürfnisbefriedigung erforderlichen Güter und Dienstleistungen zu kaufen. Der Autonomie der Wirtschaftssubjekte am Markt entspricht im sozialen Zusammenleben ihre Privatheit, die Form der individuellen Reproduktion innerhalb der Kleinfamilie. Diese Form der sozialen Reproduktion unterscheidet unsere Gesellschaft von vorindustriellen Gesellschaften, in denen Wirtschafts- und Sozialgefüge zusammenhängen (Großfamilienstruktur). Das ökonomische Erfordernis individueller Mobilität für den Produktionsprozeß und die Ablösung von Naturvoraussetzungen des Wirtschaftens stellten die Voraussetzung von Autonomie und Privatheit dar, die ihre Entsprechungen bis in die konkreten Formen der Reproduktion finden (Formen der Architektur, des Wohnens, der Fortbewegung usw.). Insgesamt tendiert die Logik des Marktes dazu, gemeinschaftliche Formen der Reproduktion durch gesellschaftliche Formen zu ersetzen. D.h., daß die in traditionellen Sozialverbänden in kollektiver Selbsthilfe erbrachten

Leistungen zur materiellen und immateriellen Bedürfnisbefriedigung in dem Maße vom Markt aufgegriffen werden, in dem sie eine profitable Verwertung versprechen. Mit dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Funktion setzt ein sich wechselseitig verstärkender Prozeß der Auflösung und Wandlung traditioneller Sozialverbände und der Vermarktung der ehemals in diesen Sozialverbänden erfolgten Bedürfnisbefriedigung ein. Sofern nun in diesen privaten, marktgesteuerten Formen der Reproduktion individuelle Bedürfnisbefriedigung auf einer höheren Ebene gewährleistet ist, ergibt sich weder die Notwendigkeit zur kollektiven Selbsthilfe noch zur ökonomisch-politischen Interessenorganisation.

Abweichend vom idealtypischen Entwurf einer reinen Marktwirtschaft hat der Markt jedoch aus sich heraus historisch diese Funktion nie zufriedenstellend erfüllen können. Bedurfte es der Organisation der Arbeiterklasse, um das zur Reproduktion notwendige Einkommen für die Beschäftigten und erst recht für jene zu sichern, die ihre Arbeitskraft nicht verkaufen konnten, so wurde es mit der schrittweisen Auflösung der alten Sozialverbände zusätzlich notwendig, deren spezifische Reproduktionsleistungen, sofern sie nicht Vermarktbar waren bzw. für einen Großteil der Bevölkerung auf dem Markt nicht bezahlbar waren, durch kollektive Organisation bereitzustellen. Zur Sicherstellung dieser Reproduktionsbedingungen entwickelten sich kollektive Selbstorganisationen in Form von Gewerkschaften und Genossenschaften und einer Vielzahl ähnlicher Vereinigungen (s. Kap. 9.3.2).

Diese Entwicklung zeigt, daß die kapitalistische Marktdynamik einerseits traditionale Strukturen der materiellen und immateriellen Reproduktion zerstört, da sie für die Reproduktion des Kapitals hinderlich sind, daß der Markt diese andererseits jedoch nicht vollständig ersetzen kann, so daß es neuer kollektiver Organisationen bedarf. Die Aufgaben der (im weitesten Sinne) sozialen Sicherung sind dann - in den verschiedenen kapitalistischen Industrienationen in unterschiedlichem Ausmaß - schließlich weitestgehend vom Staat übernommen worden, so daß die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterbewegung ebenfalls ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Als Sozialstaat sichert er nicht nur die Funktionsfähigkeit des Marktes (bzw. die Reproduktion des Kapitals), sondern verpflichtet sich auch zur Bearbeitung der Bedürfnisse und Problemlagen, die die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen (z. B. Familie) und der Markt nicht in sozial vertretbarer Weise lösen oder die als Folgeprobleme der privaten Produktion neu auftreten. Damit hat der Staat die im Zuge der Industrialisierung neu entstandenen kollektiven Selbsthilfeeinrichtungen in ähnlicher Weise überflüssig gemacht wie die Ausdehnung der über den Markt gesteuerten Warenproduktion die traditionellen Sozialgebilde vorindustrieller Gesellschaften. Entsprechend haben sich auch die ehemaligen Genossenschaften zu normalen Wirtschaftsunternehmen gewandelt.

Im demokratischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik schien somit die kollektive Selbsthilfe endgültig überflüssig und damit das Problem der

Abdeckung nicht marktfähiger Bedürfnisse auf die Ebene der politischen Willensbildung und politisch-administrativen Steuerung verschoben zu sein. Dementsprechend wurde in der politischen und vor allem anfänglich auch in der wissenschaftlichen Diskussion das Auftreten und die Verbreitung von Bürgerinitiativen fast ausschließlich unter diesen beiden Gesichtspunkten diskutiert.

Selbsthilfe wurde in diesem Zusammenhang nur als eine von vielen Aktionsformen von Bürgerinitiativen angesprochen und entweder als Ausdruck praktischen Engagements begrüßt (konservative und liberale Position, vgl. Mayer-Tasch, 1976, S. 15f.) oder als Entlastung des Staates bzw. Privileg derjenigen, die es sich leisten können, abgelehnt (sozialistische Position, vgl. Offe, 1971, S. 159 f.). Erst die staatliche Finanzkrise einerseits und die parallele Ausbreitung von Bürgerinitiativen bzw. Selbsthilfegruppen und deren mit theoretischen und praktischen Alternativentwürfen verbundene offensive Kritik an bestehenden Versorgungsstrukturen andererseits lenkten die Aufmerksamkeit mehr auf die ökonomischen und sozialen Inhalte und Möglichkeiten der neuen Selbstorganisationen. Ihre zusammenhängende Analyse ermöglicht einerseits die Untersuchung der Frage, inwieweit diese Entwicklungen jeweils spezifische Reaktionen sowohl auf die warenförmige als auch auf die bürokratische Leistungserstellung sind, weil diese selbst Verformungen und Folgeprobleme hervorbringen, zu deren Bewältigung Markt und Staat aufgrund ihrer konstitutiven Strukturmerkmale nicht in der Lage sind; andererseits kann die zusammenhängende Betrachtung von Bürgerinitiativ- und Selbsthilfebewegungen erkennen lassen, inwieweit hier tatsächlich Potentiale für kooperative Leistungserstellung in gesellschaftlich relevantem Umfang existieren, oder ob es sich bei den verschiedenen Phänomenen kollektiver Selbstorganisation nicht vielleicht um sehr unterschiedliche Entwicklungen handelt, die eine solche Perspektive nicht stützen. Der bisherige Forschungsstand läßt eine Beantwortung dieser Fragen noch nicht zu, was nicht zuletzt an der speziellen Optik vieler Untersuchungen liegt. Wir werden versuchen, den Diskussions- und Erkenntnisstand so zu ordnen, daß deutlich wird, in welchem Ausmaß wissenschaftlich fundierte Antworten hierzu vorliegen.

Trotz der zusammenhängenden Betrachtung von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, die wir zusammen auch als kollektive Selbstorganisationen bezeichnen, scheint uns ihre begriffliche Trennung und getrennte Darstellung in je eigenen Kapiteln notwendig, um eine differenzierte Darstellung der jeweiligen Erscheinungen und ihrer Hintergründe zu ermöglichen. Der Hauptunterschied ist darin zu sehen, daß Bürgerinitiativen schwerpunktmäßig *andere* dazu veranlassen wollen, ihre Interessen besser zu berücksichtigen. Dies impliziert die Annahme, daß diese Anderen - meist staatliche Institutionen - prinzipiell für zuständig und fähig zur Regelung der jeweiligen Angelegenheiten gehalten und zumindest partiell Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung auf diesem Wege gesehen werden.

Selbsthilfegruppen versuchen hingegen, ihre Bedürfnisse - von Einzelbedürfnissen über bestimmte Klassen von Bedürfnissen bis hin zur gesamten Lebensführung - durch kollektive *Selbsttätigkeit* zu realisieren. Der Begriff Selbsttätigkeit soll ausdrücken, daß die Erstellung bzw. die Organisation der gemeinsamen Nutzung von Gütern oder Dienstleistungen Hauptzweck dieser Form von Selbstorganisation ist. Diese Unterscheidung schließt nicht aus, daß Bürgerinitiativen zur Realisierung ihrer Ziele auch zum Mittel der Selbsthilfe greifen (s. Kap. 9.3.3.2) bzw. Selbsthilfegruppen ihre Interessen gegenüber dritten, etwa dem Staat, vertreten. Sie weist nur auf den Hauptzweck des Handelns hin.

## 9.2 Bürgerinitiativen

### 9.2.1 Begriffsbestimmung

Die Definition von Bürgerinitiativen steht vor dem Problem, daß ‚Bürgerinitiativen‘ einerseits vom Wortsinn her ein sehr allgemeiner Begriff ist, andererseits als politischer Begriff für bestimmte Formen kollektiver Handlungen steht, ohne daß diese jedoch genau abgrenzbar sind. Liegt eine Bürgerinitiative vor, wenn Bürger irgendwelche Initiativen ergreifen? Eine solch weite Begriffsbestimmung geht offensichtlich an dem spezifischen historischen Phänomen, dem unser Interesse gilt, vorbei und ist für eine wissenschaftliche Analyse wenig brauchbar. Aber wie läßt sich eine begründete Abgrenzung vornehmen?

In einer der ersten Definitionen versucht Offe eine solche Abgrenzung. Er bezeichnet Bürgerinitiativen als Aktionen, „die sich auf eine Verbesserung der disparitären Bedürfnisbereiche richten (d.h. also auf die Bereiche, in denen die Arbeitskraft und das Leben nicht durch individuelle Kaufakte, sondern kollektiv reproduziert werden: Wohnung, Verkehr und Personentransport, Erziehung, Gesundheit, Erholung usw.) und die weder bloße Formen kollektiver Selbsthilfe sind, noch sich darauf beschränken, den offiziellen Instanzenzug des politischen Systems zu mobilisieren; sie bringen vielmehr Formen der Selbstorganisation der unmittelbar Betroffenen hervor, die ebenso wie ihre Aktionsformen im System der politischen Institutionen nicht vorgesehen sind“ (Offe, 1971, S. 159). Diese Definition weist gegenüber dem Alltagsverständnis einige Ausgrenzungen vor. Als Bürgerinitiativen werden nur Aktionsgruppen im Bereich der politisch-administrativ gesteuerten Reproduktion verstanden. Sie werden sowohl von *bloßen* Selbsthilfeformen als auch von Interessenvertretungen abgegrenzt, die sich im Rahmen der gegebenen Institutionen bewegen, und als Selbstorganisationen der unmittelbar Betroffenen charakterisiert. Gegen all diese Kriterien ist eingewandt worden, daß damit viele tatsächlich existierenden Initiativen aus dem Bereich der Bürgerinitiativen herausdefiniert werden, weil sie einem dieser Kriterien nicht entsprechen. Um zu wissen, was zu den Bürgerinitiativen gehört, brauchen die Kritiker jedoch einen Begriff davon, was

eine Bürgerinitiative ist. Diesen entnehmen sie wiederum unvermittelt der Empirie - ein offensichtlicher Zirkel. Die Problematik der Offeschen Definition liegt demnach weniger in ihrer Diskrepanz zum Alltagsverständnis von Bürgerinitiativen als darin, daß die von ihm genannten Merkmale normativen Charakter haben und der Realität aus einem bestimmten, auf Systemüberwindung zielenden Gesellschaftsverständnis aufgesetzt erscheinen. Dies trifft besonders auf die abwertende Beurteilung kollektiver Selbsthilfe zu, die nicht theoretisch, sondern strategisch begründet wird. Ähnliches gilt für die Beurteilung der Aktionsformen der Initiativgruppen. Aufgrund dieser nur normativ bzw. politisch-strategisch nachvollziehbaren Einengung des Gegenstandes findet diese Definition in den meisten Abhandlungen über Bürgerinitiativen lediglich als Negativ-Beispiel Eingang. Dabei enthält sie durchaus Ansätze zu einer theoretischen Durchdringung von Bürgerinitiativen, deren Ausbau ein tieferes Verständnis der Eigenarten dieser neuen Erscheinung sowie deren Differenzierung ermöglicht.

Auf der anderen Seite stehen Definitionen, die eine solche Einengung des Gegenstandes ablehnen. Aus der Beobachtung der Handlungsformen, die alltagssprachlich als Bürgerinitiative bezeichnet werden bzw. sich selbst so nennen, wird versucht, durch Verallgemeinerung der wesentlichen Merkmale eine empirisch-deskriptive Definition zu gewinnen. Typisch ist hierfür die weithin akzeptierte Definition von Mayer-Tasch, der Bürgerinitiativen beschreibt „als spontan ins Leben gerufene, von einer mehr oder weniger losen Organisation getragene Gruppierungen von (Staats-)Bürgern (. . .), die aus einem konkreten Anlaß oder im Zeichen einer allgemeineren Zielsetzung zu Selbsthilfeaktionen schreiten und (oder) - auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene - Einfluß auf politische Willensbildungsprozesse zu gewinnen suchen (Mayer-Tasch, 1976, S. 14). Diese Definition kennzeichnet Bürgerinitiativen mit Hilfe der Kriterien Entstehungsmodus (spontan), Organisationsform (mehr oder weniger lose), Handlungsanlaß bzw. -ziel (konkreter Anlaß oder allgemeine Zielsetzung) und Mitteleinsatz zur Zielerreichung (Selbsthilfeaktionen und (oder) Einflußnahme auf politische Willensbildung). Mit Ausnahme des ersten Kriteriums läßt also jede Merkmalsbestimmung ein breites Spektrum von Möglichkeiten offen und ist im Extremfall durch ihr Gegenteil ersetzbar. Es bleibt damit lediglich das (zweifelhafte und unscharfe, vgl. Hegner, 1977, S. 194) Merkmal der spontanen Gründung, das Bürgerinitiativen von anderen kollektiven Handlungsformen unterscheiden soll. Im übrigen lassen sich nahezu alle Zusammenschlüsse unter diese Definition subsumieren. Andere Definitionen (Guggenberger, 1980; Knirsch & Nikolmann, 1976; Knöpfle, 1974; Lange, 1973; Zilleßen, 1974;) geben zwar teilweise weitere Merkmalsbestimmungen an, doch sind diese in der Regel auch mit unscharfen Formulierungen wie „mehr oder weniger“ versehen und bringen damit wenig Präzisierung. Der Vorteil und zugleich der Nachteil dieser Definitionen liegt darin, daß sie nicht in Widerspruch zum vorwissenschaftlichen Wortgebrauch

stehen, sondern alles, was als Bürgerinitiative bezeichnet wird bzw. bezeichnet werden könnte, einbeziehen. Konsequenterweise müßten aber auch Handlungsformen wie beispielsweise Selbsterfahrungsgruppen oder Tierschutzvereine oder die alten Genossenschaften etc. in die Analyse einbezogen werden, da auf alle diese Definitionsmerkmale zutreffen. Damit bleiben bei diesem Vorgehen zwei Möglichkeiten: Entweder man richtet sich tatsächlich nach seiner Definition und analysiert sehr unterschiedliche Aktivitäten unter dem Begriff der Bürgerinitiative, was auf Kosten klarer Aussagen geht, oder man grenzt ungeachtet der sehr allgemeinen Definition den Gegenstand dennoch stillschweigend auf bestimmte Aktivitäten ein. In der Literatur findet sich häufig eine Mischung zwischen diesen beiden Alternativen, so daß die Definitionen „einerseits zu umfassend und allgemein“ und andererseits der praktische Umgang damit „zu sehr auf die politische Dimension eingeengt ist“ (Hegner, 1980, S.27).

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß eine theoretisch begründete, systematische Begriffsbestimmung und Abgrenzung von Bürgerinitiativen gegenüber anderen Formen kollektiven sozialen Handelns bisher nicht gelungen ist. Als Ergebnis eines Versuchs in dieser Richtung hat jedoch Hegner kürzlich eine recht präzise definitorische Umschreibung der Phänomene vorgelegt, die gemeinhin als Bürgerinitiativen bezeichnet werden. Danach sind dies „soziale Beziehungsgeflechte, die nach der Mitte der sechziger Jahre gegründet wurden, um bis dahin vernachlässigte Mangelsituationen in bestimmten gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern mit dem Ziel der Beseitigung des Mangels zu bearbeiten; dabei resultiert diese Zielsetzung unmittelbar aus dem individuellen Erleben des Mangels (bei sich oder anderen) und aus dem Handlungsmotiv der Mangelbeseitigung; angestrebt wird die Zielverwirklichung im Rahmen einfach organisierter - also in nur geringem Umfang auf generalisierten und formalisierten Verhaltenserwartungen basierenden - Formen der Kommunikation und der Kooperation sowie mit Hilfe von bis dahin als unkonventionell angesehenen Mitteln der Aktion.“ (Hegner, 1980, S. 99 f.).

## 9.2.2 Forschungsstand

Der empirische Forschungsstand zu Bürgerinitiativen ist dürftig. Es gibt etwa ein knappes Dutzend quantitative Daten erfassende Studien, die sich direkt mit Bürgerinitiativen befassen, einige mehr oder weniger systematische Sekundäranalysen dieser Erhebungen (insb. Armbruster, 1979; Hegner, 1980; Mayer-Tasch, 1976; Roth, 1980; Rüdiger, 1980) sowie eine Fülle von (qualitativen) Einzelfallstudien, die jedoch meist nicht veröffentlicht und auch nicht sekundäranalytisch aufgearbeitet sind (und daher nicht systematisch eingearbeitet werden können). Alle Erhebungen sind vorwiegend deskriptiv ausgerichtet und nicht theoriegeleitet. Allenfalls werden gelegentlich ad-hoc-Hypothesen zu

überprüfen versucht. Im übrigen dominiert das Interesse, das neue sozio-politische Phänomen zunächst einmal in seinen wichtigsten quantitativen und - dies allerdings mehr durch Fallstudien - qualitativen Dimensionen zu erfassen und zu beschreiben. Dabei schwingt häufig auch das Ziel einer normativ-ordnungspolitischen („wann sind Bürgerinitiativen legitim, wann nicht?“) oder strategischen („wann sind Bürgerinitiativen subversiv, wann sind sie integrativ?“) Einordnung mit und läßt das analytische Interesse hintanstehen (vgl. auch Roth, 1980, S209f.). Reichweite und Qualität (i. S. von Gültigkeit und Zuverlässigkeit) der Erhebungen sind mangelhaft. Keine Studie kann als repräsentativ für die Bundesrepublik angesehen werden. Die meistzitierte (schriftliche) Erhebung von Lange (1973) erfaßt lediglich 61 Bürgerinitiativen, die zudem über Teilnehmerlisten von Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung erfaßt wurden und daher einen politischen bias (FDP) aufweisen (Rücklaufquote 15 %). Weitaus mehr Initiativen, nämlich 331, erreichten Andritzky und Wahl-Terlinden (1977) bei einer ebenfalls schriftlichen Umfrage (im Auftrag des Bundesinnenministers). Diese bezog sich jedoch nur auf den Bereich der Umweltschutz-Initiativen (und hier fast ausschließlich auf Initiativen, die einem bundesweiten Dachverband angehören). Obgleich dies die bisher gründlichste und umfangreichste Erhebung ist, sind die Daten (entgegen der Auffassung der Autoren, S. 97) selbst für die Umweltschutzinitiativen nicht als repräsentativ anzusehen, da der Rücklauf nur 13 % betrug und Hinweise sowohl auf eine systematische Verzerrung der Stichprobe als auch auf bewußte Falschantworten vorliegen. Abgesehen von einer Studie des Batelle-Institutes im Auftrag der Bundesregierung über Umweltschutz-Initiativen in 2 Regionen mit Kernkraftwerk-Standorten (2 regionale Bevölkerungsumfragen, teilstrukturierte Interviews mit den Leitern von Bürgerinitiativen sowie Medienanalysen und Beobachtung) und kleineren Erhebungen im Rahmen von Diplomarbeiten (John, 1979; Turczak, 1975) haben die übrigen Studien ihre Daten nicht direkt bei Bürgerinitiativen, sondern bei Kommunalverwaltungen oder anderen Behörden gewonnen. Hinzu kommen einige wenig ergiebige Daten aus demoskopischen Repräsentativerhebungen. Generell ist daher festzuhalten, daß lediglich über die Umweltschutzinitiativen halbwegs verlässliche Daten vorliegen. Die übrigen Befunde können nur als sehr grobe Illustration von Größenordnung und Ausrichtung der Bürgerinitiativen angesehen werden. Zusätzlich muß eingeschränkt werden, daß es sich um Momentaufnahmen in einem sich rasch wandelnden Feld handelt, so daß auch der deskriptive Befund nicht mehr als Trends wiedergeben kann (vgl. auch Armbruster, 1979, S. 148 f.; Roth, 1980, S. 207ff.). Die folgende Zusammenstellung von Rüdig gibt einen instruktiven Überblick über die bisherigen Studien und deren Datenbasis, wobei anzumerken ist, daß einige Arbeiten Bürgerinitiativen nur am Rande erfassen (im einzelnen vgl. Rüdig, 1980, S. 128 ff.).

Theoretisch aufschlußreichere Daten finden sich bisher eher in Forschungsfeldern, die nicht direkt auf Bürgerinitiativen, sondern - z.T. theoretisch vom

Tabelle 1: Befragungen von Bürgerinitiativen

Studie	Zeitpunkt	Auftraggeber	Methode		Grundgesamtheit	Größe der Stichprobe	Rücklaufquote (in %)	Verwertete Angaben (in %)	Erfafte BI
			Erhebungsart	Erhebungstechnik					
Der Bundesminister des Innern 1973	1972	dto.	Stichprobe <sup>1)</sup>	Schriftliche Befragung	Umwelt-BI	225	48,4	48,4	109
Lange 1973	1972	-	Stichprobe <sup>1)</sup>	Schriftliche Befragung	BI	400	18,8	15,3	61
Borsdorf-Ruhl 1973	1972/73	Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk	stichprobe <sup>1)</sup>	Schriftliche Befragung	BI im Ruhrgebiet	64	54,7	51,6	33
Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (1974)	1974	(?)	(?)	Schriftliche Befragung	Umweltorganisationen und Umwelt-BI	ca. 900	27	27	244
Ikr Bundesminister des Innern 1975	1974/75	dto.	Stichprobe <sup>1)</sup>	Schriftliche Befragung	Umweltorganisationen und Umwelt-BI	793	26,2	24,7	153
Battelle-Institut 1977a	1974/75	Bundesminister für Forschung und Technologie	(?)	teilstrukturierte Interviews	Leiter von Anti-KKW-BI Wyl/Iudwigshafen	(?)	-	-	(?)
Küpper und Reiberg	1974/75	Bundesminister des Innern	ausgewählte Stichproben	Schriftliche Befragung, Intensivinterviews	Umwelt-BI	40	-	-	40
Turezak 1975	1975		Stichprobe(?)	(?)	BI	(?)	(?)	(?)	93
Andritzky und Wahl-Terlinden 1977	1977	Bundesminister des Innern	Stichprobe <sup>1)</sup>	Schriftliche Befragung	Umwelt-BI	2 620	(?)	12,6	331

<sup>1)</sup> In allen diesen Fällen wurden alle den Forschern bekannten Bürgerinitiativen angeschrieben, insofern handelt es sich nicht um methodisch abgesicherte Stichproben; ebensowenig kann man aber von Gesamterhebungen sprechen, da die Zahl aller existierender Bürgerinitiativen in allen Fällen größer war (vgl. Borsdorf-Ruhl, 1973, S. 21). (Rüdiger, 1980, S. 129)

Bürgerinitiativen-Phänomen ausgehend - auf Bereiche bezogen sind, in denen man Ursachen für diese neue Entwicklung vermutet - etwa der Partizipationsforschung, Werteforschung, Verwaltungsforschung und neuerdings auch der Verbraucherforschung. Der Versuch der integrierten theoretisch-empirischen Bearbeitung dieser Ansätze und Ergebnisse steht jedoch erst am Anfang. Wir werden auf diese Arbeiten in Kap. 9.4 zurückgreifen.

Die wissenschaftlich insgesamt unbefriedigende Situation der engeren Bürgerinitiativ-Forschung, die z.T. dadurch überdeckt wird, daß die vorliegenden Daten häufig ohne gründliche Prüfung ihrer Stichhaltigkeit als mehr oder weniger handfeste Befunde zitiert werden, hat mehrere Ursachen, die nur zum Teil durch „normale“ wissenschaftliche Anstrengung überwindbar sind. In der Literatur durchgängig betont werden vor allem zwei Probleme der Datenerfassung, die gegenstandsspezifisch sind:

Erstens ist festzuhalten, daß sich Bürgerinitiativen den gängigen Techniken der empirischen Sozialforschung objektiv weitgehend entziehen. Abgesehen von den kaum überwindbaren Schwierigkeiten einer exakten Operationalisierung ist weder die Zahl der Initiativen noch die der Mitglieder genau zu ermitteln, da beide nirgendwo registriert sind. Als vielfach temporäre Erscheinung sind die Bürgerinitiativen überdies schnellen Wandlungsprozessen unterworfen. Allenfalls auf weitgehend qualitative Methoden gestützte Fallstudien versprechen bei dieser Gegenstandskonstellation zuverlässige empirische Erkenntnis, doch stellt sich hierbei dann das Problem der fehlenden Repräsentativität der Einzelstudien bzw. ihrer Vergleichbarkeit im Rahmen sekundäranalytischer Auswertungen.

Zweitens sperren sich viele Bürgerinitiativen subjektiv gegen ihre wissenschaftliche Erforschung. Dies vor allem dann, wenn nicht der Gegenstand ihrer Aktivität bzw. der Konflikt, in den sie involviert sind, sondern sie selbst bzw. ihre Mitglieder zentrales Forschungsobjekt sind. Dieser Problematik sehen sich Politologie und Soziologie immer dann gegenüber, wenn sie über Gruppen oder Institutionen forschen wollen, die in (potentiell) konflikthafte Auseinandersetzungen verwickelt sind. Doch ist man bei Bürgerinitiativen aufgrund ihres geringen Formalisierungsgrades sehr viel mehr als etwa bei staatlichen Institutionen oder bürokratischen Großorganisationen auf persönliche Kooperationsbereitschaft angewiesen. Gerade bei schriftlichen Umfragen ergibt sich dadurch eine systematische Verzerrung. Es kann vermutet werden, daß die Antwortbereitschaft um so geringer ist, je gesellschaftskritischer die jeweilige Bürgerinitiative eingestellt ist.

Eine dritte Ursache, die wir in Übereinstimmung mit Hegner (1980) hinzufügen möchten, dürfte in dem bisherigen Scheitern bei den Bemühungen um eine systematische Gegenstandsbestimmung und insbesondere -differenzierung zu suchen sein. Die fast allen Publikationen zugrunde liegenden sehr weiten deskriptiven Definitionen (s. o.) führen dazu, daß die vielfältigsten Erscheinun-

gen bürgerschaftlichen Engagements in den Gegenstand einfließen und ein schillerndes, scheinbar kaum entwirrbares Bild „der“ Bürgerinitiativen liefern. Zwar ist dies für einen ersten empirischen Zugriff auf einen theoretisch noch unbeleuchteten Gegenstand durchaus sinnvoll, wird jedoch problematisch, wenn nicht in einem zweiten Schritt eine systematische Differenzierung dieser Vielfalt versucht wird. Genau dies jedoch ist in der Literatur nur selten anzutreffen. Soweit im folgenden Kapitel quantitative Daten wiedergegeben werden, können und sollen diese daher kaum mehr als einen illustrativen Einblick in die Bürgerinitiativen-Bewegung geben. Wegen ihrer Unzuverlässigkeit werden wir die Daten nicht einzeln interpretieren. Wir orientieren unsere Darstellung vielmehr an den Globaltendenzen dieser Daten sowie qualitativen Fallstudien. Vor allem letztere dienen uns auch zu einer Differenzierung der Bürgerinitiativen, die im folgenden Kapitel entwickelt und bei der Erklärung der Bewegung in Kapitel 9.4 theoretisch vertieft wird.

## 9.2.3 Erscheinungsbild und Entwicklung der Bürgerinitiativen

### 9.2.3.1 *Allgemeiner Überblick*

Von Bürgerinitiativen im heutigen Wortsinn ist seit Ende der sechziger Jahre die Rede. Damit wurde einerseits alte Praxis mit einem neuen Begriff belegt, zum anderen aber auch eine tatsächlich neuartige Entwicklung gekennzeichnet. Ersteres insofern, als es auch vorher schon zu verschiedenen Zeiten Gruppierungen gegeben hat, die die wesentlichen Merkmale der gebräuchlichsten Bürgerinitiativ-Definitionen erfüllten; letzteres, weil - gerade in der Bundesrepublik - solche Aktivitäten bis dato Ausnahmen waren in einem Alltag, der eher durch privatistische als durch aktiv-politische und aktiv-gesellschaftliche Haltungen geprägt war (vgl. Almond & Verba, 1965; Habermas, 1962; Habermas, Friedeburg v., Oehler & Weltz, 1961). Dies änderte sich vor allem mit der Studentenbewegung, mit ihrer Kritik an herrschaftlichen Traditionsbeständen, formalen politischen Abläufen und wohlstandsbürgerlicher Saturiertheit, ihren unkonventionellen Aktionsformen. Sie hat auch in personeller Hinsicht wesentlich mit dazu beigetragen, daß sich Ende des Jahrzehnts allerorten Gruppen bildeten, die mit-meist sehr konkreten - sozialen und politischen Forderungen und z.T. spektakulären Aktionen an die Öffentlichkeit traten. Sie richteten sich insbesondere gegen kommunale Vorhaben oder gegen qualitative und quantitative Defizite im Bereich der materiellen und sozialen Infrastruktur (zu den einzelnen Tätigkeitsfeldern vgl. Hegner, 1980, S. 81 ff.; Rüdig, 1980). In der Vielfältigkeit der Erscheinungsformen und Handlungsanlässe schälten sich folgende Elemente heraus, die all diesen Gruppierungen gemeinsam waren und

ihre Subsumierung unter dem neuen Begriff „Bürgerinitiativen“ gerechtfertigt erscheinen ließen (vgl. im einzelnen Armbruster & Leisner, 1975; Borsdorf-Ruhl, 1973; Grossmann, 1971; Guggenberger & Kempf, 1978; Hegner, 1980; Kodolitsch, 1975; Lange, 1973; Mayer-Tasch, 1976; Roth, 1980; Rüdig, 1980).

1. Zusammengekommen zeigten diese Initiativen an, daß die soziale Leistungsbilanz des Wohlfahrtsstaates trotz individueller Wohlstandssteigerungen so „defizitär“ ist, daß ein beachtenswerter Teil der Bürger sich (als jeweils „Betroffene“ oder als allgemein Motivierte) zusammenschließt, um Abhilfe zu fordern oder selbst zu schaffen.

2. Diese Forderungen wurden nun nicht auf dem Wege der etablierten gesellschaftlichen und politischen Institutionen eingebracht, sondern zunehmend durch kollektive Selbstorganisation artikuliert und durchzusetzen versucht. Dabei richteten sich die Forderungen einmal an die Öffentlichkeit, um Unterstützung zu erhalten, zum anderen unter Umgehung des „Dienstweges“ (v. a. der Parteien) direkt an die zuständigen Verwaltungsstellen.

3. Es gab kaum feste Formen, weder der Organisation noch der Aktion. Vielmehr schien gerade die „Flexibilität“ in der Art der Organisierung und der Wahl der Mittel sowie die Wahl unkonventioneller Handlungsformen wesentliches Kennzeichen der neuen Initiativen.

4. Eine politische Einordnung im Hinblick auf die etablierten Parteien oder das Links-Rechts-Schema war nicht nur für die Gesamtheit der Bürgerinitiativen, sondern auch für die einzelnen Bürgerinitiativen meist nicht möglich. Eine parteipolitische Orientierung wird vielmehr fast durchgängig abgelehnt und ist auch faktisch selten vorhanden, obwohl die Mitglieder der Initiativen häufig auch einer Partei angehören. Allgemeinere politische Zielsetzungen verfolgte anfänglich nur eine Minderheit der Initiativen (meist in Verbindung mit einem konkreten Ziel). Es handelte sich zunächst vorwiegend um „single-purpose-movements“ zur Lösung eines bestimmten Problems mit relativ kurzfristiger zeitlicher Perspektive.

Die Hauptbereiche der Initiativen waren zunächst Bildung und Erziehung (Kindergarten- und Spielplatzinitiativen etc.; hier bestand ein unmittelbarer Zusammenhang mit den antiautoritären Inhalten der Studentenbewegung) und Wohnprobleme (Verödung der Städte durch Trabantensiedlungen mit fehlender Infrastruktur und Tertiärisierung der Innenstädte). Anfang der siebziger Jahre traten dann Initiativen in allen „disparitären Bedürfnisbereichen“ (vgl. die Definition von Offe, 1971) auf, daneben waren auch Aktionen auf privaten Konsumgütermärkten zu verzeichnen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die in verschiedenen Studien erfaßten Tätigkeitsfelder von Bürgerinitiativen:

Tabelle 2 : Tätigkeitsfelder und Arbeitsthemen von Bürgerinitiativen (soweit aus vorliegenden Studien rekonstruierbar)

Tätigkeitsfelder und Arbeitsthemen (von mir klassifiziert)	Von rd. 1.400 kommunal registrierten Bürgerinitiativen in der BRD (1972/73) geben das jeweilige Tätigkeitsfeld an:	Von rd. 200 kommunal registrierten Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet (1972) geben das jeweilige Tätigkeitsfeld an:	Von 61 direkt befragten Bürgerinitiativen in der BRD (1972) geben das jeweilige Tätigkeitsfeld an:	Von 380 behördlich registrierten Bürgerinitiativen in Bayern (1972) geben das jeweilige Tätigkeitsfeld an:	Von 331 direkt befragten Umweltschutz-Bürgerinitiativen in der BRD (1977) geben das jeweilige Tätigkeitsfeld an:
Erziehungs-, Bildungs- und Freizeitbereich für Kinder und Jugendliche; einschl. Schule	29 %	12 % + 4 % (allg. „Freizeit, Erholung“)	16 % (allg. „Bildungsbereich“)	17 % (weitere 25 % an kulturellen und sozialen Initiativen sind unter „Sonstige“ erfaßt)	Wird nicht gezielt erhoben, deshalb nur: 4 %
Straßen-, Flug-, Bahnverkehr; Verkehrsplanung	12 %	14 %	12 % (einschl. „Regional u. Industrieplanung“)	Wird unter „Umweltschutz“ erfaßt // soweit erkennbar, 17 % //	33 %
Wohnungs- und Mietfragen	6 %	nicht gesondert ausgewiesen	wird mit „Stadtplanung u. Sanierung“ zusammengefaßt	nicht gesondert ausgewiesen	nicht gesondert ausgewiesen
Stadtplanung, allgemeine Fragen der Stadtentwicklung, Sanierung, kommunale Neugliederung	12 %	23 % (einschl. „Bauleitplanung“ u. „Einzelbauvorhaben“)	40 % (einschl. „Wohnen u. Mieten“)	nicht gesondert ausgewiesen // soweit erkennbar, 8 % //	23 %
Kommunale Einrichtungen, Gemeinschaftseinrichtungen (ohne Kinder/ Jugendliche)	4 %	15 % („sonstige Gemeinschaftseinrichtungen“)	nicht gesondert ausgewiesen	5 % („Schwimmbäder“)	8 % („Entsorgung, Klärwerke, Mülldeponien“, u. ä.)
Industrieplanung, Großbauvorhaben, Gewerbe	nicht ausgewiesen	10 % (einschl. „Großbauvorhaben“)	wird mit Verkehrs- u. Regionalplanung zusammengefaßt	wird unter „Umweltschutz“ erfaßt	59 % („Kraftwerke, Industrieanlagen“)
Umweltschutz allg.	17 %	(„Landschaftsschutz“) 1 %	15 %	43 % (einschließlich „Verkehr“, Großbauvorhaben etc.)	58 % („Landschafts-, Natur-, Luft-, Wasserschutz“)
Sonstige bzw. nicht identifizierbare (von mit zusammengefaßt)	20 %	21 %	17 %	35 % // davon 25 % mit „kulturellen u. sozialen Angelegenheiten befaßt //	ca. 12 %
<b>Summe</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>// 197 % //</b>
	// von KODO-IITSCH 1975, S. 274 //	// BORSDORF-RUHL 1973, Tabelle I/1 //	// LANGE u. a. 1973, S. 262 //	// BAYER. STAATSMIN. 1973 //	// ANDRITZKY 1978, S. 87 //
				// In dieser Spalte sind Mehrfachnennungen enthalten //	// Es waren Mehrfachnennungen möglich //

Zur Hauptsache richten sich die Initiativen mit ihren Forderungen an die Kommunalverwaltungen, wobei die häufig vertretene Auffassung, Bürgerinitiativen seien primär Aktionen zur *Verhinderung* von Vorhaben (pointiert: Haffner, 1974), aufgrund der vorliegenden empirischen Informationen als unzutreffend anzusehen ist (Kussau, 1979). Initiierung und Verhinderung von Vorhaben sind vielmehr etwa gleichverteilt, und die *gegen* ein bestimmtes Vorhaben gerichteten Initiativen treten gleichzeitig häufig für bestimmte Alternativen ein. Aus diesem und weiteren Gründen ist auch die These eines durch Bürgerinitiativen verursachten Investitionsstaus nicht aufrecht zu erhalten, wie Kussau und Hegner in Sekundäranalysen zeigen (Hegner, 1980, S. 85 ff.; Kussau, 1979). Ansätze zur Bildung von Initiativgruppen zur Vertretung von Betroffenen- bzw. Konsumenteninteressen gibt es gegenüber öffentlichen Anbietern (Schulwesen, vgl. Doormann, 1976; öffentliche Verkehrs- und Versorgungsbetriebe) sowie gegenüber Anbietern der Gesundheits- und psychischen Versorgung (Trojan, 1980, S.21 ff.). Dabei richten sich manche Initiativen auch gegen private Anbieter, wobei auffällt, daß diese häufig eine monopolartige Stellung (in der Region) aufweisen (z. B. Mieterinitiativen gegen große Wohnungsbaugesellschaften, Stromzahlungsboykotte gegen Energieversorgungsunternehmen). Eines der am stärksten hervorgehobenen Merkmale der Bürgerinitiativen ist die Tatsache, daß ihre Mitglieder, erst recht die Aktiven, vorwiegend Angehörige der Mittelschicht, genauer gesagt: des gehobenen neuen Mittelstandes, sind. Die quantitativen Daten hierzu sind zwar mehr als lückenhaft (vgl. Tabelle 3), doch kann die Feststellung der Dominanz der neuen Mittelschicht aufgrund übereinstimmender Darstellungen in Fallstudien als gesichert angesehen werden.

Diese Mittelschichtdominanz trug den Bürgerinitiativen teilweise die Charakterisierung als „spezifische intellektuelle oder auch bildungsbürgerliche Variante des Vereinswesens“ (Eckert, 1973, S. 333; ähnlich auch Baethge, 1972) ein. Diese schichtspezifische Besetzung ist jedoch - und das relativiert die Bedeutung dieser Feststellung - keine Besonderheit von Bürgerinitiativen, sondern gilt generell für politische Partizipation (Buse, Nelles & Oppermann, 1977; Eilwein, Lippert & Zoll, 1975; Verba & Nie, 1972). Auch ist es problematisch, daraus zu schließen, daß Bürgerinitiativen vorwiegend Mittelschichtsinteressen vertreten (so z.B. Neumann, 1979). Dies ist - abgesehen von Einzelfällen - als generelle Aussage empirisch nicht belegbar und darüber hinaus auch theoretisch unplausibel, da Bürgerinitiativen ihre Forderungen in der Regel öffentlich legitimieren müssen, was die Chancen zur Durchsetzung von gruppenspezifischen Sonderinteressen reduzieren dürfte (Roth, 1980).

De facto besteht im Gegenteil eines der Hauptprobleme der politisch-administrativen Instanzen im Umgang mit Bürgerinitiativen (insbesondere des nachfolgend beschriebenen „alternativen“ Typs) gerade darin, daß viele Bürgerinitiativen nicht mit Partialinteressen an die Verwaltungen herantreten - mit solchen Initiativen kann im Rahmen des verwaltungsüblichen „bargainings“

Tabelle 3: Schicht- und berufsspezifische Zusammensetzung der Mitglieder- und Anhängerschaft von Bürgerinitiativen (soweit aus vorliegenden Studien und angesichts verschiedenartiger Schichtungskriterien rekonstruierbar)

	Bei 61 direkt befragten Bürgerinitiativen in der BRD (1972) dominieren bei der Mitgliedschaft:	Bei rd. 200 kommunal registrierten Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet (1972) dominieren bei den Mitgliedern:	Im Durchschnitt verschiedener Untersuchungen über Bürgerinitiativen in der BRD (1972/73) dominieren bei den Mitgliedern:	Von 900 Befragten in drei Regionen der BRD (1975 und 1976) sind 2-6% „ständige Mitarbeiter“; von den Angehörigen der einzelnen „Schichten“ sagen dies:
<b>ACHTUNG:</b> Die Kategorie „Arbeiter“ stimmt nur teilweise mit „Schicht 1“ der BATTELLE-Studie überein!	Arbeiter: weniger als 1%  in Ausbildung befindlich:  etwa 31%	Arbeiter: etwa 4%  Schüler, Studenten, Lehrlinge, Hausfrauen, Rentner:  etwa 4%	Arbeiter: „minimal“  Hausfrauen, Studenten, Schüler, Auszubildende:  zwischen 7 und 31%	<b>Schicht 1 (untere soziale Schicht):</b>  Volksschüler mit einem personenbezogenen Nettoeinkommen unter DM 400 p. M.) 1975: 6% 1976: 2%
<b>ACHTUNG:</b> Die Kategorie „Angestellte“ stimmt nur teilweise mit „Schicht 2“ der BATTELLE-Studie überein!	Angestellte: etwa 31% // ein nicht bekannter Anteil dieser Gruppe dürfte zu „Schicht 3“ gehören //	Angestellte: etwa 38% // ein nicht bekannter Anteil dieser Gruppe dürfte zu „Schicht 3“ gehören //	Angestellte und Beamte: „etwas über 40%“ // ein nicht bekannter Anteil dieser Gruppe dürfte zu „Schicht 3“ gehören //	<b>Schicht 2 (mittlere soziale Schicht):</b>  Volksschüler mit einem personenbezogenen Nettoeinkommen zwischen DM 401 und 699 p. M.) 1975: 2% 1976: 2%
	Freie Berufe (auch Juristen, Architekten u. ä.): etwa 47%  Angehörige von Erziehungsberufen: etwa 28%	Selbständige und Kaufleute  etwa 27%	Selbständige und freie Berufe: „etwas unter 30%“	<b>Schicht 3 (obere soziale Schicht):</b>  alle Abiturienten u. Hochschulabsolventen sowie Volksschüler mit Berufsabschluss u. mit einem personenbezogenen Nettoeinkommen von DM 700 p. M. u. m.) 1975: 10% 1976: 4%
<b>Summe*</b>	ca. 137%	69%	77% - 101%	<b>nicht vergleichbar</b>
	// LANGE u. a. 1973, S. 265 //	// BORSDORF-RUHL 1973, S. 80 //	// ARMBRUSTER/ LEISNER 1975, S. 159 //	// BATTELLE 1977, Bericht S. 125 f., Materialien Teil S Frage 41 c //

\* Angesichts der unterschiedlichen Abgrenzungskriterien und der teilweise ungenauen Schätzungen oder Daten in den einzelnen Studien, wird die Summenbildung nur aufgeführt, um nochmals die desolate Datenlage zu veranschaulichen. In der Studie von Borsdorf-Ruhl (1973) entfallen 21% der Mitglieder auf Berufsgruppen, die sich nur schwer mit denjenigen der anderen Studien vergleichen lassen. Die Werte der BATTELLE-Studie sind aufgerundet.

(Hegner, 1980, S. 91)

meist Einigkeit erzielt werden -, sondern alternative Gemeinwohlinterpretationen vertreten, von denen angenommen werden kann, daß sie zumindest in relevanten Teilen der Öffentlichkeit positiv aufgenommen werden. Anders ist

die z.T. ängstliche Vorsicht, z.T. überzogene Militanz, mit der Politiker und Verwaltungen diesen oft nur aus wenigen Aktiven bestehenden Gruppen entgegentreten, kaum zu erklären. Theoretisch ist der sozia-demographische Befund in seiner gegenwärtigen Form nicht sehr aufschlußreich, da er über das Gesagte hinaus weder nach der Rolle der schichtmäßig zugeordneten Mitglieder innerhalb der Bürgerinitiativen (Führungsgruppen, ständige Mitarbeiter, Unterstützer) noch nach verschiedenen Typen von Bürgerinitiativen unterscheidet. Darüber hinaus wäre es im Hinblick auf einige theoretische Beiträge (v. a. Gartner & Riesenman, 1978, vgl. Kap. 9.4.1.3) hilfreicher, die Repräsentanz bestimmter Berufsgruppen zu erfassen, anstatt generelle Schichtmerkmale festzustellen.

### 9.2.3.2 Ökologiebewegung und städtische soziale Bewegungen

Die bisherige Beschreibung von Bürgerinitiativen gibt im wesentlichen deren Erscheinungsbild Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wider. Inzwischen hat sich dieses Bild jedoch erheblich gewandelt (Ebert, 1980; Ronge, 1978), wiewohl die Initiativen des beschriebenen Typs auch weiterhin einen wesentlichen Teil des Bürgerinitiativenspektrums ausmachen. Daneben hat sich jedoch eine Entwicklung zu einem Typ von Bürgerinitiativen verstärkt, auf den viele der genannten Merkmalsbeschreibungen nicht mehr bzw. nur in einer ganz bestimmten Ausprägung zutreffen. Gemeint sind die aus dem Antiatomprotest hervorgegangenen Initiativen der ökologiebewegung sowie ein Teil der im lokalen Bereich engagierten Initiativen, die - in Anlehnung an Entwicklungen in den romanischen Ländern - unter dem Begriff „städtische soziale Bewegungen“ diskutiert werden (vgl. Rammstedt, 1977). Beide zusammen werden auch als wesentlicher Teil der „Alternativbewegung“ gesehen, zu der außerdem noch ein Teil der Selbsthilfegruppen gezählt wird. Das wesentliche Kennzeichen dieser Initiativen besteht darin, daß es sich bei ihnen nicht mehr um „Single-purpose-movements“ in dem Sinne handelt, daß sie sich nur zur Erfüllung eines zeitlich und sachlich begrenzten Zweckes engagieren. Zwar steht häufig ein bestimmtes Projekt im Mittelpunkt der Arbeit, doch ist dies eingebunden in eine zeitlich langfristige und sachlich umfassende Zielsetzung der Gruppe. Allen Initiativen dieses Typs liegt eine in den Grundzügen gemeinsame gesellschaftspolitische Zielsetzung zugrunde. „Die gemeinsame Stoßrichtung zielt auf nicht weniger als auf ein *alternatives Lebensprogramm*, um menschenwürdig zu überleben“ (Guggenberger, 1980, S. 71; Hervorhebungen im Original). Zwischen den Mitgliedern dieser Initiativen besteht nach Guggenberger eine „lebensweltliche Übereinkunft“ (Guggenberger, 1980, S. 18), deren Inhalte Raschke in einer Gegenüberstellung mit dem „herrschenden“ Paradigma holzschnittartig zu verdeutlichen versucht (zum Selbstverständnis dieser Initiativen vgl. auch: Altner, Beck, Bossel, Hoffmann, Müller-Reißmann, de Witt & Zilleßen, 1978; Bossel, 1978):

### *Herrschendes Paradigma*

1. ökonomisches Wachstum ist oberstes Ziel staatlicher Tätigkeit. Förderung technisch-wissenschaftlicher Innovationen, Schaffung von Märkten etc. sind dafür unabdingbare Voraussetzungen.
2. Wachstum ist prinzipiell unbegrenzt, kann durch staatliche Aktivitäten verstetigt werden und ist der Hebel zur Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme (Arbeitslosigkeit und „Armut“) und die Bedingung für Reformen.
3. Die alle Gruppen berücksichtigende Verteilung des Wachstums ist Bedingung des sozialen Friedens und der Legitimität des politischen Systems. Die besondere Berücksichtigung der eigenen Klientel erhöht die Legitimität der eigenen Organisation.
4. Zentralismus ist die effizienteste ökonomische, technische und politische Organisationsform. (Raschke, 1979, S. 13)

### *Paradigma der Alternativbewegung*

1. Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns ist die Lebensweise des Menschen, definiert in bezug auf Gesellschaft und/oder Natur. Bestehende Strukturen und Veränderungen werden daraufhin befragt, was sie für den Menschen real und unmittelbar bedeuten.
2. Menschliche Bedürfnisse und/oder Gleichgewichtsbeziehungen gegenüber der Natur sind Bezugspunkte für die Bestimmung angemessener Lebensweisen.
3. Das materielle Wachstum wird aus humanen und/oder ökologischen Gründen begrenzt.
4. Technisch-wissenschaftlich-ökonomische Prozesse werden vorab mit Kriterien humaner Bedürfnisse und/oder einer ökologisch orientierten Lebensweise kontrolliert.
5. Die Rückkehr zu kleinen/mittleren gesellschaftlichen, ökonomischen, technischen und politischen Einheiten wird angestrebt (Dezentralisierung). (Raschke, 1980, S. 293 f.)

War bei den „klassischen“ Bürgerinitiativen die konkrete, inhaltlich nicht mehr bestimmbare Betroffenheit entscheidender Handlungsanlaß und die Beseitigung dieser Betroffenheit-in welcher Richtung auch immer-die meist alleinige Zielsetzung und hauptsächliche Handlungsmotivation, so ist bei diesem zweiten Typ von Bürgerinitiativen die allgemeine Zielsetzung die Haupttriebkraft. Allerdings dürfte diese Aussage auch für diese Initiativengruppen nochmals zu differenzieren sein, worauf wir gleich zurückkommen. Entsprechend dieser die

einzelnen Gruppierungen übergreifenden allgemeinen Zielsetzungen ist auch der Kommunikationszusammenhang zwischen den Initiativen des zweiten Typs wesentlich ausgeprägter als zwischen denen des ersten. Dies betrifft sowohl die lokale als auch die regionale und überregionale Ebene. Außer dem Dachverband „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ gibt es eine Vielzahl von Kommunikations- und Kooperationsnetzen, ohne daß diese sich zu einer einheitlichen Organisation entwickelt haben. Auch die soziodemographische Struktur dieser Initiativen läßt sich eindeutiger beschreiben, wenn auch hierzu keine quantitativen Daten vorliegen. Die aus dem Antiatomprotest hervorgegangene ökologiebewegung setzt sich in ihren aktiven Teilen vorwiegend aus zwei Schichtgruppierungen zusammen: der neuen Mittelschicht, bestehend aus meist akademisch gebildeten, in Dienstleistungs- und Verwaltungsberufen tätigen Personen sowie Schülern und Studenten und Teilen des alten Mittelstandes, zur Hauptsache Landwirte in den Regionen, in denen Kernkraftwerke oder andere industrielle Großanlagen geplant oder in Betrieb sind. Nach Kitschelt (1979, S. 614f.) wurde die Ökologiebewegung ausgelöst von der ersten Gruppierung, die mit ihrer Aktivität weniger eine Gefährdung des eigenen sozialen Status abwenden wollte als vielmehr „auf kollektive Güter wie Erhaltung der Umwelt und die allgemeinen zivilisatorischen Konsequenzen einer fortschreitenden Umweltzerstörung bezogen“ war (Kitschelt, 1979, S. 614). In dieser ersten Phase gelang es diesen Gruppen zwar, das Kernenergieproblem öffentlich zu thematisieren, jedoch konnte weder eine nennenswerte politische Einflußnahme noch eine Mobilisierung breiterer Bevölkerungskreise erreicht werden. Dies gelang erst, als im Zusammenhang mit der Ausweisung von ländlichen Gebieten als Kernkraftwerksstandorten große Teile der ansässigen ländlichen Bevölkerung zu den bestehenden Bürgerinitiativen stießen. Die Mobilisierung dieser Bevölkerungskreise wurde nach Kitschelt dadurch möglich, daß durch die mit den staatlichen Planungen verbundene Industrialisierung dieser ländlichen Gebiete der persönliche soziale Status der Landbevölkerung gefährdet ist. „Da die natürliche Umwelt hier die zentrale Produktivkraft ist, stellt sie für solche Gruppen ein bevorzugtes Politikthema dar, für das sich politische Mobilisation initiieren läßt. „Umweltschutz“ wird damit zu einem individuellen - nicht nur kollektiven - Gut, da der persönliche soziale Status an die Gewährleistung bestimmter Umweltverhältnisse gebunden ist“ (Kitschelt, 1979, S. 616). Hinzu kommt, daß diese Bevölkerungsgruppe „in ihren politischen Verhaltensweisen dazu neigt, die traditionellen politischen Einflußkanäle (Parteien, Massenorganisationen) zu umgehen“ (Kitschelt, 1979, S. 616), was unter anderem an der relativ weiten Verbreitung von parteiunabhängigen „freien Wählergruppen“ in den Kommunalparlamenten dieser Regionen abzulesen ist. Schließlich sind hier traditionelle Wertbestände, die das von den Bürgerinitiativen neu entdeckte Verhältnis zwischen Mensch und Natur und informelle Sozialbeziehungen betreffen, noch weiter verbreitet als in anderen Bevölkerungsschichten. Von Bedeutung für die Entwicklung der Ökologiebewegung scheint jedoch zu sein, daß sich aus der Verbindung dieser beiden

Gruppierungen ein wechselseitiger Lernprozeß entwickelte, in dessen Folge die ökologische Auseinandersetzung beiderseits nicht mehr nur als Kampf um Verhinderung von Industrieansiedlungsstandorten, sondern als gesellschaftliche Auseinandersetzung um eine andere Zukunft begriffen wird, deren inhaltliche Ausgestaltung stark mit traditionellen Wertelementen durchsetzt ist (Beet, 1978).

Das Bild der städtischen sozialen Bewegungen hat im Vergleich dazu recht unscharfe Konturen. Der Begriff ist weniger als Reflex der deutschen Entwicklung als in Übernahme von praktischen und theoretischen Entwicklungen in den romanischen Ländern (Evers, 1980) und den USA (Mayer, Roth & Brandes, 1978) eingeführt worden. Zwar kann davon ausgegangen werden, daß in allen größeren bundesdeutschen Städten mehrere mit lokalen Problemen befaßte Bürgerinitiativen existieren, deren gemeinsame Grundlage das alternative Paradigma darstellt, doch sind empirische Informationen hierüber nur vereinzelt vorhanden bzw. wissenschaftlich nicht aufgearbeitet. Soweit bekannt, werden auch diese Gruppen hauptsächlich von Mitgliedern der neuen Mittelschicht getragen und existieren in der Regel über einen längeren Zeitraum. Sie verfügen häufig über erhebliche Sympathien und Rückhalt in der Bevölkerung ihres unmittelbaren Wirkungsbereiches (vgl. z.B. die fallspezifischen Daten bei Nelles & Oppermann, 1979, S. 134 und S. 303 ff.) und können als operative Ressource bei Aktionen auf die Mobilisierung anderer Initiativen bzw. Angehörige der kulturellen „Alternativszene“ zurückgreifen. Dabei kommt es je nach Anlaß und Aktionsform sowohl zu Koalitionen mit der ansässigen, meist betroffenen Bevölkerung als auch mit marginalisierten Bevölkerungsteilen. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den jeweils direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen hat bisher jedoch längst nicht den gleichen Intensitätsgrad erreicht wie bei der Ökologiebewegung, so daß diese „neuen städtischen Bewegungen“ de facto auf einen kleinen, sozial relativ homogenen Kreis von Aktiven beschränkt sind (der allerdings kaum kleiner ist als der Kreis der aktiven Parteimitglieder). Die nur punktuelle Unterstützung durch die direkt Betroffenen dürfte damit zusammenhängen, daß diese Betroffenheit weniger als beim Kernenergiekonflikt als kollektive erkennbar ist und Ausweichstrategien zur Verfügung stehen, ohne daß dadurch die individuelle oder soziale Identität direkt gefährdet scheint. Für diese Vermutung spricht u. a. empirisch die Existenz einer breiten, Arbeiter, Hausfrauen und Rentner aktiv einbeziehenden Bewegung gegen den Abriß von Zechensiedlungen im Ruhrgebiet. Diese ist im Unterschied zu sonstigen Sanierungsprozessen - vor allem aufgrund einer der Status- und Identitätsgefährdung der Bauern in Kernkraftwerksstandorten vergleichbaren existenziellen Betroffenheit zustande gekommen und hat sich (in Zusammenarbeit mit akademischen Beratern) von Einzelinitiativen zu einer breiteren, den gesamten Reproduktionszusammenhang thematisierenden Bewegung entwickelt (Boström & Günter, 1976; Günter, 1978; Nelles & Oppermann, 1979). Diese Entwicklung ist mit den üblichen Variablen der Partizipa-

tionsforschung (politische Einstellungen, sozia-ökonomischer Status) nicht erklärbar, sondern muß mit der Sozio-Kultur in den Siedlungen und der dadurch vermittelten Betroffenheit von den Umstrukturierungsplänen in Zusammenhang gebracht werden. Diese auf Gemeinschaftswerte ausgerichtete Kultur, die sich praktisch in vielfältigen gemeinschaftlichen Selbsthilfeaktivitäten und hoher Kommunikationsdichte niederschlägt, ließ die geplanten Maßnahmen als Gefährdung der wesentlich auch kollektiv bestimmten Identität der Bewohner erscheinen und begünstigte darüber hinaus den kollektiven Handlungszusammenhang (Nelles & Oppermann, 1979, S. 85 ff. und S. 311). Diese Bedingungen sind in den Städten jedoch nur vereinzelt vorhanden. Die Heterogenität der Lebensverhältnisse, Alltagsgewohnheiten und Normen der Bewohner von „normalen“ städtischen Quartieren stellt vielmehr eine bisher unüberwindbare Schranke für nachbarschaftliche, kooperative Selbsthilfeaktivitäten oder Bürgerinitiativen dar, die über eng abgegrenzte Problemfelder bzw. kleine Aktivgruppen hinausgehen (s. auch Kap. 9.3.3.2). Wo noch traditionelle Reste solcher Nachbarschaftsaktivitäten bestehen, in den ökonomisch zurückgebliebenen Altstadtquartieren, werden sie durch politisch geplante oder dem Markt folgende Sanierungen größtenteils zerstört.

### 9.3 *Selbsthilfegruppen*

#### 9.3.1 Begriffsbestimmung und Abgrenzungsprobleme

Noch mehr als bei den Bürgerinitiativen besteht hinsichtlich der Selbsthilfegruppen Unklarheit darüber, welche Erscheinungen unter diesem Begriff behandelt werden sollen und wie sich diese Abgrenzung systematisch begründen läßt. Dies liegt zum einen daran, daß „Selbsthilfe“ bzw. „gegenseitige Hilfe“ basale soziale Handlungsmuster sind. Kropotkin (1976), der in der „gegenseitigen Hilfe“ - als Alternativkonzept zum Darwinismus - ein generelles Evolutionsprinzip sieht, liefert hierfür vielfältige Beispiele. In der aktuellen sozialwissenschaftlichen Literatur findet der Begriff „Selbsthilfegruppen“ eine sehr enge Konzeptualisierung: so etwa bei Sidel und Sidel (1976, S. 67) oder Baker und Karel (1980), die hierunter vor allem Kleingruppen mit dem Ziel der Bewältigung persönlicher, psychischer oder medizinischer Problemlagen erfassen. Dazwischen liegen die Begriffsbestimmungen aus dem Umfeld der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung, die beide aus ökonomischen Unterstützungssystemen auf Gegenseitigkeit hervorgegangen sind und primär die Funktion der Durchsetzung von Arbeiterinteressen wahrnehmen (Mayer, 1973). Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wenn versucht würde, die wichtigsten Definitionsbemühungen darzustellen, zu kritisieren und hieraus eine systematische Begriffsbestimmung zu entwickeln.

Die Verwirrung wird deutlich daran, daß Mayer-Tasch (1976, S. 14) Selbsthilfeaktionen den Bürgerinitiativen subsumiert, während nach Moeller (1978, S.

358) einerseits „Selbsthilfegruppen zu den Bürgerinitiativen gehören“, andererseits Bürgerinitiativen „die bekanntesten Selbsthilfeorganisationen sind“ (S. 95). Je nach sozia-kulturellem Hintergrund bzw. Erkenntnisinteresse läßt sich das Substantiv „Selbsthilfe“ aus seiner weiten umgangssprachlichen Verbreitung dehnen und pressen, so daß nahezu alle organischen Prozesse (Kropotkin, 1975) oder nur ganz bestimmte Selbstbehandlungsgruppen hiermit belegt werden. Im Rahmen dieses Handbuchs ist Selbsthilfe als bestimmte Form wirtschaftlichen Handelns interessant, und zwar insofern, als sie Defizite marktlicher und staatlicher Versorgung anzeigt, Alternativen hierzu bietet und darüber hinausgehend eventuell eine Veränderung dieser Strukturen herbeiführen will.

Einen ersten Zugang zur Ausgrenzung von Selbsthilfeaktivitäten bietet die Betrachtung von Wirtschaftssektoren. Unterschieden wird der „formelle Sektor“, der ökonomische Aktivitäten von Unternehmen und Staat umfaßt, und der „informelle Sektor“, unter den Haushalte und andere Gemeinschaften gerechnet werden. Das Hauptkriterium der Abgrenzung ist formal: Es ist die Tatsache der Professionalisierung im formellen Bereich, d. h. das Vorhandensein ausgeprägter Berufsmuster und die geldliche Entlohnung der wirtschaftlich Tätigen. Versuche zur Bestimmung des aprofessionellen informellen Sektors finden sich z.B. in Robertsons (1978) Konzept der „dualen Ökonomie“, Friedmans (1979) „viertem Sektor“ der Volkswirtschaft oder der ökonomisch fundierten (und verengten) Haushaltproduktionstheorie (Fleischmann, 1979). Diesen und ähnlichen Ansätzen (vgl. die Übersicht bei Huber 1979, S. 23 f.) ist gemeinsam, daß den informellen Wirtschaftsaktivitäten (z. B. Hausarbeit, Freiwilligenarbeit, sporadischer oder kontinuierlicher Selbsthilfe usw.) erhöhte Aufmerksamkeit zugemessen wird und in ihnen Chancen für einen sozialen/ökonomischen Wandel gesehen werden, der die ökologischen, ökonomischen, politischen und psychischen Folgeprobleme der industriellen und bürokratischen Produktion vermindern könnte. Zur Bestimmung des grundlegenden Charakteristikums von informellen Wirtschaftsaktivitäten kann ein Hinweis von Polanyi weiterhelfen:

Der informelle Sektor hat mit der vorkapitalistischen (Wirtschafts-)Tätigkeit gemein, daß er nicht durch rein ökonomische, sondern „gemischte Motive“ (Polanyi, 1978 b) reguliert wird, das heißt, daß die ökonomischen Interessen zur Reproduktion untrennbar verbunden sind mit sozialen Interessen, z.B. persönlichen Beziehungen in den produzierenden Sozialverbänden. Soziales und Ökonomisches fallen hier in einem alltäglichen Lebensprozeß zusammen, der nach ganzheitlichen, nicht ökonomistisch reduzierten Prinzipien organisiert ist, dem also die Ökonomie untergeordnet ist. Die sektorale Unterscheidung reicht jedoch zur Abgrenzung von Selbsthilfe gegenüber anderen Aktivitäten nicht aus, was häufig übersehen wird. Zusätzlich ist eine systematische Bestimmung und Unterscheidung der verschiedenen (Wirtschafts-)Einheiten und Tätigkeiten im informellen Sektor erforderlich, denn nicht alle Erscheinun-

gen in diesem Bereich können umstandslos unter dem gemeinsamen Begriff „Selbsthilfegruppen“ abgehandelt werden. So bleiben im folgenden auf der einen Seite durch traditionelle Norm-Systeme gesteuerte Familien, auf der anderen Seite an bürokratischen Normsystemen ausgerichtete Selbsthilfeorganisationen außer Betracht. Die exakte Ausgrenzung des dazwischen liegenden Bereiches von Selbsthilfegruppen ist kaum möglich (vgl. Badelt, 1980 S. 32 f.; Badura & Gross, 1976, S. 70f.). Im folgenden wollen wir deutlich machen, welche weiteren typischen Merkmale die Selbsthilfegruppen kennzeichnen.

Für das *Handlungsprinzip Selbsthilfe* sind zwei Merkmale grundlegend, und zwar die Orientierung des Handelns an Bedürfnissen und die Identität von Leistungserstellern und Nutznießern. Verkürzt bedeutet Selbsthilfe die Produktion für und gemäß eigener Bedürfnisse. *Bedürfnisorientierung* bedeutet, daß das Ziel einer gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit die „Erstellung einer Leistung, nicht aber z.B. die Erzielung eines Ertrages, die Gewinnung von Macht etc.“ (Badelt, 1980, S. 31) ist, also Bedarfs- bzw. „Gebrauchswertorientierung“ im Unterschied zur Profit- oder Tauschwertorientierung vorliegen (vgl. auch Hunsel, 1979, 32). Dies bedeutet auch, daß die Motivation der Mitglieder zur Selbsthilfe auf eine sehr ähnliche Bedürfnislage zurückgeht, daß sie also gemeinsame Bedingungen, Situationen, Symptome oder Erfahrungen teilen (Brückner, 1978, S. 79 f., Gartner & Riesman, 1977, S. 2; Katz & Bender, 1976, S. 9; Killilea, 1976, S. 67; Lieberman & Borman, 1979, S. 14), diese durch gemeinsames Lösungshandeln zu bearbeiten suchen, wobei die Mitglieder gegenseitige Verantwortlichkeit („Responsibility“) haben, so daß auf der Grundlage ähnlicher Verhaltenserwartungen ein Vertrauensklima entstehen kann (Killilea, 1976, S. 68; Lowien, 1977). Auf dieser Basis soll anstelle der anonymen Mechanik des Marktes „. . . die diskursive Artikulation und die kommunikative und solidarische Bestimmung ökonomischer Prozesse“ treten (Gretschmann, 1979, S. 299).

Das *Identitätsprinzip* ist dann gegeben, wenn der Personenkreis der Leistungsersteller und der der Leistungsempfänger bzw. Nutznießer weitgehend übereinstimmt, also eine genossenschaftliche Struktur vorliegt (Eschenburg, 1971, S. 12). Zweck der Tätigkeit ist, Bedürfnisse der Selbsthilfe-Teilnehmer zu befriedigen. Die können sehr spezielle Bedürfnisse sein, sie können aber auch die Sicherstellung der gesamten Reproduktion betreffen. Da eine durchgängige Produktion aller lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen in Selbsthilfe bei dem gegebenen hohen Grad der Vergesellschaftung der Produktion nicht möglich ist (Schwendter, 1978, S. 175), müssen auch Selbsthilfegruppen am Markt teilnehmen. Die Tatsache allein, daß eine genossenschaftliche Selbsthilfeeinrichtung - z.B. eine Druckerei - Leistungen an andere verkauft und damit am Marktprozeß teilnimmt, da anderweitig die zur Reproduktion notwendigen Waren nicht beschafft werden können, rechtfertigt keinesfalls, solche Selbsthilfeformen dem formellen Sektor zuzurechnen. Der Unterschied zu kapitalistischen Unternehmen besteht darin, daß die Leistungen - direkt oder nach

Austausch am Markt - den Leistungserstellern zukommen. Die Verteilung richtet sich dabei nicht nach der Höhe evtl. Kapitaleinlagen, sondern nach Leistungen und Bedürfnissen. Selbsthilfe liegt nur dann vor, wenn Identitätsprinzip *und* Bedürfnisorientierung gegeben sind, d. h. die Produktion a) an den Bedürfnissen der Produzenten und - im Falle der Marktteilnahme - b) an den Bedürfnissen der Konsumenten bzw. Klienten ausgerichtet wird („Insistieren auf den Gebrauchswert“; Schwendter, 1978, S. 163). Selbsthilfe bedeutet also das Bestreben, die anonyme marktliche bzw. staatlich-bürokratische Steuerung zu ersetzen durch eine bedürfnisgerechte, selbstorganisierte Ausrichtung der Produktion und Distribution.

Diese Bestimmung ist idealtypischer Art, was bedeutet, daß die Selbsthilfegruppen faktisch von diesen Prinzipien in mehr oder minder großem Maße abweichen. Selbsthilfe spielt sich nicht auf einer Insel, sondern in kapitalistischer Umwelt ab, was Anpassungsprozesse an Markterfordernisse erzwingt. Der Übergang vom informellen zum formellen Sektor ist insofern fließend, worauf wir bei der Darstellung der verschiedenen Selbsthilfeformen noch zurückkommen.

Das Prinzip der Selbsthilfe kann sowohl in formalisierten Organisationen wie in informellen Gruppen (sowie den Zwischenformen) realisiert werden. Beiden gemeinsam ist die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses und die (formale) Selbstverwaltung (diese werden durch zunehmende Verrechtlichung und Normierung organisierter Selbsthilfe jedoch durchbrochen; vgl. Hunsel, 1979, S. 196ff.). Beide Formen unterscheiden sich jedoch vor allen dadurch, daß in formalen Selbsthilfe-Organisationen (wie z.B. Privatkassen oder den heutigen Wohnungsbaugenossenschaften) die Mitgliederzahl sehr hoch, die Bedürfnisartikulation kanalisiert ist, die gegenseitigen Erwartungen - z.B. durch Verträge und Satzung - genau festgelegt sind und die Leistungen der Organisationen ohne Mithilfe von Professionellen nicht erstellt werden können. Demgegenüber ergibt ein Systematisierungsversuch für die informellen Selbsthilfegruppen im Unterschied zu formellen Selbsthilfeorganisationen folgende idealtypischen Unterscheidungskriterien: a) Gruppenprinzip bzw. Solidarität, b) Aprofessionalität, c) Selbstbestimmung.

a) Das *Gruppenprinzip* umfaßt eine Reihe von für Kleingruppen typischen Merkmalen wie: überschaubare Mitgliedschaft mit geringer Fluktuation und relativer Kontinuität, regelmäßigen und häufigen Treffen, face-to-face-Kommunikation bzw. ähnlichen Kommunikationsstrukturen (z. B. in Telefonketten), Vorhandensein einer Gruppenidentität mit gemeinsamen Normen und Werten (Moeller, 1978, S. 256-264; Schneider, 1975, S. 14-26). Darüber hinaus erfüllen viele Selbsthilfegruppen die Funktion von neuen, die Familie ergänzenden oder ersetzenden Beziehungssystemen. Die Gruppe als Ausdruck vielfältiger und gleichzeitig kontinuierlicher Beziehungen bildet eine unentbehrliche Lebensbasis zur dauerhaften Erhaltung der physischen und psychischen Inte-

grität des Individuums (Caplan, 1974, S. 7). Sobald Handlungszusammenhänge die Gruppenebene überschreiten, indem eine Vernetzung von Basisgruppen stattfindet oder größere Sozialverbände entstehen, muß zur Aufrechterhaltung dieser Funktionen als weiteres Konstitutionsprinzip das der „Solidarität“ hinzukommen. Hondrich (1975, S. 74f.) sieht die Bildung solidarischer Sozialverbände als Gegenreaktion der „gegenüber der Gesamtheit der Sozialsysteme immer ohnmächtiger“ werdenden Individuen. Inwiefern in Anlehnung an Durkheim (1975, S. 174 f.) in größeren Gruppen eine „organische“ Solidarität, gegebenenfalls beruhend auf einem gemeinsamen Normenhintergrund oder anderen Formen der Identifikation, vorhanden sein muß, die die „mechanische“ Solidarität der Kleingruppen („Wir“-Gefühl) qualitativ übersteigt, bzw. inwiefern beide Solidaritätsformen kombiniert werden müssen, ist ein zu konkretisierender Analyseansatz (vgl. Friebel, 1977, S. 33 f.; Gizycki, 1979; Gretschmann, 1979, S. 306 ff.).

b) *Aprofessionalität* bedeutet zunächst die Minimierung der Inanspruchnahme von Professionellen (Psychiatern, Ärzten, Handwerksmeistern . . .) und etablierten Versorgungsinstitutionen, denen keine hinreichende Problemlösungskapazität zugemessen wird (Liebermann & Bormann, 1979, S. 15). Die gegenseitige Hilfestellung beruht also weniger auf systematischem Wissen über das Problem als auf Erfahrung, Intuition und „gesundem Menschenverstand“ (Gartner & Riessman, 1977, S. VII f.).

Darüber hinaus geht der Anspruch, die strikte Trennung zwischen planenden/leitenden Funktionen und ausführenden/technischen Funktionen, wie sie für Unternehmen und professionelle Hilfsinstitutionen typisch ist, aufzulockern und hochgradige Spezialisierung durch qualifizierende Arbeitsrotation zu ersetzen.

c) *„Selbstbestimmung“* bedeutet mehr als „Selbstverwaltung“, welche in der Literatur häufig mit Mitwirkung der Beteiligten auf dem Wege der Repräsentation und ausdifferenzierten Regeln und Institutionen verbunden ist (vgl. Hunsel, 1979, S. 169 ff.). Selbstbestimmung hingegen meint direkte Demokratie, also Zuständigkeit des einzelnen für sich selbst und alle Entscheidungen der Gruppe (Moeller, 1978, S. 267ff.). Das Fehlen formeller Entscheidungsmuster und Hierarchien bedeutet nicht in jedem Fall, daß sich keine informellen Autoritätsformen herausbilden (Kraushaar, 1978, S. 24 f.), die zum Teil durch die hohen Kosten der direkten Demokratie (Eschenburg, 1971, S. 89) erzwungen werden.

Die genannten Merkmale zur Bestimmung von Selbsthilfegruppen sind bisher nicht in dem Maße expliziert worden, daß hieraus eine handhabbare Begriffsbestimmung entwickelt werden könnte. Für die nachfolgend dargestellten Kollektive gelten sie in mehr oder minder eindeutiger Form. Abschließend seien noch einige den Selbsthilfegruppen ähnliche Erscheinungen angeführt, die in den nachfolgenden Darstellungen nicht mehr näher berücksichtigt werden, obwohl

sie in der Literatur verschiedentlich zu den Selbsthilfeansätzen gerechnet werden. Zunächst sind dies die Gruppen, die in offensiver Abgrenzung zu den klassischen Freiwilligenorganisationen (Caritas, Rotes Kreuz; vgl. Bauer, 1978) und zur staatlichen Wohlfahrtsbürokratie sowie den ihr angegliederten Einrichtungen und Anstalten versuchen, sozialen Randgruppen durch Dienstleistungen zu helfen, stellvertretende Interessenvertretung für diese zu treiben bzw. bei ihnen Selbsthilfeaktivitäten zu initiieren. Hierzu gehören mannigfache Initiativen im Obdachlosen- und Ausländerbereich, in der Altenbetreuung usw. (Richter, 1972). Diese Initiativgruppen unterscheiden sich von Selbsthilfegruppen besonders dadurch, daß Leistungsersteller und -empfänger nicht identisch sind und die Funktion der Gruppe als haltgebende Gemeinschaft der Funktion, Leistungen für Nichtmitglieder zu produzieren, deutlich untergeordnet ist. Badelt (1980, S. 36) zählt diese Gruppen zum „altruistischen Typ der Selbsthilfeorganisation“ und behandelt sie zusammen mit Selbsthilfeansätzen. Für diesen Bereich der neuen sozialpolitischen Freiwilligen-Aktivitäten besteht erheblicher Forschungsbedarf, gerade unter ökonomischen und sozialen Aspekten.

Viele Autoren vernachlässigen den Unterschied zwischen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen, behandeln also bürokratische Großverbände wie den „Bundesverband Hilfe für die Behinderten“ mit 200 000 Mitgliedern und die ihm angeschlossenen Verbände zusammen mit den Selbsthilfegruppen (Beispiel: Moeller, 1978). Wir gehen auf diese Organisationen nicht ein.

Außer Betracht bleiben weiterhin die „alten“ Genossenschaften, die den Weg der „Durchrationalisierung der coop-Verbundwirtschaft“ gehen, „mit wachsender Bedeutung des Management“ (Hasselmann, 1971, S. 699f.), bei denen bis auf wenige Ausnahmen selbst formale Beteiligungsrechte von Kunden ausgeklammert sind.

### 9.3.2 Geschichtliche Aspekte der Selbsthilfe

Die historische Darstellung der Selbsthilfe muß hier auf wenige herausragende Erscheinungen seit Beginn der Industrialisierung begrenzt werden. Wir wollen dabei besonders darauf achten, Parallelen zur heutigen Diskussion um die Bedeutung von Selbsthilfeansätzen deutlich zu machen.

Einer der ersten Versuche, mittels kollektiver Selbsthilfe das durch das kapitalistische Reproduktionssystem verursachte physische und psychische Leid besonders der Arbeiter zu verringern, ist mit Robert Owen (1771-1858) verbunden, der im Versagen des Marktes bzw. der mangelnden Kaufkraft der arbeitenden Massen die Ursache industrieller Krisen sieht (Hofmann, 1974, S. 36). In kollektiven Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter sieht Owen ein geeignetes Instrument zur ökonomischen und sozialen Reform, an deren

Endpunkt eine aus dezentralen, demokratischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften bestehende Gesellschaft stehen soll. Owens Ideen lösten eine umfangreiche, Hundertausende umfassende soziale Bewegung aus, die nach Polanyi „zu den größten Sozialbewegungen der modernen Geschichte“ gehört (Polanyi, 1978 b, S. 230 ff.). An praktischen Versuchen zur Umsetzung dieser Reformstrategie ist zum einen die Gründung der „New Harmony Community of Equality“ zu nennen (gegründet 1826; eine der vielen Kommunegründungen dieses Zeitraumes in den USA (Wurm, 1977), wo eine kommunistische Produktionsgenossenschaft errichtet werden sollte; vgl. Jung, 1980, S. 32 ff.). Weiterhin zu nennen ist die für viele spätere Versuche vorbildhafte, 1832 in London eingerichtete Arbeitstauschbank, in der Waren und Dienstleistungen bzw. Arbeitseinheiten ohne Handelsprofit bargeldlos gegeneinander ausgetauscht wurden (Hofmann, 1974, S. 38).

Für viele Selbsthilfe-Gründungen des neunzehnten Jahrhunderts war das Zusammenkommen zweier Ziele zentral: Einerseits ging es um die Bekämpfung der unmittelbaren materiellen Not, unter der die Arbeiter und die von Proletarisierung bedrohten Handwerker litten, bzw. um die Verminderung individueller Risiken (Krankheit, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit) durch kollektive Selbsthilfe. Dies wird besonders daran deutlich, daß bei den vor oder um 1850 gegründeten Konsumgenossenschaften Getreide und Brot als konservierbare Grundnahrungsmittel im Vordergrund standen (Errichtung von Mühlen und Bäckereien im Anschluß an Genossenschaftsläden) (Faust, 1977). Zum anderen sollte die Genossenschaft häufig die Keimzelle für eine auf ökonomischem Gebiet „solidarische“, gänzlich neue Gesellschaftsform sein. Die Abschaffung der Handelsprofite und die Organisierung von Produktion und Distribution nach gemeinschaftlichen Bedarfslagen ist der dem Marktprinzip entgegengesetzte genossenschaftliche Grundgedanke (Gretschmann, 1979, S. 298).

Wohl bekanntestes Beispiel ist die 1844 gegründete „Rochdale Society of Equitable Pioneers“, deren Programm von der anfänglichen Errichtung eines Ladens für den Verkauf von Lebensmitteln, Kleidung und anderem bis zur Gründung einer sich selbst verwaltenden und erhaltenden genossenschaftlichen Siedlung reichte (Hasselmann, 1971, S. 19; Vandervelde, 1974, S. 14). Diese Kombination von Selbsthilfe als Überlebensstrategie und sozialer Utopie ist kennzeichnend für die frühsozialistischen genossenschaftlichen Selbsthilfebewegungen (Owen, Proudhon, Fourier, Gide); an ihr hält auch der reformistische Teil der Arbeiterbewegung fest. Die liberalen Selbsthilfebestrebungen (Schulze-Delitzsch, Raiffeisen) beschränken sich hingegen auf die Sicherung der „ökonomischen Vorteilhaftigkeit“ (Eschenburg, 1971, S. 15) und haben darüber hinaus eine systemintegrative Erziehungsfunktion. Die sozialdemokratische Partei stand den liberalen Ansätzen gänzlich ablehnend gegenüber und kritisierte auch den sozialrevolutionären bzw. reformistischen Kooperatismus, der sich über die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung sowie die Notwendigkeit des politischen Kampfes der Arbeiterklasse hinwegsetze, wenn

er auf die allmähliche Vergenossenschaftlichung der Ökonomie durch Wachstum dieses Sektors vertraue (Vandervelde, 1974).

Um die Jahrhundertwende, besonders in den zwanziger Jahren, erfuhren die deutschen Konsumgenossenschaften einen starken ökonomischen Aufschwung und stellten einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar (Hasselmann, 1971, Kap. IV-VI). Ebenso wie 50 Jahre vorher die Selbsthilfeeinrichtungen im Sozialversicherungswesen (Hunsel, 1979, S. 73 ff.; Rodenstein, 1978) wurden die Konsumgenossenschaften jedoch einer zunehmenden rechtlich-administrativen Kontrolle unterworfen; dies führte zusammen mit anderen Faktoren (Verschärfung politischer Auseinandersetzung, wachsende Konkurrenz zu kapitalistischen Unternehmen, „Endideologisierung“ des Genossenschaftswesens) schließlich zur umfassenden Institutionalisierung der Selbsthilfebewegung in Form der Genossenschaftsverbände (Novy, 1978).

Selbsthilfeorganisationen im Rahmen der organisierten Arbeiterbewegung entstanden noch einmal in den 20er Jahren, einerseits als Enttäuschung über die Erfolglosigkeit der Linksparteien (Kommunegründungen wie „Worpswede“ bei Bremen), andererseits als Reaktion auf die politische Verfolgung von Kommunisten und Sozialisten (Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe; Schwendter, 1978, S. 31 ff.); diese stellen explizit politische Selbsthilfeeinrichtungen dar.

Ganz kurz sei noch auf Ansätze eingegangen, das Selbsthilfeprinzip mit staatlichen Steuerungsfunktionen zu verbinden. Klassische Beispiele sind die von Louis Blanc um 1840 konzipierten „staatsgeschützten Genossenschaftswerkstätten“ (ateliers sociaux, Hofmann, 1974, S. 66 ff.), welche staatlich vorfinanziert und durch Strukturpolitik geordnet werden sollten. Nicht ganz so weit geht Ferdinand Lassalle, der die autonomen Produktionsgenossenschaften durch Staatskredite finanzieren wollte. Beide Konzepte stellen Versuche dar, das Marktsystem durch Ausbreitung staatlich geförderter Selbsthilfe zu verdrängen, jedoch unter Absehung von ökonomischen Bedingungen (Absatz- und Lohnkonkurrenz), die gerade dies unmöglich machten. So scheiterten die 1848 in Frankreich eingerichteten „Nationalwerkstätten“, Realisierungsversuche von Blanc's 'ateliers sociaux', an politischen Widerständen und der harten Konkurrenz kapitalistischer Unternehmen. Diese von Hofmann (1974, S. 70) als das „erste System der ‚produktiven Arbeitslosenhilfe‘“ bezeichneten Einrichtungen finden Entsprechungen in der Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahre, wo ebenfalls in einigen Ländern versucht wurde, das Instrument der Selbsthilfe staatlicherseits zur Lösung bzw. Eindämmung ökonomischer und sozialer Problemlagen einzusetzen. So versuchte die amerikanische Regierung, im Anschluß an die zahlreichen ab 1930 gegründeten, aber bereits 1933 am Tiefpunkt der „Great Depression“ größtenteils beendeten Selbsthilfemaßnahmen US-amerikanischer Arbeiter, mit verschiedenen Programmen Arbeitslose in „Selbsthilfe“-Einrichtungen ‚sinnvoll‘ zu beschäftigen. Nach dem Scheitern

wurde 1935 die Work-Progress-Administration gegründet, deren Aufgabe die finanzielle Förderung der Coops war. Trotz weitgehender Investitionssteuerung des Staates bei den Genossenschaften verschärfte sich der Interessenkonflikt zum Großkapital, so daß die meisten Coops bereits 1936 aufgelöst wurden (vgl. Jung, 1980, S. 51 ff.; für ähnliche Planungen in Deutschland: Schwendter, 1978, S. 34 ff., S. 135 f.).

### 9.3.3 Erscheinungsbild der Selbsthilfegruppen

Ebenso wie bei den Bürgerinitiativen ist auch bei der Selbsthilfe-Forschung ein Mangel an systematischer Begriffsbestimmung und analytischer Theoriebildung festzustellen, was bereits bei der Referierung von Definitionsansätzen deutlich geworden ist; dies führt dazu, daß die teilweise beeindruckende Vielzahl von Publikationen (siehe Kililea, 1976) kaum vergleichbar ist, weil eine einigermaßen einhellige Gegenstandsbestimmung fehlt und relevante ökonomische und soziale Fragestellungen ausgeklammert bzw. ohne systematischen empirischen Hintergrund angegangen werden (ein Beispiel hierfür ist die Arbeit von Moeller, 1978).

Erste Ansätze systematischer Theoriebildung finden sich bei Weißbrod (1977) und Gretschmann (1979), die versuchen, den „autonomen“ bzw. „non-profit-Sektor“ begrifflich zu fassen und Wege aufzuzeigen, seine ökonomische Bedeutung und Entwicklungsmöglichkeit gegenüber dem marktlichen und staatlichen Versorgungssystem zu analysieren. Badelt (1980), der mit dem Begriff der „Selbstorganisation“ operiert, liefert einen Analyseansatz für die ökonomische Bedeutung von Freiwilligen- und Selbsthilfegruppierungen und legte die bisher umfassendste Literaturlaufarbeitung vor. Dabei wird deutlich, daß die bisherigen Forschungsergebnisse trotz der Vielzahl der Publikationen letztlich noch sehr unbefriedigend sind. Dies gilt besonders für die Heterogenität der Forschungsansätze, die unscharfen und divergierenden Gegenstandsbestimmungen und die ungelösten konzeptuellen Probleme bei der (quantitativen) Bestimmung der ökonomischen Bedeutung der Selbstorganisation. Prinzipiell scheint es möglich, die quantitative Bedeutung des informellen Sektors bzw. der Selbsthilfegruppen wie folgt zu bestimmen (Badelt, 1980, S. 240):

1. Anzahl der tätigen Gruppen/Organisationen/Institutionen;
2. Anzahl der in den Gruppierungen tätigen Personen, bzw. der geleisteten Arbeitszeit;
3. Höhe der diesen Gruppen zugeflossenen Finanzmittel (Spenden, Beiträge, Zuweisungen vom Staat...);
4. Umfang der erzielten Produktionsleistungen in Form von fiktiven Produktionswerten (auch ermittelbar über Sozialindikatoren).

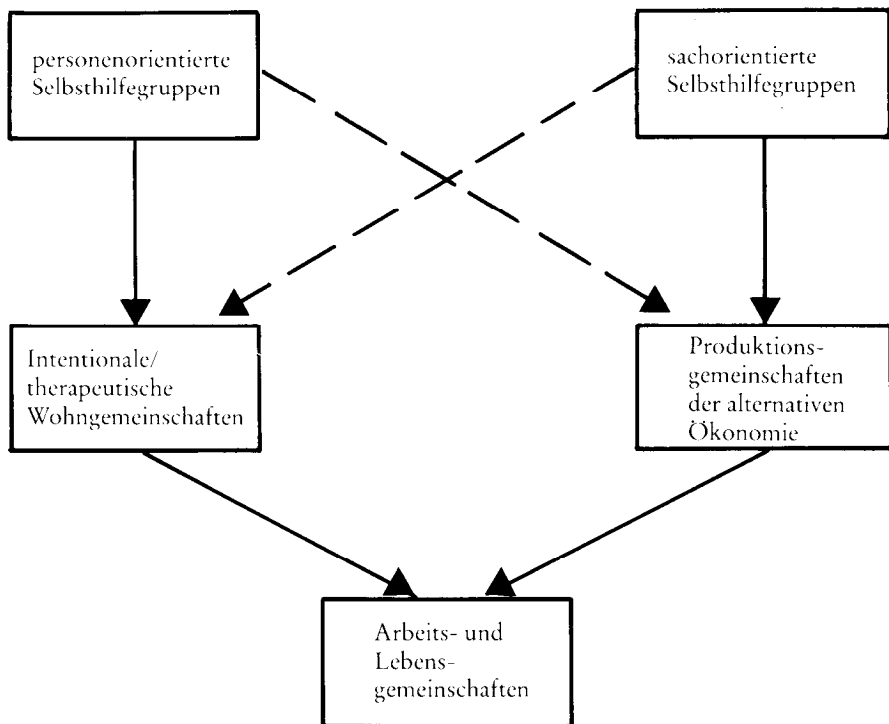
Alle Vorgehensweisen stoßen jedoch auf Operationalisierungsprobleme und auf Schwierigkeiten bei der Datenerfassung, deren Lösung erheblichen Aufwand verlangt. Zweckdienlich erscheint ein quantitativer Zugang zunächst vor allem unter dem Legitimationsaspekt von Forschungsbemühungen, weil die bisherige, auf Markt und Staat fixierte ökonomische Theoriebildung informellen Wirtschaftsaktivitäten kaum Stellenwert zumißt (Gretschmann, 1979, S. 331). Dennoch sind die Freiwilligen- und Selbsthilfeorganisationen quantitativ unbestreitbar bedeutend. Beispielhaft sei die auf einer Repräsentativumfrage beruhende Studie des Wolfenden Committee (1978, S. 36 f.) angeführt, die nach dem Arbeitszeitinput fragt. Diese hat für Großbritannien ergeben, daß ca. 5 Millionen Personen über 16 Jahren durchschnittlich 6 Wochenstunden Freiwilligenarbeit verrichten. Dies entspricht ca. 16 Millionen Mann/Stunden pro Woche oder 400 000 Vollzeitbeschäftigten gegenüber 2 Millionen professionell Beschäftigten im Bereich sozialer und umweltbezogener Dienstleistungen, davon 200 000 im öffentlichen Dienst auf lokaler Ebene. (Angaben für die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Österreich siehe Badelt, 1980, S. 41 ff.).

Sieht man einmal von den Unschärfen der Schätzung ab, so stellt sich jedoch die Frage, welche spezifische „Produktivität“ die „Beschäftigten“ im dritten Sektor gegenüber denen im Markt- und Staatsbereich haben, welches die jeweiligen typischen „kontraproduktiven“ Nebenwirkungen sind usw. Offen bleibt also, welchen Erkenntniswert derartige quantitative Maße für die Aufklärung eines Phänomens haben, das gerade qualitative Leistungen in den Mittelpunkt stellt, aus deren summarischer Auflistung sich kaum Schlüsse über ihre Relevanz ziehen lassen. Wir möchten aufgrund dieser Unwägbarkeiten bis auf wenige begründete Ausnahmen auf Zahlenangaben in der nachfolgenden Darstellung verzichten und es bei einer überblickshaften Referierung von Problemanlässen, spezifischen Entstehungsbedingungen und Entwicklungstendenzen belassen. Das nachfolgend abgebildete Schema stellt eine Übersicht über die Gruppen und Sozialverbände dar, die wir im folgenden darstellen wollen (andere Klassifikationsschemata siehe Huber, 1980, S. 28-41; Katz & Bender, 1976, S. 37ff.; Killilea, 1976).

Als Grundform werden personenorientierte Selbsthilfegruppen einerseits, sachorientierte Selbsthilfegruppen andererseits unterschieden. Nicht alle realen Erscheinungsformen sind eindeutig zuordenbar, und viele weisen sowohl eine Orientierung auf persönliche Dienstleistungen als auch auf sachliche Dienste bzw. Herstellung von Gütern auf, stellen also Mischformen dar, allerdings mit „Orientierung“ auf einen Bereich.

In personenorientierten Selbsthilfegruppen werden „persönliche Dienstleistungen“ produziert. Beispiele sind ein Haarschnitt, ärztliche Behandlung, die Erziehung von Kindern. Dies sind Dienste, die notwendigerweise die Anwesenheit der „behandelten“ Personen beim Produktionsprozeß voraussetzen

Schaubild 1: Formen von Selbsthilfegruppen



(Kundenpräsenz). Weiterhin fällt bei dieser Leistungsform mit der gemeinsamen Tätigkeit von Dienstleistungserstellern und Klienten Konsum und Produktion zusammen (uno-actu-Prinzip), und das aktive Mitmachen des Kunden ist Voraussetzung für das Gelingen (Kooperationsbereitschaft; Badura & Gross, 1976, S. 60 ff.; Gartner & Riessman, 1978 sowie unten Kap. 9.4.1.3). Im Vordergrund von Selbsthilfeaktivitäten stehen die Dienstleistungen, die „irgendeinen pathologischen Zustand beheben oder mildern oder auch verhüten sollen (Schäfer, 1969, S. 280), welche typischerweise vom System der sozialen Sicherung wahrgenommen, d.h. also durch öffentliche oder caritative Institutionen erledigt werden (Badura & Gross, 1976, S. 77). Personenorientierte Selbsthilfetätigkeit stellt eine „Relaisierungsstrategie“ (Badura & Gross, 1976, S. 293) dar, in deren Rahmen ehemals professionell im formellen Sektor erbrachte Dienstleistungen in neue sozio-kulturelle Zusammenhänge zurückverlagert werden.

In sachorientierten Selbsthilfegruppen werden einerseits unpersönliche, produktbezogene Dienstleistungen produziert, andererseits Güter im infrastrukturalen

rellen Bereich hergestellt. Beispiele sind Autoreparatur, Entrümpelung, Distribution und gemeinsame Nutzung von Waren und Dienstleistungen, Bau eines öffentlich zugänglichen Spielplatzes. Diese beiden Grundtypen werden häufig zusammengeführt in Gruppen, die nicht nur eine ganz spezifische, abgegrenzte Aufgabe in Selbsthilfe bearbeiten, sondern die Produktion einer möglichst breiten Palette von Diensten und/oder Sachgütern in Selbsthilfe anstreben. Dies ist, mit unterschiedlicher Ausrichtung, in Wohngemeinschaften, Produktionsgemeinschaften der alternativen Ökonomie und umfassenden Arbeits- und Lebensgemeinschaften der Fall.

### 9.3.3.1 *Personenorientierte Selbsthilfegruppen*

Die „*personenorientierten Selbsthilfegruppen*“ werden auch als „Gesundheits-selbsthilfegruppen“ (Itzwerth & Winkelvoss, 1980) oder Selbsthilfe bei personenbezogenen Dienstleistungen („self-help in human services“; Gartner & Riessman, 1977) bezeichnet. Diese Kleingruppen beschäftigen sich mit sehr spezifischen Bedürfnissen ihrer Mitglieder, die alle durch eine gleiche psychosoziale oder somatische Problemlage betroffen sind. Um die Vielfalt der Ansatzmöglichkeiten dieser Selbsthilfegruppen zu verdeutlichen, seine einige aufgeführt (vgl. ausführlich Behrendt, Deneke, Itzwerth, Schorsch, Trojan & Winkelvoss, 1980, Anhang S. 47ff.):

1. *Psychosozialer Art* sind unter anderem Suchtabhängigkeit (Alkoholiker, Drogenabhängige, Raucher, Eßsüchtige), soziale Isolierung in Lebenskrisen (Verwitwete, Geschiedene, Alte...), allgemeine psychische Destabilisierung (Personen, die als Neurotiker oder Schizophrene stigmatisiert sind...), allgemeine Partner- und Erziehungsprobleme (schlagende Eltern und Männer, Paare in Beziehungskrisen . . .), Stigmatisierung von Randgruppen (ehemalige Strafgefangene. . .). Besonders zu erwähnen sind Selbsthilfegruppen (z.B. der Frauenbewegung (The Boston Women's Health Book Collective, 1979), die nicht (nur) einen spezifischen Problemdruck als Anlaß haben, sondern ein allgemeines Bedürfnis zur persönlichen Emanzipation als Antwort auf „Nihilismus, Hoffnungslosigkeit und Ohnmachtsgefühle“ (Gartner & Riessman, 1977, S. 147).

2. *Primär somatischer Art* (jedoch mit entsprechenden psychischen Folgeproblemen) sind chronische Krankheiten (Krebs, Organverlust, degenerative Krankheiten) und Behinderungen (Blindheit, Conger-Schädigung usw.). Gartner und Riessman (1977, S. 69-96) nennen medizinische Selbsthilfegruppen in 80 Krankheitskategorien.

Entweder sind es die Mitglieder der Gruppen selbst, die mit derartigen psychischen oder somatischen Problemen konfrontiert sind, oder die Gruppen setzen sich aus Angehörigen von Betroffenen zusammen. Für das Entstehen

personenorientierter Selbsthilfegruppen ist die Kritik am marktlichen/staatlichen Versorgungssystem zentral. Das Versagen der Versorgungseinrichtungen stellt sich besonders für die an psycho-sozialen Problemen ansetzenden Selbsthilfegruppen, zunehmend aber auch für die von somatischen Behinderungen ausgehenden Selbsthilfegruppen, als qualitatives Defizit dar: Psychiatrische Anstalten, Ehe- und Familienberater, Krankenhäuser, Ärzte und professionelle Therapeuten bieten für die Teilnehmer von Selbsthilfegruppen keine oder nicht genügende Hilfe, bzw. diese fürchten die Nebenwirkungen der dort angewandten Therapiemethoden (Apathisierung, Abhängigkeit von Pharmaka, Sekundärschäden medizinischer Behandlung. . .). Darüber hinaus bildet auch der mit dem hohen Grad der Technisierung, Professionalisierung und Bürokratisierung gegebene Organisationstyp großer Versorgungsinstitutionen mit der Tendenz zur Anonymisierung und Isolierung versorgter Klienten einen Ansatzpunkt für grundlegende Kritik, was deutlich macht, daß die in diesen personenzentrierten, expressiven Selbsthilfegruppen befriedigten Bedürfnissen prinzipiell nicht durch marktliche oder staatliche Organisationen zu erbringen sind (Badura & Gross, 1976; Gartner & Riessman, 1977; Illich, 1974, 1979, Kickbusch, 1980; vgl. unten Kap. 9.4.1.3 und 9.4.2.1).

Personenorientierte Selbsthilfegruppen haben in den letzten zehn Jahren einen starken Aufschwung genommen. In den USA hat ihre Verbreitung als Reaktion auf das Fehlen eines differenzierten und umfassenden Systems der sozialen Sicherung, verstärkt durch den Stellenwert des Freiwilligenengagements in der nordamerikanischen Ideologie (De Cocq, 1976), bereits wesentlich früher eingesetzt. Allerdings sind die Entwicklungen der Vorkriegszeit bis zum Beginn der 60er Jahre nur bedingt vergleichbar mit heutigen Erscheinungen, da sie sich im Rahmen gänzlich unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Randbedingungen vollzogen haben (vgl. Badura & Gross, 1976, S. 29 ff.).

Viele der bei Gartner und Riessman (1977, 23-68) dargestellten Gruppen wurden vor 1960 gegründet. Darunter zählen besonders die Anonymus-Gruppen. Das bekannteste Beispiel sind die 1935 gegründeten Anonymen Alkoholiker. Sie basieren auf dem Prinzip, daß das Individuum, dessen Anonymität gewährleistet ist, allein für sein Verhalten verantwortlich ist. Investiert es Vertrauen in die Macht der Gruppe, so wird es in der Lage sein, sein Problem zu lösen. Die Anonymen Alkoholiker haben in den USA 27 000 Klubs mit ca. 600 000 Mitgliedern. Ähnliches gilt für die größte Organisation von Selbsthilfegruppen ehemaliger Patienten psychiatrischer Anstalten, die 1937 gegründete Recovery Incorporated mit ca. 850 Mitgliedsgruppen und 15 000 Mitgliedern. Diesen und ähnlichen Gruppen ist gemein, daß sie sich explizit auf sehr spezielle Probleme beschränken, diese in rigide strukturierten und normierten Sitzungen behandeln und dabei autoritäre Strukturen ausbilden (Caplan, 1974, S.21; Lee, 1976). Diese Gruppierungen können auch als neue Institutionen der sozialen Kontrolle aufgefaßt werden (Katz & Bender, 1976, S. 110 f.). In vielerlei Hinsicht weichen gerade diese älteren Gruppen vom

Idealtypus der Selbsthilfegruppe (z. B. Aprofessionalität, Selbstbestimmung) ab; die Selbsthilfegruppe wird so zum (allerdings sehr effektiven) Instrument bei der Erreichung bestimmter Ziele. Entsprechend gibt es bereits eine Reihe von Unternehmen, die sich dieses Instruments ökonomisch erfolgreich bedienen und damit die Profitorientierung in den Vordergrund setzen.

Quantitative Schätzungen zur personenorientierten Selbsthilfe bewegen sich auf dem Boden reiner Spekulationen (Gartner & Riessman, 1977, S. 6, siehe Moeller, 1978, erste Umschlagseite). Eine gründliche Regionalstudie weist in Hamburg 1980 ca. 400 Gesundheitsselbsthilfegruppen nach und schätzt die Gesamtzahl der Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland auf 5000-10 000 (Itzwerth & Winkelvoss, 1981). Ansatzweise existieren Versuche, Selbsthilfeaktivitäten auf regionaler und nationaler Ebene zu koordinieren und Verbindungen zum professionellen Versorgungssystem herzustellen, was in den USA und England bereits weiter fortgeschritten ist als in der Bundesrepublik (Badelt, 1980, S. 169 ff.; diese Feststellung trifft in noch erhöhtem Maße für die staatliche Koordination von Freiwilligeninitiativen in diesen Ländern zu). Viele Selbsthilfeforscher sehen es als eine zentrale Forschungsaufgabe an, Vorschläge für eine Verbindung zwischen professionellem und Laiensektor zu erarbeiten und dessen Realisierung praktisch zu unterstützen. „We need an efficient system, combining the professional with the aprofessional“ (Behrendt, Deneke, Itzwerth, Schorsch, Trojan & Winkelvoss, 1980, Anhang S. 107ff.; Lewin, 1977; Kritik äußert Illich, 1979, S. 30 f.; Gartner & Riessman 1977, S. 15, 151; siehe auch Behr, 1979; Strotzka, 1979).

Eine weitere Fragestellung, die das Verhältnis zwischen personenorientierten Selbsthilfeaktivitäten und dem formellen Sektor betrifft, behandelt die Beziehungen zwischen Markt und Selbsthilfe. Besonders bei den sozialen personen gebundenen Dienstleistungen handelt es sich in der Regel um unrentierliche Aufgaben, da der hier erzielbare Produktivitätsfortschritt hinter dem gesellschaftlichen Durchschnitt weit zurückbleibt (Badura & Gross, 1976, S. 85 ff.). Da die Rationalisierbarkeit sozialer Dienste begrenzt ist und aus fiskalpolitischen Gründen ein weiteres Anschwellen des Sozialbudgets weithin als problematisch angesehen wird, besteht auf Seiten des Staates ein starkes Interesse an Entlastung von diesen Aufgaben. Eine Reprivatisierung scheint jedoch nur bei relativ rentierlichen Aufgaben möglich und ist überdies sozial ungerecht (und könnte damit zu Legitimationsproblemen führen), da sie die Inanspruchnahme der Leistungen von der Einkommenshöhe des Benutzungswilligen abhängig macht (Bäcker, 1979; Matzner, 1978, S. 114ff.). Für ein auf fiskalische Entlastungseffekte bedachtes politisch-administratives System könnte daher die Verlagerung kostenintensiver sozialer Dienste auf dezentrale Selbsthilfeorganisationen ein vielversprechender Ausweg aus der Fiskalkrise sein (Gretschmann, 1979, s. 304).

Von der Seite der Selbsthilfegruppen, besonders solcher mit hohem Verwaltungsaufwand oder gewissem Bedarf an fixem Kapital (Beispiel: Frauenhäuser),

ist andererseits öffentliche finanzielle Förderung Voraussetzung für eine längerfristige Sicherung der Leistungserstellung. Hiermit ist natürlich auch die Gefahr verbunden, daß die Selbstbestimmung der Gruppen eingegrenzt wird (Haffner, 1977, S. 143 f.).

Das Wolfenden Committee (1978, S. 28) fordert, daß nationale und kommunale Pläne zur Entwicklung des Freiwilligensektors erstellt werden. Dies wird begründet mit der Verantwortlichkeit des politisch-administrativen Systems für die Planung und Versorgung mit sozialen Diensten. Interviews mit lokalen und regionalen Verwaltungsstellen ergaben einerseits eine Tendenz, die Relevanz des informellen Sektors verstärkt zu sehen, andererseits jedoch Vorbehalte gegenüber stigmatisierten Gruppen und solchen, die dem Staat kritisch gegenüber stehen (Wolfenden Committee, 1978, S. 75 ff.). Die Kooperation zwischen Behörden und Freiwilligenorganisationen läuft schwerpunktmäßig über die „intermediary bodies“, z.B. lokale Büros für Freiwilligenarbeit, die unter anderem neue Selbsthilfe- oder Freiwilligenorganisationen in Bereichen mit Versorgungsengepässen initiieren, Öffentlichkeitsarbeit für Basisorganisationen machen und Finanzierungsquellen erschließen (Wolfenden Committee, 1979, S. 100 f.). Unklar ist, welchen Umfang Selbsthilfeaktivitäten bei den britischen Freiwilligenorganisationen haben und welches Verhältnis zwischen diesen und den Behörden bzw. den „intermediary bodies“ besteht. Auch bei den amerikanischen Programmen sind „paraöffentliche Dachorganisationen“ sowohl für Selbsthilfe als auch für Freiwilligenarbeit zuständig (Badelt, 1980, S. 209 ff.).

In den USA und England mehren sich Versuche, den formellen und den informellen Sektor bei der Erbringung von personenorientierter Selbsthilfe zu verknüpfen. Dies setzt allerdings, wie Froland, Parker und Bayley (1980) bemerken, eine Dezentralisierung von Entscheidungen in der staatlichen Dienstleistungsverwaltung voraus, so daß politische Entscheidungen möglichst auf lokaler oder gar nachbarschaftlicher Ebene getroffen werden (siehe auch Kux, 1980). Eine derartige „Rekonstruktion sozialen Lebens als Aufgabe der Kommunalpolitik“ (Matzner, 1978, S. 134 ff.) oder Kommunalisierung der Dienstleistungsproduktion (Evers, 1976; Grauhan, 1978) stößt auf starke verwaltungsinterne Widerstände, was bei einem Teil der Selbsthilfegruppen dazu führt, dezidiert gegen das institutionalisierte System sozialer Dienstleistungen zu agieren (Kickbusch, 1980, S. 398 ff.).

### 9.3.3.2 Sachorientierte Selbsthilfegruppen

Die *sachorientierten Selbsthilfegruppen* stellen produkt- oder umweltbezogene Dienstleistungen bereit. Das Motiv zur Selbsthilfe geht auf eine quantitative oder qualitative Unterversorgung bzw. zu hohe Preise bei diesen Leistungen zurück. Eine wichtige Unterscheidung bezieht sich auf die Zugänglichkeit der produzierten Leistungen: Mit dem Begriff der Selbsthilfe ist verbunden, daß die

Leistungsersteller auch die Nutznießer der wirtschaftlichen Tätigkeit sind. Dies trifft beispielsweise zu für Einkaufsgenossenschaften biologisch angebaute Lebensmittel, Wohnungsbaugenossenschaften ähnliche Vereinigungen, Mitfahrgemeinschaften usw. Hingegen betreffen viele Selbsthilfemaßnahmen auch öffentliche Dienstleistungen; der begünstigte Kreis geht über die Leistungsersteller hinaus, da das Gut prinzipiell jedermann zugänglich ist. Dies ist häufig dann der Fall, wenn infrastrukturelle Versorgungsdefizite (Fehlen von Grünanlagen, Kinderspielplätzen oder Radwegen) von einer Bewohnergruppe in Eigenarbeit errichtet werden. Auch die genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeiterbewegung war punktuell mit der Produktion öffentlicher Güter verbunden (Gretschmann, 1979, S. 300 f.).

Die Forschungslage bezüglich dieser Selbsthilfegruppen ist sehr lückenhaft; es besteht keine systematische Übersicht. Wir müssen uns deshalb hier auf wenige Angaben beschränken.

Die erstgenannten Gruppierungen sind in ihren Entstehungsgründen und Charakteristika mit den klassischen Konsumgenossenschaften vergleichbar. Gemeinschaftliche Einkaufsgenossenschaften („food-coops“) für biologisch angebaute Lebensmittel haben in den letzten Jahren besonders in den USA große Verbreitung gefunden. Die ca. 3000 amerikanischen „food-coops“ reichen von kleinen, ca. je 20 Haushalte umfassenden „Lebensmittelverschwörungen“ bis zu Coop-Supermärkten mit bis zu 70 Angestellten (Evans, 1979). Dabei wird bei großen Coops die Mitarbeit der Kunden über ein Preis-Anreizsystem sichergestellt, die Manager werden demokratisch gewählt und ein gemeinschaftlicher Werthintergrund integriert die Einkaufsgemeinschaft (Teich, 1980). Derartige Lebensmittelkooperativen sind in der Bundesrepublik recht selten anzutreffen.

Spezielle sachorientierte Selbsthilfeeinrichtungen im Wohnbereich stellen die „Zweckwohngemeinschaften“ dar, deren Hauptmotiv zum gemeinsamen Wohnen in ökonomischen und materiellen Vorteilen liegt. Nach einer bei Korczak (1979, S. 118ff.) wiedergegebenen Repräsentativbefragung sind mehr als 5 % der Bevölkerung an einer solchen Wohnform interessiert; tiefergehende Studien mit ökonomisch-sozialen Fragestellungen liegen hierzu nicht vor. Kleinere Studien sind in (Pohl, Marquering, Podolski, Rumpf & Voss, 1978) enthalten. Neuere Initiativen, die an die alten Ansätze der Wohnungsbaugenossenschaften anknüpfen, sind sehr vereinzelt und stellen in der Bundesrepublik ein Phänomen des gehobenen Mittelstandes dar. Sie werden zwar auch als Alternativen zum Privateigentum oder zur öffentlich geförderten Mietwohnung bei Sanierungen für einkommensschwache Schichten diskutiert (Wolf, 1979), doch stehen der Realisierung bisher nicht nur rechtliche Probleme, sondern auch politische Bedenken (und Interessen) und das Desinteresse oder zumindest die Skepsis der Wohnungsnachfrager gerade aus diesen Schichten entgegen.

Weniger formelle sachorientierte Selbsthilfeansätze sind z.B. Mitfahrgelegenheiten. So nehmen in San Francisco etwa 36 % der Pendler im Einzugsgebiet dieser Großstadt an einem car-pool teil (Badelt, 1980, S. 76 ff.). Von besonderem Interesse sind derartige Selbsthilfeeinrichtungen dann, wenn sich in der Nachbarschaft eine informelle genossenschaftliche Struktur herausbildet, viele Dienstleistungen also selbstorganisiert und dezentral erbracht werden. Dies geschieht einerseits in ländlichen Gemeinden und - allerdings in geringerem Umfang, als eine häufig romantisierende Berichterstattung Glauben macht - in alten Stadtquartieren im Rahmen traditioneller Nachbarschaftshilfe. Daneben stehen Versuche einer bewußten Neubelebung des Nachbarschaftsgedankens, die teilweise von Basisaktivitäten ausgehen (Beispiel: Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet; vgl. Kap. 9.2.3, oder amerikanische food-coops, die gleichzeitig Nachbarschaftshilfe initiieren und koordinieren, Mieterorganisationen unterstützen etc. (vgl. Olsen, 1979), teilweise auch staatlicherseits angeregt werden. Letzteres geschieht vor allem in den USA (Neighbourhood Government, vgl. Mayer, 1980).

Dort treffen die staatlichen Unterstützungsprogramme auf eine große Anzahl von „voluntary associations“. Einerseits kann die durch staatliche Förderung verstärkte selbstorganisierte Wahrnehmung vieler lokaler Aufgaben sowohl zur finanziellen Entlastung der öffentlichen Körperschaften wie zur ökonomischen und sozialen Revitalisierung heruntergekommener Quartiere oder zu utopisch anmutenden Inseln neuer Nachbarschaftlichkeit wie im Washingtoner Stadtteil Adams Morgan führen. Andererseits können damit auch eine (für die Unternehmen kostenlose) Erschließung neuer Märkte wie neue (nachbarschaftliche) Formen sozialer Kontrolle und Ordnungsüberwachung verbunden sein (v. Einem, 1979; Gizycki, 1978; Mayer, 1980; Morris & Hess, 1980). Abgesehen von den erwähnten Ausnahmen gibt es solche nachbarschaftlichen Kooperationsformen in der Bundesrepublik nur auf dem Papier. Als Konzept in der Bürgerinitiativ- und Selbsthilfebewegung verbreitet ist die von Binswanger und anderen (Die tägliche Revolution, 1978, S. 109-133) entwickelte Idee dualwirtschaftlicher „kleiner Netze“. Huber (1979 c, S. 171) definiert dieses Konzept wie folgt: „Ein kleines Netz ist ein Verband von 2-3 Dutzend oder auch mehr Haushalten... Der Zweck ihres Zusammenschlusses liegt in einer teilweisen Versorgung mit den Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs. Erreicht werden soll eine wirtschaftliche und soziale Teilautonomie der Betroffenen.“

Hierin wird eine Möglichkeit gesehen, die Atomisierung und Privatisierung der Individuen (s. Kap. 9.1.2) aufzuheben und den anhaltenden Tendenzen zur Zentralisierung ökonomischer und politischer Strukturen ein dezentrales Konzept entgegenzusetzen, um so wenigstens einen Teil „der Produktion den lokalen Wünschen und Bedürfnissen anzupassen“ (Gorz, 1980, S. 43; ähnlich: Bierter, 1979). „Eine solche kommunale Organisation könnte auch der Rahmen sein, um die vereinsamende Dissoziation der Arbeits-, Wohn- und Bildungs-

sphäre abzubauen, ohne dabei alte Beschränktheiten, Abgeschlossenheiten, Zwänge wiederzubeähen...“ (Bahro, 1977, S. 529).

Selbsthilfe bei der Bereitstellung öffentlicher Güter ist häufig eng mit dem Handeln interessenwahrnehmender Bürgerinitiativen verknüpft. In der Regel stellen derartige Selbsthilfe-Aktionen demonstrative Handlungen dar, um das Versagen der zuständigen Behörden deutlich zu machen, bzw. folgen auf das Fehlschlagen von Versuchen, „. . . Einfluß auf administrative Entscheidungen zu gewinnen“ (Mayer-Tasch, 1976, S. 16). Kodolitsch (1975, S. 270) stellte bei Behördenbefragungen fest, daß Bürgerinitiativen, die zur Selbsthilfe greifen, bevorzugt gefördert werden (s. a. Bayrisches Staatsministerium des Innern, 1973, S. 7). Selbsthilfegruppen hingegen, die ihr ausschließliches bzw. Hauptanliegen in der Erhaltung bzw. Neuanlage öffentlicher Infrastruktureinrichtungen sehen (Badelt, 1980, S. 61 ff.), dürften Ausnahmen darstellen (vgl. dazu die Publikationen der Stiftung „DIE MITARBEIT“, Heiligenhaus).

Eine systematische Aufarbeitung des Stellenwertes sachorientierter Selbsthilfe steht aus, wenngleich sich vom politischen Interesse, Auswege aus der „Krise des Steuerstaates“ (Grauhan & Hickel, 1978; Groth, 1978) zu finden, eine Vielzahl von Stellungnahmen aus allen politischen Lagern finden (Dettling, Herder-Dornreich & Kevenhörster, 1977; Geißler, 1976; Matzner, 1978). Die empirische Studie von Groser und Veiders (1979) beschränkt sich auf die Motivationsebene der Betroffenen-Aufklärung, der Bereitschaft zur „Eigenverantwortlichkeit“ - ohne jedoch die ökonomischen und sozialen Bedingungsfaktoren der Selbsthilfe mit einzubeziehen.

### *9.3.3.3 Therapeutische und intentionale Wohngemeinschaften*

Diese Gruppen, eine Weiterentwicklung personenorientierter Selbsthilfe, stellen einen Ansatz dar, Selbsthilfeprozesse in eine umfassende gemeinschaftliche Gestaltung des Reproduktionsbereiches zu integrieren. Derartige (zur Familie oder caritativen Versorgungsinstituten alternative) Formen des Zusammenlebens gibt es wiederum aus vielen Problemanlässen heraus. Beispielhaft zu nennen sind Alten-Wohngemeinschaften (Gronemeyer & Bahr, 1979, S. 138 ff.; Schmidt & Wagner, 1980), „Jugendwohnkollektive“, die häufig aus heimentlassenen Jugendlichen bestehen (Schwinn, 1980; Victor Gollancz-Stiftung, 1974), Behindertenwohngemeinschaften, Wohngemeinschaften ehemaliger Drogenabhängiger usw. In vielen Wohngemeinschaften, die über reine Zweckwohngemeinschaften hinausgehen, aber im Unterschied zu den vorgenannten von keinem konkreten Leidensdruck ausgehen, stellt umfassende persönliche Emanzipation ein wichtiges Ziel des Zusammenlebens dar (Korczak, 1979; Schüllein, 1978, 1980), ihnen liegt also eine dem Zusammenwohnen übergeordnete Intention zugrunde. Die Entstehungsbedingungen, Ziele und

Verlaufsformen dieser Wohngemeinschaften sind dennoch personenorientierten Selbsthilfegruppen sehr ähnlich!

#### 9.3.3.4 *Alternative Ökonomie und Lebensgemeinschaften*

Die *Produktionsgemeinschaften der alternativen Ökonomie* sind von ihrer ökonomischen Funktion her den klassischen Produzenten- oder besser „Arbeiterproduzentengenossenschaften“ (zum Begriff vergleiche Vandervelde, 1974, S. 106 ff.) ähnlich und knüpfen teilweise an diese Tradition an. In ihnen schließt sich eine Gruppe von Individuen zusammen, um selbstbestimmt Güter und Dienstleistungen zu produzieren, mit dem Zweck, damit ihre Reproduktion sicherzustellen. Das Kapital ist Kollektiveigentum, die Mitglieder sind prinzipiell gleichberechtigt bei allen Entscheidungen. Von der Zielsetzung her unterscheiden sich diese Produktionsgemeinschaften von herkömmlichen Unternehmen (z. B. handwerklichen Familienbetrieben) durch folgende Merkmale (vgl. Schwendter, 1978; Hollstein & Penth, 1980, S. 449 ff.):

- Sie wollen „Gebrauchswerte“ herstellen, das heißt gesellschaftlich sinnvolle Güter und Dienstleistungen produzieren, und ihr wirtschaftliches Handeln nicht durch die Profitmotivation steuern lassen.
- Hierzu sollen die Bedürfnisse der Konsumenten/Klienten direkt in den Produktionsprozeß einfließen.

Der Arbeitsprozeß selbst soll expressive Bedürfnisse befriedigen, das heißt den persönlichen Qualifikations- und Emanzipationsprozeß befördern.

- Hierarchien und Rollenmuster, das heißt besonders geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und strikte Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, sollen abgebaut werden. Gleichberechtigung und Arbeitsrotation werden angestrebt.

Bei den *Arbeits- und Lebensgemeinschaften* kommt hinzu, daß die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion, Arbeit, Wohnen und Freizeit aufgehoben und in einen gemeinschaftlichen Gruppenzusammenhang integriert werden soll. Im Ausgangs- und Schwerpunkt ist die Mehrzahl dieser Gemeinschaften der „Sub- oder Gegenkultur“ zuzurechnen, das heißt ihre Mitglieder weichen in vielen Lebensvollzügen von den Normen der Gesamtgesellschaft ab (vgl. Schwendter, 1971, S. 11 ff.). Es finden sich folgende Hauptbereiche der Produktion:

- Landwirtschaftliche Produktions- und Lebensgemeinschaften mit dem Ziel der Nahrungsmittelselbstversorgung.
- Handwerkliche bzw. kunstgewerbliche Kleinproduktion (Töpfereien, Schneidereien, . . .), produktbezogene Dienstleistungen (Reparatur-, Isolierungs-, Transportunternehmen, . . .) und Handel (besonders Lebensmittel, Gebrauchsgüter . . .).

- Personenbezogene Dienstleistungen (ärztliche Gruppenpraxen, Psychotherapie ...) sowie Kommunikation und Kultur (Alternativ-Zeitungen, Tagungshäuser, Kleinverlage . . .).

Verlässliche quantitative Ergebnisse zu diesen Gruppen fehlen (deren Anzahl dürfte sich in der Bundesrepublik in der Größenordnung von 5000 bewegen, vgl. Huber, 1980, S.28 f.). Dies liegt auch daran, daß ein ausgeprägtes Mißtrauen gegenüber der Institution „bürgerliche Wissenschaft“ vorliegt. Dafür erscheinen besonders in genossenschaftlichen Kleinverlagen mit viel Engagement geschriebene narrative (Selbst-)Darstellungen einzelner Projekte (Arbeiterselbsthilfe Frankfurt, 1980; Free Clinic Heidelberg, 1975; Niederhauser, 1978), Sammeldarstellungen (Hollstein & Penth, 1980; Jarchow & Klugmann, 1980; Meyer, 1979), teilweise mit theoretischen Überlegungen ergänzt (Glätzer, 1978; Kraushaar, 1978; Schwendter, 1977, 1978, 1978a).

Der Forschungsstand erlaubt nicht, von Ergebnissen zu sprechen. Vielmehr handelt es sich bei den nachfolgenden Ausführungen um einige Hypothesen zum Entstehungszusammenhang und ökonomischen Stellenwert solcher Initiativen.

Der Beitritt zu einem selbstorganisierten Arbeitskollektiv resultiert häufig aus der Unsicherheit der eigenen ökonomischen (geringe oder nicht nachgefragte Qualifikation, lange Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung) oder psychischen Lebensgrundlage (vgl. Kap. 9.3.3.1). Dies trifft besonders zu für die Arbeitslosen- oder Arbeiterselbsthilfen, deren Mitglieder häufig von Kriminalisierung und Stigmatisierung bedrohte Jugendliche aus einkommensschwachen Schichten sind (Brockmann, 1978). Viele dieser Gruppen gehen aus sozialpädagogischen Projekten hervor, die an inneren Schwierigkeiten oder wegen Konflikten mit den mittelgebenden Behörden gescheitert sind (Arbeiterselbsthilfe Frankfurt, 1980; Gothe & Kippe, 1975). Sie sind mithin deutliches Indiz für das Fehlschlagen staatlicher Sozialpolitik, die die Marginalisierung besonders jugendlicher Arbeitsloser nicht verhindern kann. Sozialpolitisch leisten diese Projekte, daß sonst von sozialem Abstieg, Kriminalisierung und teilweise sogar psychischer Desintegration bedrohte (meist) Jugendliche nicht in eine soziale Randlage gedrängt bzw. von Sozialhilfe abhängig werden. Sie vermindern dabei die Kosten des Staates für entsprechende öffentliche Auffanginstitutionen erheblich. Arbeitsmarkt und Sozialbudget werden entlastet. Dies kann auch die Spaltung der Erwerbsfähigen in einen schrumpfenden Teil intensiv in den Produktionsprozeß Eingespannter und während längerer Lebensphasen davon Ausgeschlossener andererseits bedeuten. Das Vorhandensein von Ausweich- und Auffanginstitutionen in Form von Alternativprojekten legitimiert es dann, „. . . den Ausgliederungsdruck auf marginalisierte Arbeitskräftegruppen zu erhöhen“ (Olk, Hohn, Hinrichs & Heinze, 1979, S. 388).

Aus der Erfahrung mit den inneren Widersprüchen und Grenzen professioneller Sozialarbeit resultiert ein weiteres Motiv zum Beitritt in ein Arbeitskollektiv:

Enttäuschte Sozialpädagogen, Lehrer oder Erzieher versuchen sich von den Restriktionen der zentralisierten Hilfsbürokratien zu befreien und suchen gemeinsam Arbeitsmöglichkeiten mit der Gruppe ihrer ehemaligen Klienten (Neske & Juterzenka, 1978; vgl. auch Kap. 9.4.1.3). In welchem Umfang das „Aussteigen“ vieler Angehöriger der „neuen Mittelschicht“ (Lehrer, Therapeuten, Sozialarbeiter . . .) stattfindet und inwiefern es eine „generelle Verweigerung“ gegenüber der Lohnarbeit „signalisiert“ (Olk et al. 1979, S. 378 ff.), ist empirisch nicht geklärt. Die „qualifizierten Dienstleistungserbringer“ arbeiten typischerweise in pädagogischen (Knauer, Krohn & Hönel, 1979) oder kommunikativen Projekten, selbstorganisierten Kommunikationszentren, Alternativzeitungen oder anderen Medienprojekten (Hollstein & Penth, 1980, S. 151-265). Ein weiteres Motiv zum Aufbau von „Modellen für eine menschlichere Zukunft“ wird von Kraushaar (1978, S. 14 ff.) in der Enttäuschung von reformerischen oder revolutionären politischen Strategien gesehen; so hatte die SPD bzw. die außerparlamentarische Opposition die Hoffnungen vieler politisch Engagierter der frühen 70er Jahre nicht erfüllt, worauf ein Teil mit der Gründung selbstbestimmter Arbeitskollektive reagierte, um den Sozialismus „hier und jetzt“ zu verwirklichen.

Zusammenfassend liegt der Gründung alternativer Projekte eine umfassende Unzufriedenheit mit den Produktions- und Reproduktionsweisen der heutigen Wirtschaftsgesellschaft und mit politischen Oppositionsstrategien zugrunde. Nach Schwendter (1978, S. 172 f.) verdeutlichen historische Beispiele, daß „alternative Ökonomie zumeist in Zeiten längerer Depression ihren Gründungsboom aufwies“. Die strukturelle (Jugend-)Arbeitslosigkeit könnte damit als ein Auslösfaktor für neue Produktionsgenossenschaften angesehen werden.

Die Betriebswirtschaft von Projekten besonders im Medienbereich, im aufgabenbezogenen Dienstleistungsbereich und auch in der landwirtschaftlichen Produktion hat gemeinsam, daß eine hohe Arbeitsintensität und ein geringer Bedarf an fixem Kapital besteht (Glätzer, 1978, S. 132f.; Schwendter, 1978).

Gretschmann (1979, S. 305) folgert daraus: „. . . es scheint, als könnten dezentral-gemeinschaftliche Formen nur in solchen Bereichen reüssieren, wo nur geringer Kapitaleinsatz erforderlich ist, die arbeitsintensiv strukturiert sind und wo, wie im Bereich der öffentlichen Güter und Dienste, eine relative Marktferne und damit keine Marktabhängigkeiten bestehen.“ Dies hat jedoch zwei Konsequenzen: zum einen sinkt die Produktivität der Arbeit in den Genossenschaftsprojekten im Vergleich zur durchschnittlichen gesamtgesellschaftlichen Produktivität beständig, da letztere ob des anhaltenden technischen Fortschritts und entsprechender Rationalisierungsmaßnahmen ständig steigt. Zum anderen können Produkte, die einen kapitalintensiven Herstellungsprozeß verlangen (also z.B. Maschinen und Transportmittel), nicht in Betrieben alternativer Ökonomie produziert werden. Die Folge ist, daß ein vollständiger,

geschlossener Austauschprozeß im „autonomen Sektor“ nicht stattfinden kann. Die Alternativprojekte sind zur Teilnahme am Markt gezwungen, wo sie selbst erstellte manufaktuelle oder Dienstleistungs-Produkte mit geringem Anteil an Fixkapital gegen industriell gefertigte Güter mit hohem Anteil an Kapitalfixkosten zu ungünstigen Bedingungen tauschen müssen. Soll ein Absinken der Projektmitglieder unter das gesellschaftliche Existenzminimum verhindert werden, ist eine verschärfte Selbstaussbeutung der Projektmitglieder durch einen überlangen Arbeitstag oder die Erschließung anderer Finanzquellen notwendig. Der Staat ist hierbei in mehrfacher Hinsicht Geldgeber. Entweder bezuschußt er individuell als Sozialstaat, indem er Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen und ähnliches an die Projektarbeiter zahlt. Oder er unterstützt das gesamte Selbsthilfeprojekt durch öffentliche Förderungsmittel (auch z.B. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes oder von Arbeitsförderungsmaßnahmen).

Gretschmann (1979, S. 321 f.) demonstriert dies am kanadischen „Local Initiative Program“, einem dezentralen Arbeitsbeschaffungsprogramm, welches auf Beseitigung regionaler und struktureller Arbeitslosigkeit abzielte. Bevorzugte Förderung erhielten solche Selbsthilfeprojekte, die in Versorgungslücken stießen, also keine Konkurrenz zu Marktunternehmen darstellten. „Die Projekte waren arbeitsintensiv und vermieden somit den Fehler der klassischen Produktivgenossenschaften, die, um in der Konkurrenz zur ‚for-profit-Unternehmung‘ zu bestehen, kapitalintensiv zu produzieren bestrebt waren und am hohen Kapitalbedarf gescheitert sind“ (Gretschmann, 1979, S. 325). Die Löhne in diesen L.I.P.-Projekten lagen dementsprechend 10-20 % unter dem nationalen Durchschnitt in den entsprechenden Branchen. Projekte, die derart definitionsgemäß unrentabel arbeiten müssen, können „finanzielle Unabhängigkeit vom Staat prinzipiell“ nicht erreichen.

Eine weitere Möglichkeit der Geldbeschaffung liegt in der Umverteilung von Einkommen zwischen Alternativprojekten und Sympathisantenkreis mit gesichertem Einkommen im formellen Sektor. Das „Netzwerk Selbsthilfe“, gegründet Ende 1978 in Berlin, hat mehrere Tausend Mitglieder, die monatlich einen festen Betrag an die „Alternativbank“ abführen (Netzwerk Selbsthilfe, 1979). Diese unterstützt damit durch Zuschüsse, Darlehen oder Bürgschaft finanzbedürftige Projekte, die bestimmten Kriterien genügen müssen, und versucht darüber hinaus, einen Diskussionsprozeß zwischen den Projekten sowie zwischen diesen und der breiten Mitgliedschaft einzuleiten. Bedenkt man, daß viele Beitragszahler den obengenannten Dienstleistungsberufen angehören und zum Großteil im öffentlichen Dienst stehen, offenbart sich auch hier eine Abhängigkeit vom Staat bzw. von der Gesamtkonjunktur.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß ein „autonomer Sektor“ im Wortsinne, also Unabhängigkeit vom marktlichen Produktionsprozeß und staatlichen Umverteilungsprozeß, in der kapitalistisch verfaßten Wirtschaftsgesellschaft nicht möglich ist. Der Stellenwert des informellen Sektors für die Lebensquali-

tät der in ihm Arbeitenden ist davon nicht berührt, zumindest solange nicht, wie ein gesellschaftliches Existenzminimum garantiert ist. Dies setzt voraus, daß die wirtschaftliche Gesamtlage monetäre Transfers vom formellen in den informellen Sektor ermöglicht. Umgekehrt besteht allerdings auch eine Abhängigkeit des formellen Sektors von Selbsthilfegruppen, da diese den Staatshaushalt entlasten und wichtige Leistungen zur Reproduktion ihrer Mitglieder erbringen. Ob aus dem gegenseitigen Angewiesensein Integration, subkulturelle Segregation oder „antagonistische Kooperation“ (Mayer-Tasch, 1976) resultiert, ist wesentlich von der Kombination interessenwahrnehmender und selbsttätiger Elemente in den oppositionellen sozialen Bewegungen abhängig.

#### *9.4 Gesellschaftliche Entstehungshintergründe und Theoretische Erklärungsansätze*

Die Versuche, die skizzierten Entwicklungen zu erklären und ihre gesellschaftliche Bedeutung einzuschätzen, bewegen sich derzeit meistens auf spekulativem Niveau. Grundsätzlich zeichnet sich inzwischen eine weitgehende Einigkeit dahingehend ab, daß das Auftreten und die Entwicklung der verschiedenen Formen kollektiver Selbstorganisation auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zurückzuführen sind, die eng mit dem Stand der technisch-industriellen Entwicklung, insbesondere dem Ende der extensiven Wachstumsperiode in den kapitalistischen Industriegesellschaften und den augenfällig gewordenen Grenzen der Belastung von Mensch und Umwelt zusammenhängen (vgl. hierzu z.B. Zellentin, 1979). In diesem Kontext werden Veränderungen im sozia-ökonomischen, politisch-administrativen und sozia-kulturellen Bereich thematisiert und mit den hier behandelten kollektiven Handlungsprozessen in vielfältiger Weise in Verbindung gebracht. Spekulativ sind die dabei entwickelten Theorien insofern, als die Annahmen über den Zusammenhang zwischen objektiver Gesellschaftsentwicklung und subjektiven Verarbeitungs- und Handlungsprozessen empirisch nicht systematisch überprüft, sondern - soweit nicht axiomatisch vorausgesetzt wie bei den Theorien der „Neuen Politischen Ökonomie“ - allenfalls exemplarisch illustriert sind. Dies ist einmal auf die Neuheit des Gegenstandes zurückzuführen. Darüber hinaus werden jedoch auch die vielen zur Zeit laufenden Forschungen diese dunklen empirischen Flecken nur teilweise erhellen können, da die empirische Sozialforschung mit ihrem bisherigen Instrumentarium nur sehr begrenzt Einblicke in makro-soziale Prozesse und deren Einfluß auf kollektives Handeln gestattet (Berger, 1974). Wir werden nun die auf die Bürgerinitiativ- und Selbsthilfediskussion bezogenen Erklärungsansätze darstellen und dabei versuchen, ihre Fruchtbarkeit für das Verständnis der Entwicklung neuer Selbstorganisationen insgesamt und ihren Beitrag zur Erklärung der differenzierten Formen dieser Entwicklung herauszuarbeiten.

## 9.4.1 Sozio-ökonomische Hintergründe

### 9.4.1.1 Disparitäten-These

Einen zentralen Beitrag zur Erhellung der allgemeinen sozioökonomischen Hintergründe der Entstehung von neuen kollektiven Selbstorganisationen liefert die sogenannte „Disparitätentheorie“ von Claus Offe (Offe, 1969). In einer Auseinandersetzung mit der marxistischen Klassentheorie zeigt Offe, daß -trotz Fortbestehens der ökonomischen Klassenbasis-die Lebensbedingungen der Menschen in den hochentwickelten Industriegesellschaften nicht mehr ausschließlich durch ihre Klassenzugehörigkeit, sondern in zunehmendem Maße politisch bestimmt sind. Dies bezieht sich sowohl auf den Zusammenhang von Arbeitsleistung und Arbeitseinkommen (vgl. dazu für den Bereich des Dienstleistungssektors auch Berger & Offe, 1980) als auch auf den Zusammenhang von Einkommen und Lebenschancen. „Derjenige Anteil der konkreten Lebensumstände von Individuen, der auf dem Wege der individuellen Disposition über Einkommen zu verändern ist, vermindert sich jedenfalls für die *breite Mittelgruppe*, die sich oberhalb eines zivilisatorischen Existenzminimums und unterhalb der obersten Einkommens-Percentile befindet (. . .). Jenseits der Sphäre individuellen Güterkonsums erstreckt sich ein Bereich von Lebensbedürfnissen, zu deren Befriedigung die Mittel nicht individuell kaufbar, sondern politisch und institutionell determiniert und verteilt sind. Das gilt für die Bereiche der Erziehung und Bildung, der sozialen und physischen Sicherheit, der Gesundheit, des Verkehrs, des Wohnens, der Freizeitverwendung“ (Offe, 1969, S. 153), also jene Bereiche, in denen wenig später die Bürger initiativ wurden.

Klassen- und Einkommensunterschiede werden überlagert von der Disparität verschiedener Lebensbereiche, die alle nahezu gleichermaßen betrifft. Dies ist nach Offe die sozia-ökonomische Grundlage zur Bildung von - soziologisch gesehen u.U. sehr heterogenen - Gruppen, „die situationsabhängigen Deprivationen und Frustrationen ausgesetzt sind, ohne daß der Status des einzelnen in der Einkommensskala viel zur Behebung der Probleme und Krisen bewirken könnte“ (Offe, 1969, S. 160).

Die These einer „Überlagerung“ von der aus der Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit resultierenden „distributiven Benachteiligung“ durch eine politisch vermittelte „horizontale Disparität“ bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern wurde empirisch dahingehend konkretisiert, daß - insbesondere bei der Versorgung mit öffentlichen Infrastruktureinrichtungen - distributive Benachteiligung und (quantitative) Unterversorgung mit öffentlichen Gütern über weite Strecken kumulieren (Göschel, Herlyn, Krämer, Schardt & Wendt, 1977, 1979; Riege, 1977; Offe hatte dies ebenfalls als „wahrscheinlich“ angenommen). Dies schmälert die Aussagekraft der Disparitätentheese insoweit, als die ökonomische Ungleichheit weiterhin als wesentliches Bestimmungsmerkmal gesell-

schaftlicher Zuteilung von Lebenschancen nicht nur bestehen bleibt, sondern durch die politisch gesteuerte Versorgung mit Kollektivgütern in vielen Bereichen noch verstärkt wird. Demgemäß müßten, wenn objektive materielle Versorgungsdefizite oder Belastungen als Ursache oder Auslöser der Bürgerinitiativbewegung angesehen werden, wie dies vor allem in der frühen Bürgerinitiativ-Literatur weithin geschieht, gerade diese doppelt benachteiligten Gruppen die Struktur der Bürgerinitiativen nicht unwesentlich prägen. Dies ist jedoch, wie alle empirischen Studien zeigen, nicht der Fall.

Der Kern der Offeschen These ist damit aber nicht berührt. Aus ihr folgt nämlich nicht zwingend, daß kollektive Handlungen unvermittelt objektiven Gesellschaftsentwicklungen entsprechen. Allerdings müssen empirisch solche Entsprechungen zumindest teilweise auffindbar sein oder dort, wo dies nicht der Fall ist, intervenierende Variablen angebar sein, die diese Entsprechungen verhindern, wenn die Theorie über die Beschreibung objektiver Veränderungen hinaus einen Erklärungswert für daraus folgende Handlungsprozesse haben soll. Ihre partielle empirische Bestätigung findet die Disparitätentheorie darin, daß in spätkapitalistischen Gesellschaften neben den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit vielfältige Auseinandersetzungen um die Versorgung mit Kollektivgütern bzw. Gütern und Leistungen, deren Angebot starker staatlicher Steuerung unterliegt, getreten sind, die zwischen betroffenen Personengruppen und staatlichen Institutionen ausgetragen werden, wobei die Aktivgruppen nicht durch gemeinsame Schicht- oder Klassenzugehörigkeit konstituiert werden (wiewohl viele Gruppen ein homogenes Schichtprofil aufweisen mögen), sondern dadurch, daß sie *als Konsumenten* dieser öffentlichen Güter (bzw. bads) *betroffen* und als Bürger des als Anbieter oder als Steuerungsinstanz fungierenden Staates handlungsfähig und -legitimiert sind. Dies wird noch deutlicher, wenn man nicht nur die Verteilung und Qualität öffentlicher Güter, sondern die wesentlich durch staatliche (bzw. kommunale) Intervention (bzw. Interventionsverzicht) beeinflussten *negativen Folgewirkungen* ökonomischen Wachstums und der darauf bezogenen Planungen betrachtet. Die Offesche These verweist nämlich auf die im Zuge der Ökologie-Diskussion offenkundig gewordene Tatsache, daß die technisch-industrielle Entwicklung kollektive Risiken und Lastenverteilungen mit sich bringt, die nicht eindeutig sozio-ökonomisch zugeordnet werden können, denen sich der Großteil der Bevölkerung nicht individuell entziehen kann und denen sich der einzelne auch nicht als Angehöriger einer bestimmten Klasse oder Schicht, sondern nur noch als von *einer bestimmten Entwicklung Betroffener* ausgeliefert sehen kann. Die Reproduktion des Kapitals erfolgt nicht mehr ausschließlich auf Kosten der unmittelbaren Produzenten, sondern auf Kosten der Natur und bedroht damit die Reproduktionsbasis der gesamten Gesellschaft (Ronge, 1978).

Diese Analyse verdeutlicht, daß und warum der Begriff der „Betroffenheit“ eine zentrale Bedeutung für die Analyse von Bürgerinitiativen erhält. Er steht für das die einzelnen Handelnden verbindende, kollektive Identität erzeugende Ele-

ment und rückt an die Stelle sozia-ökonomischer Identitätsstiftung. Da Betroffenheit eine temporäre, von einer bestimmten Planung (Maßnahme, Mangelersparnis) ausgehende Angelegenheit ist, scheint damit bereits aus den Konstitutionsbedingungen von Bürgerinitiativen (im Sinne von Situationsgruppen) selbst ableitbar, daß Bürgerinitiativen zeitlich begrenzte, auf die Behebung einer bestimmten Mangellage ausgerichtete „Single purpose movements“ sind. Dem entsprach - wie gesagt - die Realität der meisten Bürgerinitiativen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Von daher scheint es paradox, von einer Bürgerinitiativbewegung im Sinne einer sozialen Bewegung, die einen inneren Zusammenhang aufweist, zu sprechen, wenn das Konstitutive einer Bürgerinitiative gerade etwas Singuläres ist, nämlich die Betroffenheit von konkreten Maßnahmen. Wenn sich Möglichkeiten und Lasten der gesellschaftlichen Entwicklung aber nur noch je vereinzelt als situative Betroffenheit oder aber allumfassend und total als Lebensbedrohung erfahren lassen, so stellt sich die Frage, ob damit der historische Prozeß an sein Ende gelangt ist, da als Träger von grundlegenden Veränderungen niemand mehr soziastrukturell identifizierbar scheint, denn den bedrohten Allgemeininteressen (z. B. Umweltschutz) wird wegen ihrer Allgemeinheit keine organisierende Kraft beigemessen (Olson, 1968).

Doch während ein Teil der Bürgerinitiativen im Sinne von Situationsgruppen auf konkrete Defizite reagiert und damit in Bereichen, in denen der Markt (teilweise) durch politische Produktion ersetzt ist, Nachfrager-Bedürfnisse auf eine der politischen Steuerung adäquate Weise signalisiert, scheinen die von uns als Ökologie-Bewegung und städtische Bewegung bezeichneten Initiativen gerade diese für unorganisierbar gehaltenen Allgemeininteressen zu artikulieren und organisieren. Damit stellen sich erhebliche Erklärungsprobleme für diesen Teil der Bürgerinitiativen, während die Situationsgruppen als Folge des partiellen Übergangs von einer marktmäßig zu einer politisch gesteuerten Produktion problemloser interpretiert werden können (Kap. 9.4.2.2).

#### *9.4.1.2 ökonomische Theorie kollektiven Handelns*

Dieser Problematik sehen sich auch die Vertreter der Ansätze gegenüber, die versuchen, kollektives Handeln (ebenso politisches und bürokratisches Handeln) auf der Basis individueller Nutzenmaximierung zu erklären (grundlegend: Downs, 1968; Schumpeter, 1950; für kollektives Handeln: Olson, 1968; zur konkreten Anwendung auf neue gesellschaftliche Konfliktlagen mit Bezug zu Bürgerinitiativen vgl. Widmaier, 1978). Diese unter dem Sammelbegriff „Neue politische Ökonomie“ antretenden Ansätze sind das „bürgerliche“, marktwirtschaftlich orientierte Pendant zur marxistischen politischen Ökonomie, der - trotz des dogmenkritischen Ansatzes und der daran geführten „linken“ Kritik - auch die Offesche Disparitätentheorie zuzurechnen ist. Trotz dieser Gegensätzlichkeit kommen beide Ansätze zu übereinstimmenden Ergebnissen im Hin-

blick darauf, daß sich im Zuge der industriell-kapitalistischen Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat die potentielle Konflikthaftigkeit sowohl erhöht als auch verbreitert habe (in „linker“ Diktion: Legitimationskrise des Spätkapitalismus, vgl. u.a. Habermas, 1973; Offe, 1972; eher Konservative bevorzugen „Regierbarkeitskrise moderner Industriegesellschaften“). Im Unterschied zur Disparitätentheorie, die hierzu keine Aussagen enthält, versucht Widmaier jedoch, im Anschluß an Olson ein theoretisches Bindeglied „zwischen objektiven Konfliktlagen und sichtbarem kollektivem Protestverhalten“ (Widmaier 1978, S. 156) einzuführen. Dieses besteht darin, „daß menschliches Verhalten axiomatisch als eigennütziges und auf größtmöglichen Vorteil bedachtes Verhalten“ (Widmaier, 1978, S. 115) aufgefaßt wird. Daraus läßt sich ableiten, daß Individuen nur dann kollektiv handeln, wenn der individuelle Nettonutzen die Organisationskosten übersteigt. Da letztere um so höher sind und der Nutzen sich um so weniger individuell anrechnen läßt, je größer die (latente, zu organisierende) Gruppe ist, sind groß „Gruppen“ grundsätzlich schwerer organisierbar als kleine. Anders ausgedrückt: Je allgemeiner ein Interesse ist, um so schwieriger läßt es sich organisieren. Kollektivgüter wie Verbraucherschutz oder Umweltschutz gelten daher als kaum organisierbar.

Dennoch stimmen Vertreter der „Neuen politischen Ökonomie“ mit der Disparitätentheese überein, nach der ja gerade die Bedeutungszunahme kollektiver Güter die Voraussetzung zur Bildung von „Situationsgruppen“ ist. Dies wird erklärt mit einer fortschreitenden gesellschaftlichen „Differenzierung“ (Lehner, 1979, S. 324 f.) bzw. „Arbeitsteilung“, wodurch „latente Gruppen einer Gesellschaft in organisierbare Teilmengen“ (Widmaier, 1978, S. 122) zerlegt werden, was wiederum sowohl die Organisationskosten senkt als auch den individuell zurechenbaren Nutzen erhöht.

Da dies jedoch nur innerhalb homogener Teilgruppen gilt, kommt man mit dieser Erklärung im Hinblick auf Bürgerinitiativen nicht sehr weit. Allenfalls kann das Theorem der hohen Organisationskosten die Schwierigkeiten illustrieren, die entstehen, wenn Bürgerinitiativen verschiedene „Teilmengen“ integrieren wollen. Berücksichtigt man allerdings zusätzlich, daß die als Ergebnis des Kapitalwertungsprozesses (marxistische Version) oder des egoistischen Gruppenhandelns organisationsfähiger Interessen (Neue Politische Ökonomie) auftretenden Folgeprobleme politische Entscheidungen notwendig machen, die unmittelbare Auswirkungen auf konkrete Gruppen haben (z. B. der infolge der Zunahme des Individualverkehrs „notwendige“ Bau einer Stadtautobahn), so kann das verstärkte Auftreten von Bürgerinitiativen im Sinne von Situationsgruppen auch mit dieser individualistischen Logik kollektiven Handelns erklärt werden, da durch die Betroffenheit sowohl eine überschaubare Gruppe konstituiert wird als auch bei Verhinderung der Planung für die Aktivisten ein Netto-Nutzen anfällt. Diese Theorie führt dann letztlich zu dem scheinbar paradoxen Ergebnis, daß zunehmende gesellschaftliche Differenzierung und Vereinzelung der Individuen eine potentielle Zunahme (eigennützig motivierten) kollektiven

Handelns und damit zunehmende Konflikthaftigkeit zur Folge hat. Dies wäre die theoretische Begründung des den Bürgerinitiativen in politischen Auseinandersetzungen häufig vorgeworfenen St.-Florian-Prinzips („Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andre an“; vgl. Kap. 9.2.3.1).

An dieser Stelle muß jedoch auf eine analytische Schwäche und die normative Problematik dieses Ansatzes eingegangen werden.

Erstere besteht im Kontext unseres Themas darin, daß allenfalls das Handeln der Situationsgruppen erklärt werden kann, jedoch nicht das der allgemeinere Ziele verfolgenden Gruppen der Ökologie- und städtischen Bewegungen. Kann schon das Argument Olsons (1968), solche allgemein motivierten Gruppen seien ökonomisch nicht relevant und brauchten daher in seiner Theorie nicht berücksichtigt zu werden, für den damaligen Zeitpunkt (1968) nicht überzeugen, so gilt dies erst recht für die oben skizzierte heutige Entwicklung. Teilweise wird zur Lösung dieser Problematik vorgeschlagen, den Begriff des Eigennutzes über den reinen ökonomischen Vorteil hinaus auszuweiten und bspw. Anerkennung oder Zuneigung mit darunter zu subsumieren. Diese auf eine Vermischung von Altruismus und Egoismus hinauslaufende „Lösung“, die der häufig zirkulären Verwendung des Nutzenbegriffes in der Ökonomie entspricht (Robinson, 1965, S. 60), nimmt der Theorie kollektiven Handelns jedoch jegliche Aussagekraft, wofür Olson selbst hinweist (Olson, 1968, S. 158). Das Grundproblem liegt darin, daß die axiomatische Grundlegung der Eigennutzannahme eben nur eine axiomatische, aber keine theoretische Verknüpfung von objektiver Lage und subjektivem Handeln ist. Daher kann weder erfaßt werden, ob und unter welchen Bedingungen Individuen sich rational im Sinne ihres Eigennutzes verhalten (nach Kroeber-Riel, 1975, handeln z.B. Konsumenten überwiegend nicht rational), noch kann die Dialektik zwischen eigennützigem Handeln und der Vermittlung desselben mit kollektiven Interessen (auch allgemeinsten Art) begriffen werden. Gerade in dieser Vermittlung und der daraus resultierenden Transzendierung der unmittelbaren Eigeninteressen scheint jedoch nach den Berichten und Fallstudien aus der Ökologie- und städtischen Bewegung ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis von deren Entwicklung zu liegen (Bahr, 1972; Gronemeyer M., 1976; Gronemeyer, R. 1973).

Die normative Problematik liegt ebenfalls in der axiomatischen Zugrundelegung des Eigennutzprinzips. Dabei ist es nicht nur von akademischem Interesse, daß dieses Axiom jeder anthropologischen Grundlage entbehrt (Polanyi, 1978a) und man allenfalls an der These einer durch das Markt- und Konkurrenzprinzip bewirkten „ökonomischen Konditionierung“ (Widmaier, 1976) festhalten kann, die nur insoweit wirksam ist, wie dieses Prinzip das Leben der Individuen durchdrungen hat. Der ideologische Charakter dieses Axioms hat vielmehr ganz zentrale praktisch-politische Auswirkungen. Wenn es zutrifft, daß gesellschaftliche Differenzierung die Durchsetzungschancen der einzelnen

Gruppen erhöht, die wiederum ihren Vorteil zu maximieren trachten, dann ist - unter der Annahme, die Menschen handelten grundsätzlich egoistisch - die Gesellschaft nur noch durch Zwang zusammenzuhalten. Die „Neue Politische Ökonomie“ leistet dem Vorschub, da sie aufgrund ihrer - zudem empirisch zumindest strittigen - axiomatischen Grundlegung nicht zur Entwicklung von Konzepten in der Lage ist, die nicht eigennützige Motive stützen und damit eine solidarische und freiheitliche Gesellschaftsentwicklung ermöglichen.

#### 9.4.1.3 Dienstleistungsthese

Einen anderen Ansatz, der insbesondere zur Erklärung der auf allgemeinere Ziele ausgerichteten Initiativen und von Selbsthilfegruppen wichtige Hinweise enthält, haben Gartner und Riessman entwickelt (Gartner & Riessman, 1978 und - mit stärkerem Bezug auf Selbsthilfe - 1977). (Wir sagen bewußt „Hinweise enthält“, weil der intendierte Theorie-Entwurf allzu viele Ungeheimtheiten enthält und aus hier nicht zu erörternden Gründen nicht überzeugen kann; dennoch sind einige Aspekte für die Erklärung der Bürgerinitiativen- und Selbsthilfebewegungen von Interesse.) Wir wollen diesen Ansatz als „Dienstleistungsthese“ bezeichnen, weil der wesentliche gesellschaftliche Hintergrund im (tendenziellen) Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft gesehen wird. Gartner und Riessman stellen (in diesem Punkt) in Übereinstimmung mit Theorien der „postindustriellen Gesellschaft“ (Bell, 1975) fest, daß die Dienstleistungsproduktion in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern eine zentrale Bedeutung gewonnen hat. Ähnlich wie die Industriegesellschaft auf einer fortgeschrittenen Produktivität in der Landwirtschaft beruhte, diese ihrerseits weiter steigerte und damit die Landwirtschaft von sich abhängig machte, sei nun aufgrund der Produktivitätssteigerungen im industriellen Sektor eine Ausweitung des Dienstleistungssektors zu beobachten, der dessen Relevanz wesentlich erhöht. (Wir können hier auf die vielfältige und bisher kaum gelöste Problematik des Dienstleistungsbegriffes und der daran geknüpften Theorien nicht eingehen [vgl. z.B. Badura & Gross, 1976, S. 60-87; Berger & Offe, 1980], doch ist dies für unseren Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung.) Gartner und Riessman richten ihr Augenmerk im Unterschied zu Bell und anderen jedoch nicht auf die Eliten der postindustriellen Gesellschaft, sondern stellen zwei Entwicklungen in den Vordergrund.

1. Ein wesentlicher Teil der Dienstleistungen gehört zu den sogenannten personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen. Diese sind dadurch charakterisiert, „daß in ihnen unmittelbare Interaktionsprozesse zwischen Produzenten und Konsumenten stattfinden, stattfinden müssen, weil sonst diese Dienste gar nicht produziert werden können (Badura & Gross, 1976, S. 64; Gartner & Riessman, 1978, S. 104ff.; Grauhan, 1978; sowie grundlegend: Fuchs 1968).

Bildung kann beispielsweise nicht ohne Mitwirkung des Schülers „produziert“ werden, Gesundheit nicht ohne Zutun des Patienten usw. Der Erfolg dieser Dienstleistungstätigkeit ist zu wesentlichen Teilen abhängig vom Funktionieren dieser Interaktion, d.h. auch dem Beitrag des Konsumenten. Daraus folgt u. a., daß ein „Schlüssel für die Produktivitätssteigerung in diesem Sektor in einer wirksamen Aktivierung und Mobilisierung der Konsumenten liegt“ (Gartner & Riessman, 1978, S. 105). Wenn die Bürger hochentwickelter Gesellschaften nun aufgrund der Ausdehnung dieses Sektors häufiger und über längere Zeiträume als Konsumenten solcher Dienstleistungen zu deren Erfolg aktiv beitragen müssen, so kann daraus insgesamt eine aktive Rolle der Bürger und Konsumenten erwachsen, die sich in vielfältigen Selbstorganisationen niederschlagen kann. In ähnlicher Weise wird im Rahmen der Partizipationsdiskussion angenommen, daß planende Verwaltungen nur in dem Maße erfolgreich planen können, wie sie die Adressaten ihrer Planung an deren Entwicklung beteiligen, weil Erfolg oder Mißerfolg einer Planung weniger von der technischen Perfektion als von der Akzeptanz der Adressaten/Konsumenten abhängt (Grauhan, 1970; Offe, 1974). Damit könnte Partizipation zu einer wichtigen „Produktivkraft“ werden (Nasehold, 1972), die zwar von den Planern oder Dienstleistungsanbietern meist nur in restriktiver Form - nämlich im Rahmen der meist extern oder strukturell vorgegebene Zielsetzungen der Anbieterorganisation - „animiert“ wird, wobei jedoch die auch in solch restriktivem Rahmen notwendige Aktivierung der Konsumenten bei diesen zu einer allgemeinen Aktivierung und damit auch zur selbständigen Organisation in Form von Bürgerinitiativen führen kann (Gronemeyer, 1973; Offe, 1972).

Eine systematische empirische Überprüfung dieser Thesen steht noch aus, wobei die Ausführungen zur politischen Planung auf lokaler Ebene jedoch durch eine Reihe von Beispielen erhärtet werden. Die Argumentation von Gartner und Riessman hat allerdings eine wesentliche Schwachstelle, die diesen Teil ihrer Erklärung fragwürdig macht. Soweit es sich um „soziale Dienstleistungen“ (vgl. Badura & Gross, 1976, S. 73 ff.) handelt, signalisieren die statistischen Daten über die Ausweitung des Dienstleistungssektors nämlich meist nicht eine Zunahme von Diensten, sondern nur eine Verschiebung vorher unentgeltlich erbrachter Dienste (z. B. Erziehung, Altenbetreuung, Krankenpflege) in den professionellen Sektor. Damit ist dann meist weniger eine Aktivierung als eine Passivierung oder Entmündigung der Dienstleistungsempfänger verbunden (Badura & Gross, 1976; Illich, McKnight, Zola, Caplan & Shaiken, 1979), so daß der Anstieg dieses Dienstleistungstyps keineswegs aufgrund der ihm eigenen Implikationen sozusagen automatisch zur Aktivierung der Konsumenten führt, sondern allenfalls ein möglicherweise im Umgang mit Dienstleistungsbürokratien sich aufstauender Leidensdruck zur Selbstorganisation führen könnte (Hegner, 1977, S. 177-184). Diese These spielt vor allem im Zusammenhang mit Selbsthilfegruppen eine entscheidende Rolle und wird später noch einmal aufgegriffen.

Erhellender für die Entwicklung von Initiativgruppen, insbesondere die aktive Rolle von Mittelschichtangehörigen, ist demgegenüber der Hinweis von Gartner und Riessman, daß durch die Ausweitung der professionellen persönlich-sozialen Dienste (und ähnlich der planenden Verwaltung) sich die Rolle der Professionellen wandelt. Der Anteil derjenigen, die direkten Kontakt zu Bürgern, Klienten, Patienten etc. pflegen müssen, erhöht sich erheblich. Diese „Frontarbeiter“ des Dienstleistungssektors erfahren auch am konkretesten die Diskrepanz zwischen den Zwängen der jeweiligen Organisation bzw. der professionellen Dienstleistungsproduktion generell und den Notwendigkeiten einer den Bedürfnissen der Dienstleistungsempfänger bzw. den Notwendigkeiten einer tatsächlichen Problemlösung entsprechenden Tätigkeit. Dies führt dazu - so die Vermutung -, daß viele Angehörige dieser Gruppen diese Dissonanz dadurch auszugleichen versuchen, daß sie in Selbstorganisationen zur Veränderung dieses Zustandes beizutragen versuchen. Die Sozialstruktur der Bürgerinitiativen läßt diese Hypothese plausibel erscheinen, doch liegen hierzu keine genaueren Daten vor. Eine andere Lösung dieser Konfliktsituation der Professionellen liegt darin, ganz aus der institutionellen Arbeit „auszusteigen“ und in kollektiver Selbsthilfe zusammen mit den Konsumenten soziale Dienste zu produzieren. Hierzu gibt es insbesondere in den am unmittelbarsten mit sozialem Leid konfrontierten Berufen (Sozialarbeit und -Pädagogik, Psychiatrie) deutliche Tendenzen (Jahrbuch der Sozialarbeit, 1979).

2. „In der Dienstleistungsgesellschaft ist nicht nur ein hoher Anteil der Erwerbsbevölkerung im Dienstleistungssektor tätig, sondern ein großer Anteil der Bevölkerung gehört auch zur Konsumbevölkerung, d.h. viele Personen gehen über lange Strecken ihres Lebens keiner bezahlten Arbeit nach“ (Gartner & Riessman, 1978, S. 52), werden jedoch gleichwohl als Konsumenten gebraucht und daher alimentiert (Schüler, Studenten, Rentner, Hausfrauen, Arbeitslose). Für diese Gruppen spielt der Konsum eine zentrale Rolle, und Rollenkonflikte zwischen Konsumenten- und Produzentenrolle, wie sie beispielsweise beim Umweltschutz mit dem Argument des drohenden Arbeitsplatzverlustes auftauchen und die Arbeiter und ihre Organisationen in den betroffenen Branchen häufig zu Positionen führen, die ihre unmittelbaren Konsumenteninteressen hintanstellen, tauchen bei diesen Gruppen nicht auf. Dies gilt im übrigen auch für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die ihre (nicht berufsbezogenen) Reproduktionsinteressen ohne Angst um ihren Arbeitsplatz sehr viel härter vertreten können als Arbeiter oder Angestellte in der Privatwirtschaft. Innerhalb der Nicht-Erwerbstätigen kommt der Gruppe der Schüler und Studenten besondere Bedeutung zu, da diese - über die Befreiung von der Produzentenrolle hinaus - sowohl über flexible Zeitrressourcen als auch über erhöhte kognitive Fähigkeiten verfügen, was erwarten läßt, daß sie den Staat an seinem „demokratischen Selbstideologieanspruch messen“ (Allerbeck, Kaase & Klingemann, 1979, S. 358 f.). Allgemeiner ausgedrückt: Die enorme Ausweitung der Bildungszeiten, die damit korrelierenden Ver-

Schiebungen in der Berufsstruktur und die daraus resultierende Verbreiterung kognitiver Fähigkeiten erhöhen das aktive Partizipations- und Protestpotential der Bevölkerungen in den westlichen Industriegesellschaften (Allerbeck, Kaase & Klingemann, 1979). Bei den anderen Gruppen (Alte, Arbeitslose) stehen den für eine mögliche Aktivitätsbereitschaft sprechenden Argumenten jedoch gewichtige Gegenargumente gegenüber; allerdings gibt es auch hier Anzeichen einer verstärkten Selbstorganisationsbereitschaft (Arbeitslosenselbsthilfe-Gruppen, insbesondere von Jugendlichen, vgl. Schwendter, 1977; Arbeiterselbsthilfe Frankfurt, 1980; für Altenselbsthilfe: Gronemeyer & Bahr, 1979).

## 9.4.2 Politisch-administrative Hintergründe

### 9.4.2.1 Politisierung und Bürokratisierung des Alltags

Die bereits beschriebene und zur Sicherung sozialer Mindeststandards und politischer Massenloyalität weithin für notwendig gehaltene Entwicklung, mittels staatlicher Intervention die Folgeprobleme kapitalistischen Wachstums abzumildern bzw. neue Wachstumsanreize zu schaffen, führt zu einer „Politisierung des Alltags“. „Politisierung“ meint dabei zweierlei. Einmal den Umstand, daß in zunehmendem Maße gesellschaftliche Entwicklungen politisch geregelt werden (beispielsweise Wohnungsversorgung, Stadtsanierung, Erziehung, Freizeitangebot, aber auch soziale Sicherung im engeren Sinne). Zwar ist der Staat auch im Frühkapitalismus nie reiner Nachtwächterstaat im Sinne der liberalistischen Konzeption gewesen, doch hat die gegenseitige Durchdringung von Staat und Gesellschaft heute einen erheblich größeren Umfang und eine andere Qualität erreicht als früher. In Bundesraumordnungs-, Landes-, Regional- und Stadtentwicklungsplänen sowie in einer Vielzahl von Fachplanungen von der Bundes- bis zur Stadtteilebene wird versucht, die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung im Sinne einer stetigen Wirtschaftsentwicklung und einer Angleichung der Lebensverhältnisse in unterschiedlichen Regionen politisch zu lenken. Unabhängig vom Erfolg dieser Bemühungen ist festzuhalten, daß damit die Politik die Verantwortung für die faktische Entwicklung übernimmt: für die Standortwahl von Kraftwerken, das Verkehrsnetz, das Erziehungs- und Bildungsangebot usw. Damit laufen diese politischen Gestaltungsversuche in der Tendenz immer auch auf eine Politisierung in dem (zweiten) Sinne hinaus, daß die jeweils betroffenen Bürger sich politisch zu diesen Entwicklungen oder Plänen äußern, sei es in existierenden Organisationen oder durch Bildung neuer Gruppen, also etwa Bürgerinitiativen (hierbei ist vorausgesetzt, daß es sich um demokratische Staaten handelt, die solche freien Willensäußerungen nicht unterdrücken). Unter welchen Bedingungen diese Tendenz aktualisiert wird, hängt von weiteren Randbedingungen ab, die in den übrigen Kapiteln erörtert werden.

Diese Politisierung wird begleitet von einer „Bürokratisierung“ und „Formalisierung“ des Alltags. Obgleich die hieran geführte Kritik sich in erster Linie gegen die staatliche oder halbstaatliche Bürokratie richtet, ist festzuhalten, daß dieser Prozeß nicht auf diesen Bereich beschränkt ist. Die zunehmende gesellschaftliche Komplexität und die Übertragung sozialer Dienste von sozialen Gemeinschaften auf professionelle (private oder öffentliche) Organisationen erfordert vielmehr grundsätzlich ein hohes Ausmaß der Formalisierung von Sozialbeziehungen, weil anders stabile Verhaltenserwartungen nicht mehr einlösbar sind. Es gibt inzwischen eine Anzahl von Daten, die eindrucksvoll belegen, in welchem Ausmaß der einzelne von der Wiege bis zur Bahre in ein ganzes Netz von Bürokratien verwickelt ist (Hegner, 1977). Die damit verbundenen Probleme treten besonders in individuellen oder sozialen Konflikt- und Notlagen deutlich hervor. Sie bestehen darin, daß formal und mehr noch bürokratisch organisierte und professionalisierte Hilfeleistungen „den Bürger auf genau diejenigen funktionellen Aspekte seiner Persönlichkeit (reduzieren), die im Rahmen und mit Hilfe der gegebenen administrativen Programme und Organisationsstrukturen ‚bearbeitbar‘ sind“ (Hegner, 1977, S. 183). Da aufgrund des Funktionsverlustes überkommener sozialer Gemeinschaften die „*Verwaltungszentriertheit* individueller und sozialer Problemlagen“ (Hegner, 1977, S. 182) wächst, die bürokratischen Organisationen (sei es des Staates, sei es privater oder halböffentlicher Träger) jedoch andererseits die wachsenden Ansprüche immer weniger bedarfsgerecht zu bearbeiten in der Lage sind, entsteht eine sich weiter öffnende Schere zwischen der gesellschaftlichen „Produktion“ von Bedarf nach Unterstützung (der sich in steigenden „Erwartungshaltungen“ und „Ansprüchen“ äußert) und den Möglichkeiten der adäquaten Bedarfsbefriedigung im Rahmen des gegebenen Institutionensystems.

Die Erfahrung dieser Mangelsituation wird als ein wichtiger Hintergrund für die Bildung von Initiativgruppen, die Veränderungen auf dem Wege politischen Drucks herbeiführen wollen, wie auch und vor allem von Selbsthilfegruppen gesehen. Dabei ist wichtig, daß die Probleme bürokratischer Leistungsfähigkeit auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten bestehen:

Das politisch meist-diskutierte Problem liegt in der damit verbundenen finanziellen Belastung des Staates, die - bei grundsätzlicher Beibehaltung der gegebenen Budgetverteilung - ein Schritthalten der Problemlösungskapazität mit dem Bedarf auch dort erschwert, wo dies grundsätzlich möglich wäre. Die daraus resultierenden Mangelerscheinungen werden als eine Erklärung für Bürgerinitiativen und (aufgabenzentrierte) Selbsthilfegruppen angeführt.

- Aus dem Spannungsverhältnis zwischen hohen Erwartungen (die teilweise vorwurfsvoll als „Anspruchsinflation“, teilweise als notwendige Folge gesellschaftlich erzeugter Problemlagen bewertet werden) und beschränkter Problemlösungsfähigkeit resultieren Störungen im Umgangsverhältnis zwischen

Verwaltung und Publikum (Scherer, Scherer, Keim & Wallbott, 1973, die als Ursache von „Verwaltungsverdrossenheit“ der Bürger angesehen werden. Diese formelle Seite des Bürokratieproblems scheint vergleichsweise einfach, ohne interessengefährdende und große finanzielle Belastungen lösbar, wozu vor allem psychologische Untersuchungen und darauf aufgebaute Verhaltenstrainings beitragen. Es ist jedoch auch auf die Begrenztheit und potentielle Gefahr derartiger Sozialtechnik hingewiesen worden, weil sie geeignet sei, die eigentlichen (inhaltlichen) Probleme zu überdecken (Reidegeld, 1977, wobei das Problem aufgrund der absehbaren politischen Verwertungsinteressen auch dann besteht, wenn der Forscher selbst von einer solch einseitigen Verwertung seiner Arbeit abrät.

- Im Rahmen bürokratischer Organisation kaum adäquat bearbeitbar scheinen hingegen die psychischen und sozialen Probleme, die jeweils die gesamte Person bzw. deren Lebenslage betreffen und dementsprechend eine ganzheitliche Bearbeitung verlangen, was im Rahmen bürokratischer Organisation nicht möglich ist. Das Anwachsen dieser Problemlagen (Psychiatrie-Enquete, 1975) signalisiert einerseits die Notwendigkeit alternativer Bearbeitungsmuster und ist andererseits Auslöser von (personenorientierten) Selbsthilfegruppen sowie von Versuchen, alternative Sozialverbände (Wohngemeinschaften, Landkommunen, ganzheitliche Selbsthilfe) zu entwickeln.

#### *9.4.2.2 Die „Bürgerferne“ etablierter politischer und gesellschaftlicher Interessenorganisationen*

Die bisherigen Ausführungen weisen auf objektive und subjektive Mangel- und Interessenlagen und Wertmuster (vgl. Kap. 9.4.3) hin, aus denen auf ein allgemeines Anwachsen der Notwendigkeit und Bereitschaft zur Interessenartikulation oder des Protestpotentials und auf strukturelle Verschiebungen zwischen Produktions- und Reproduktionsinteressen sowie innerhalb derselben geschlossen werden kann. In diesem Zusammenhang ist der Begriff von der „Bürgerferne“ der staatlichen Administration wie auch der Organisationen der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung geprägt worden. Die „Bürgerferne“ der etablierten staatlichen Institutionen wird weithin darauf zurückgeführt, daß die Grundprinzipien des parlamentarischen Regierungssystems und des modernen Parteiensystems als politische Ordnungssysteme für bürgerliche, frühkapitalistische Gesellschaften mit vergleichsweise geringer Komplexität und weitgehender Selbstregulierung über den Markt entwickelt worden sind und den Anforderungen eines Interventionsstaates nicht gerecht werden können.

In den (spärlichen) verbraucherpolitischen Arbeiten über „öffentliche Güter“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß für diesen beträchtlich angewachsenen Bereich keine dem Tauschprozeß am Markt vergleichbare Rückkoppelung

zwischen Anbieter und Nachfrager stattfindet (Scherhorn, Augustin, Brune, Eichler, Hoffmann, Schumacher, Werner & Wieken, 1975). Während hier jede Kaufentscheidung als Stimmabgabe für oder gegen das vorhandene Güterangebot angesehen und durch „Abwanderung“ Unzufriedenheit ausgedrückt werden könne (Hirschman, 1974), sei dort für die Masse der Bürger/Konsumenten systematisch nur periodisch durch den Wahlakt eine sehr allgemeine Präferenzklärung vorgesehen. Zwar sind auch eine Reihe weiterer Ausdrucksmöglichkeiten von Zufriedenheit oder Unzufriedenheit erlaubt und faktisch möglich, ohne daß damit jedoch eine ständige Rückkoppelung zwischen Anbietern und Nachfragern auch in dem Sinne existiert, daß damit Sanktionsmöglichkeiten verknüpft sind. Daher erhält die Reaktionsweise „Widerspruch“ (Hirschman, 1974) hier einen wichtigen Stellenwert, wobei Bürgerinitiativen aufgrund ihres potentiell öffentlichkeitswirksamen Charakters die Sanktionsdrohung „Stimm-entzug bei der nächsten Wahl“ enthalten und damit als wirksames, aber auch aufwendiges Mittel der Angebotsbeeinflussung erscheinen. Gegenüber der Analogiebildung mit der Marktinteraktion von Anbieter und Nachfrager ist jedoch anzumerken, daß dabei übersehen wird, daß der Verbraucher am Markt erst auf das nach *privaten Kalkülen zustandgekommene Angebot reagieren* kann, während staatliche Angebote *im Prinzip* auf der Grundlage demokratischer Willensbildung zustandekommen. Empirisch ist jedoch durchgängig eine verzerrte Widerspiegelung der Nachfrageinteressen im Angebot öffentlicher Güter festzustellen, die teils auf den Einfluß bestimmter Interessengruppen, teils auf prinzipiell behebbare Steuerungsprobleme, teils auf strukturbedingte Verknüpfungen von demokratischem Staat und kapitalistischer Ökonomie zurückgeführt wird. Generell kann daher das Auftreten von Bürgerinitiativen und bestimmten Selbsthilfegruppen auch als Ausdruck einer unzureichenden Interaktion zwischen Anbieter und Nachfrager im Bereich öffentlicher Güter und politischer Planung angesehen werden.

Die Frage, weshalb dieser Widerspruch sich zum Teil neue Wege neben den etablierten Pfaden der politischen Willensbildung sucht, wird häufig allzu pauschal auf ein Versagen der Parteien zurückgeführt. Plausibel ist dieses Argument für diejenigen, die in und durch Selbstorganisation alternative Zielsetzungen (sei es umfassend, sei es in einzelnen Bereichen) realisieren wollen. Dieser Versuch scheitert in den etablierten Organisationen häufig daran, daß die Eigeninteressen einzelner Teile der Gewerkschafts- und Parteibürokratie mit denen der entsprechenden Teile der Staatsadministration weitgehend übereinstimmen, was in der neueren politikwissenschaftlichen Literatur als „Neo-Korporatismus“ bezeichnet wird (Alemann & Heinze, 1979). Bei den Parteien wird zusätzlich vor allem der Wandel von „Gesinnungs-“ oder „Interessenparteien“ zu Volksparteien dafür verantwortlich gemacht, daß eine möglichst alle Wählergruppen berücksichtigende Kompromißbildung bereits parteiintern angestrebt wird, so daß alternative Forderungen, die zunächst meist von Minderheiten vertreten werden, oft schon im Zuge der parteiinternen

Willensbildung so zurechtgeschnitten werden, daß ihre ursprüngliche Zielsetzung verlorengeht. Teilweise wird dies als generelles Problem formalisierter Großorganisationen angesehen. Aufgrund der diesen eigenen Organisationsprinzipien sei „eine Umsetzung individueller Bedürfnisorientierungen, Ideen und Gefühlsstimmungen in Handlungsketten mit unmittelbarem Bezug zu einem ‚greifbaren‘ Ziel oder Erfolgserlebnis selten geworden“ (Hegner, 1980, S. 71), während wenig formalisierte Initiativ- und Selbsthilfegruppen dies eher ermöglichen. Solche Formalbetrachtungen sind allerdings nicht leicht mit der Existenz großer Massenorganisationen in Einklang zu bringen und müßten daher zumindest um die Analyse solcher Mechanismen ergänzt werden, die dennoch zur Mitgliedschaft und aktiven Mitarbeit in solchen Organisationen motivieren.

Für diejenigen Bürger, die lediglich ein konkretes Anliegen durchsetzen wollen, spielen solche Dinge jedoch kaum eine Rolle. Der Eintritt in eine Partei kommt hier meist deshalb kaum infrage, weil damit sehr viel weitergehende Konsequenzen verbunden sind, als die Durchsetzung einer Sachforderung erfordert. Um den Ausbau einer bestimmten Straße zu verhindern, wendet man sich zwar möglicherweise an eine Partei, man tritt ihr aber deshalb nicht bei, zumal die Konfliktfähigkeit des einzelnen durch einen Parteieintritt allein kaum größer wird. Die punktuelle kollektive Selbstorganisation ist in solchen Fällen häufig einfach vorteilhafter und deutet keineswegs auf eine Ablehnung der Parteien hin. In der Praxis gehört vielmehr der Versuch der Einflußnahme auf und durch die Parteien zum Aktionsrepertoire der Bürgerinitiativen. Die dabei gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Sensibilität der etablierten Institutionen sind allerdings oft entscheidend für das weitere politische Handeln.

### 9.4.3 Sozio-kulturelle Hintergründe

Im Vergleich zu den angesprochenen ökonomischen und politischen Bedingungsfaktoren sind Veränderungen im sozia-kulturellen Bereich der bisher am wenigsten beachtete Erklärungsfaktor für die neuen Bewegungen. Normative oder ideologische Orientierungen als Partizipations-Determinanten wurden in der deutschen Partizipationsforschung zunächst nur in Form von Einstellungen erfaßt (Buse, Nelles & Oppermann, 1977; Ellwein, Lippert & Zoll, 1975; IWOS, 1977; Nelles & Oppermann, 1979), ohne daß damit generelle Wandlungstendenzen festgestellt werden konnten. In jüngster Zeit geben jedoch verschiedene Alltagsbeobachtungen und einige in anderem Kontext gewonnene Forschungsergebnisse Anlaß zu der Annahme, daß in Veränderungen im Bereich grundlegender Werte und Normen ein wesentliches Erklärungspotential zu vermuten ist. Die Überlegungen bewegen sich auf zwei Ebenen: Einmal auf die auf Untersuchungen von Inglehart zurückgehende Postmaterialismus- oder Wertwandelthese (Inglehart, 1971, 1977, 1979; unter Hinzuziehung

weiterer (deutscher) Daten: Kmiecik, 1976; kritisch: Lehner, 1979; zum Wertwandel-Konzept insgesamt: Klages & Kmiecik, 1979), zum anderen auf eher unsystematische Beobachtungen über eine über subkulturelle Ghettos weit hinausreichende Alternativkultur.

#### 9.4.3.1 *Postmaterialismus-These*

Nach R. Inglehart gewinnen in den westlichen Industriegesellschaften postmaterielle Werte zunehmende Bedeutung. Die Befriedigung immaterieller Bedürfnisse werde insbesondere jüngeren Personen mit gehobenem sozio-ökonomischem Status wichtiger als materieller Wohlstand. In einer diese materiellen Aspekte nach wie vor bevorzugenden Gesellschaft vergrößere diese „stille Revolution“ die Wahrscheinlichkeit von politisch-sozialen Protesthandlungen. Theoretische Grundlage ist die Maslowsche Bedürfnishierarchie (Maslow, 1954) in Verbindung mit einer Mangelhypothese und einer Sozialisationshypothese (Inglehart, 1979, S. 280 ff.). Nach Maslow wird der Befriedigung materieller Bedürfnisse grundsätzlich Priorität beigemessen. Immaterielle Bedürfnisse gewinnen nur in dem Maße an Bedeutung, in dem die materiellen befriedigt sind. Die Mangelhypothese besagt ergänzend, daß die Dinge am höchsten bewertet werden, die verhältnismäßig knapp sind. Das heißt, daß bei weitgehendem materiellem Wohlstand nicht-materielle Bedürfnisse höher bewertet werden. Da nun nach Inglehart die Grundwerte von Individuen in hohem Maße in der Jugend geprägt werden, ist für die Wertorientierung entscheidend, unter welchen materiellen Bedingungen Menschen aufwachsen (Sozialisationshypothese). Bilden sich aufgrund eines als sicher erfahrenen Wohlstandes in der Jugend postmaterielle Werte heraus, so tendieren diese dazu, auch in Krisenzeiten relativ stabil zu bleiben. Daher kann dann mit einer erhöhten Diskrepanz zwischen einer von den politischen und wirtschaftlichen Eliten für notwendig befundenen Rückbesinnung auf materielle Werte und darauf bezogene Haltungen (Leistungsprinzip, Arbeitsmoral, Bedürfnisaufschub etc.) und weiterbestehenden post-materialistischen Orientierungen bei wichtigen Teilen der Bevölkerung geschlossen werden, wobei letztere aufgrund ihrer (kognitiven, zeitlichen und finanziellen) Ressourcen ihre Interessenvertretung selbst in die Hand nehmen könnten.

Diese Situation sehen Inglehart und andere Autoren (Bargel, 1979; Hildebrand & Russel, 1977; Kmiecik, 1976; Steinmann, Büscher & Pfister, 1979) in den entwickelten westlichen Industriegesellschaften teilweise als gegeben an. Die relativ problemlose und lang anhaltende Wohlstandssteigerung nach dem Kriege habe zu einer relativen Geringschätzung materieller und einer Überbetonung post-materialistischer Werte geführt. Bürgerinitiativen und andere Formen des politischen Protests werden in dieser Perspektive zu einem Wohlstandsphänomen, zu einem Luxus für diejenigen, die es sich leisten können, weil sie keine materiellen Probleme haben. Während es sich dabei bei Inglehart

jedoch aufgrund seiner Sozialisationshypothese um einen relativ konstanten Wandel und damit ein Strukturphänomen der westlichen Gesellschaften handelt, betonen andere mehr den Luxuscharakter der empirisch festgestellten Postmaterialismus-Orientierung und verweisen darauf, daß diese wieder in den Hintergrund gedrängt wurde, „als eine Krise die westliche Welt wieder zur Konzentration auf kurz- und mittelfristige Probleme der Beschäftigung veranlaßte“ (Steinmann, Büscher & Pfister, 1979, S. 101), ohne diese These jedoch zu belegen. In einer anderen Studie wurde festgestellt, daß die von Kmiecik als Beleg des Wertwandels angeführte, 1973 festgestellte geringe Bewertung des Berufs- und Arbeitslebens im Vergleich zu anderen Lebensbereichen in einer 1976 durchgeführten Erhebung nicht mehr bestätigt wurde (Bargel, 1979, S. 150 ff.). Hieraus auf eine Rückbesinnung auf alte Werte zu schließen ist jedoch ebenso spekulativ wie die von Kmiecik vorgenommene Interpretation eines Wertwandels aufgrund der empirisch ermittelten geringen Bewertung des Berufslebens, da mit der Bewertung von Lebensbereichen kaum ein Wertwandel festgestellt werden kann, wenn nicht erhoben wird, auf welchen inhaltlichen Vorstellungen diese Bewertung beruht (Bargel, 1979, S. 177f.). Insgesamt ist festzuhalten, daß die Postmaterialismusthese auf globale sozia-kulturelle Entwicklungen aufmerksam gemacht hat, die eine erhöhte Selbstorganisationsbereitschaft plausibel machen, und hierzu erste empirische Anhaltspunkte geliefert hat, deren Interpretation jedoch sowohl aus methodischen als auch aus theoretischen Gründen umstritten ist (Lehner, 1979).

#### 9.4.3.2 *Alternativkultur*

Hinter dem Begriff „Alternativkultur“ verbirgt sich ein bisher noch nicht entwirrtes Bündel verschiedener Wertvorstellungen und Normen, die eng mit dem Aufkommen einer ökologischen Denkweise verbunden sind und sich inhaltlich im Rahmen des oben skizzierten alternativen Paradigmas bewegen. Wissenschaftliche Beschreibungen und Analysen liegen nur für den Teilbereich „Subkultur“ vor (Ästhetik und Kommunikation, 1978; Hollstein, 1979; Schwendter, 1971), über den diese Wertvorstellungen jedoch hinauszureichen scheinen. Sie sind einstweilen nur in so vagen Formulierungen erfaßt wie der, daß es zwischen den vielen einzelnen Initiativen und Selbsthilfegruppen „so etwas gibt wie eine Gemeinsamkeit ‚im Großen‘, eine allen verständliche ‚Botschaft““ (Guggenberger, 1980, S. 9). Ablesbar scheint diese Gemeinsamkeit etwa an der großen Verbreitung der eng mit Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen verbundenen „Alternativzeitungen“, die als lokale Periodika neben politischer Information vor allem ein gewisses kulturelles Identifikationsbedürfnis und eine „Suche nach Heimat“ (Greverus, 1979) auszudrücken scheinen. Die Beliebtheit von Stadtteilstesten, Regionalismus, Dezentralismus, Anti-Institutionalismus, Kritik der Großtechnik, kurz: *small is beautiful*, um nur einige Stichworte zu nennen, sind weitere Ausdrucksformen dieser Haltung,

die in eine ähnliche Richtung weisen (Illich, 1975, 1978). Da Untersuchungen hierzu fehlen, können wir diese Dimension nur andeuten. Eine gründliche Analyse dieser Entwicklungen scheint uns jedoch wesentliche Einsichten in die neuen Selbstorganisationsbewegungen zu versprechen.

## Literatur

- Alemann, U. v. & Heinze, R. G. (Hrsg.) Verbände und Staat. Opladen, Wiesbaden: 1979.
- Allerbeck, K. R., Kaase, M. & Klingemann, H. D. Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Politische Vierteljahresschrift, 1979, 20 (4), 357-378.
- Almond, G. & Verba, S. The Civic Culture. Boston, Mass.: 1965.
- Altner, G., Beck, W., Bossel, H., Hoffmann, R., Müller-Reißmann, K.-F., de Witt, S. & Zilleßen, H. Alternativen. Anders Denken - Anders Handeln. Freiburg: 1978.
- Andritzky, G. & Wahl-Terlinden, U. Bürgerinitiativen im Umweltschutz. Berlin: 1977.
- Arbeiterselbsthilfe Frankfurt (Hrsg.) Anders Leben - anders Arbeiten. Frankfurt: 1980.
- Armbruster, B. Lernen in Bürgerinitiativen. Baden-Baden: 1979.
- Armbruster, B. & Leisner, R. Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik. Göttingen: 1975.
- Ästhetik und Kommunikation. Neue Lebensformen. Berlin: 1978, 9 (34).
- Bäcker, G. Entprofessionalisierung und Laisierung sozialer Dienstleistungsrichtungen - Perspektiven oder Rückzug? WSI-Mitteilungen, 1979, 32 (10), 526-537.
- Badelt, C. Soziökonomie der Selbstorganisation. Frankfurt: 1980.
- Badura, B. & Gross, P. Sozialpolitische Perspektiven. München: 1976.
- Baethge, M. Bürgerinitiativen sind Bürgerinitiativen. Betrifft: Erziehung, 1972, 5 (12), 24-25.
- Bahr, H. E. (Hrsg.) Politisierung des Alltags. Neuwied: 1972
- Bahro, R. Die Alternative. Köln: 1977.
- Baker, B. & Karel, M. Zelfhulp doe je niet alleen. Amersfoort: 1980.
- Bargel, T. Überlegungen und Materialien zu Wertdisparitäten und Wertwandel in der BRD. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.). Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: 1979, 147-184.
- Bauer, R. Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik. Weinheim: 1978.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.) Bürgerinitiativen in Bayern. 1973.
- Beer, W. Lernen im Widerstand. Hamburg: 1978.
- Behr, S. Zur Professionalisierung in Selbsthilfeorganisationen. Psychosozial, 1979, 2, 25-35.
- Behrendt, J.-U., Deneke, Chr., Itzwerth, R., Schorsch, E.-M., Trojan, A. & Winkelvoss, H. Gesundheitsselfhilfegruppen. Zwischenbericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Hamburg (unveröff. MS): 1980.
- Bell, D. Die postindustrielle Gesellschaft. Frankfurt: 1975.
- Berger, H. Untersuchungsmethoden und soziale Wirklichkeit. Frankfurt: 1974.
- Berger, J. & Offe, C. Die Entwicklungsdynamik des Dienstleistungssektors. Leviathan, 1980, 8 (1), 41-75.

- Bierter, W. Der selbstproduzierende Konsument. In o.V., Der neue Konsument. Frankfurt: 1979, 115-141.
- Biervert, B., Fechtner, H., Fischer-Winkelmann, W.F., Monse, K., Rock, R. & Siedt, H.G. Verbrauchervereine als Form der Selbstorganisation von Verbrauchern in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf: 1979.
- Borsdorf-Ruhl, B. Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet. Essen: 1973.
- Bossel, H. Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Frankfurt: 1978.
- The Boston Women's Health Book Collective (Eds.) Unser Körper, unser Leben. Reinbek: 1979.
- Boström, J. & Günter, R. (Hrsg.) Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet. West-Berlin: 1976.
- Brockmann, A.D. Zu den Zielen und Existenzbedingungen selbstorganisierter Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit. In C. Mahrzahn (Hrsg.), Sozialpädagogik Institution, Partizipation, Selbstorganisation. Universität Bremen. Bremen: 1978, 60-64.
- Brockmann, A.D., Liebel, M. & Rabatsch, M. (Hrsg.) Jahrbuch der Sozialarbeit. Reinbek: 1979.
- Brückner, P. Thesen zur Diskussion der „Alternativen“. In W. Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Ghetto? Frankfurt: 1978, 68-94.
- Buse, M., Nelles, W. & Oppermann, R. Determinanten politischer Partizipation. Meisenheim a. Gl.: 1977.
- Caplan, G. Support Systems and Community Mental Health. New York, N.Y.: 1974.
- De Cocq, G.A. European and North-American Self-Help. In A. H. Katz & E. Bender (Eds.), The Strength in US. New York, N.Y.: 1976, 202-208.
- Dettling, W. (Hrsg.) Die Zähmung des Leviathan. Baden-Baden: 1980.
- Dettling, W., Herder-Dornreich, Ph. & Kevenhörster, P. (Hrsg.) Die neue soziale Frage und die Zukunft der Demokratie. München: 1977.
- Doormann, L. Verändert die Schule jetzt. Weinheim, Basel: 1976.
- Downs, A. An Economic Theory of Democracy. New York, N.Y.: 1968.
- Durkheim, E. Soziale Arbeitsteilung und ihre Folgen. In K. O. Hondrich (Hrsg.), Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung. Reinbek: 1975, 171-184.
- Ebert, T. Konfliktformen im Wandel. In V. Hauff (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen: 1980, 351-372.
- Eckert, R. Emanzipation durch Bürgerinitiativen. In G. Hartfield (Hrsg.), Emanzipation. Opladen: 1973, 325-340.
- Einem, E. v. Selbsthilfe, ein neues Instrument der Stadterneuerung. Archiv für Kommunalwissenschaften, 1979, 18, 185-205.
- Ellwein, T., Lippert, E. & Zoll, R. Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen: 1975.
- Eschenburg, R. ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit. Tübingen: 1971.
- Evans, A. Overview (Food). In P. Freundlich, Chr. Collins & M. Wenig (Eds.), A Guide to Cooperative Alternatives. Communities, Journal of Cooperative Living, New Haven, N.J.: 1979, 45-47.
- Evers, A. Kommunale Dezentralisierung und basisdemokratische Bewegung. Arch+ 1976, 30, 29-35.
- Evers, A. Die politische Bedeutung der sozialen Bewegungen - Zur Ortsbestimmung einer Kontroverse. Arch+, 1980, 49, 36-42.
- Faust, H. Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Frankfurt: 1977.

- Fleischmann, G. ökonomische Theorie der Bedürfnisbefriedigung und Wertwandel. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Göttingen: 1979, 84-96.
- Free Clinic Heidelberg. Alternative Jugendarbeit in Selbstorganisation. Eschborn: 1975.
- Freundlich, P., Collins, Chr. & Wenig, M. A Guide to Cooperative Alternatives. ed. by Communities, Journal of Cooperative Living. New Haven N.J.: 1979.
- Friebel, H. Initiativ-und Aktionsgruppen. Köln: 1977.
- Friedman, Y. Der vierte Sektor - eine praktische Utopie. In J. Huber (Hrsg.), Anders Arbeiten - Anders Wirtschaften. Frankfurt: 1979, 66-77.
- Froland, Ch., Parker, P. & Bayley, M. Relating Formal and Informal Sources of Care. Journal of Voluntary Action Research, 1980, 10-11.
- Fuchs, V. The Service Economy. New York, N.Y.: 1968.
- Gartner, A. Riessman, F. Self Help in the Human Services. San Francisco, u. a.: 1977.
- Gartner, A. Riessman, F. Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors. Frankfurt: 1978.
- Geißler, H. Die neue soziale Frage. Freiburg: 1976.
- Gizycki, H. Selbsthilfekooperativen in nordamerikanischen Großstädten. Frankfurter Hefte, extra I. April 1978, 35-43.
- Gizycki, H. Fraternität: Notizen zur Sozialpsychologie alternativer Lebensformen. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: 1979, 639-651.
- Glätzer, H. Landkommunen in der BRD. Bielefeld: 1978.
- Goetz, A. Ökologie und Freiheit. Reinbek: 1980.
- Göschel, A., Herlyn, U., Krämer, J., Schardt, T. & Wendt, G. Infrastrukturdisparitäten und Segregation. In F. X. Kaufmann (Hrsg.), Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt. Meisenheim am Glan: 1977, 112-150.
- Göschel, A., Herlyn, U., Krämer, J., Schardt, T. & Wendt, G. Infrastrukturdisparitäten und Segregation. Forschungsbericht aus dem Förderungsschwerpunkt ‚Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt‘ des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Göttingen: 1979.
- Gothe, L. & Kippe, R. Aufbruch. Köln: 1975.
- Grauhan, R. R. Politische Verwaltung. Freiburg: 1970.
- Grauhan, R. R. Kommune als Strukturtypus politischer Produktion. In R.R. Grauhan & R. Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaates. Opladen: 1978, 229-247.
- Grauhan, R. R. & Hickel, R. Krise des Steuerstaates. Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung ‚das Parlament‘), B. 46/77, 1977, 3-20.
- Grauhan, R. R. & Hickel, R. (Hrsg) Krise des Steuerstaates. Opladen: 1978.
- Gretschmann, K. Steuerungsprobleme der Staatswirtschaft. Köln (Diss.): 1979.
- Greverus, I. M. Auf der Suche nach Heimat. München: 1979.
- Gronemeyer, M. Motivation und politisches Handeln. Hamburg: 1976.
- Gronemeyer, R. Integration durch Partizipation. Frankfurt: 1973.
- Gronemeyer, R. & Bahr, H.E. (Hrsg.) Niemand ist zu alt. Selbsthilfe und Alten-Initiativen. Frankfurt: 1979.
- Groser, M. & Veiders, W.W. Die Neue soziale Frage. Melle: 1979.
- Gross, S. The Nader Network. Business and Society Review, 1975, 13, 5-15.
- Grossmann, H. (Hrsg.) Bürgerinitiativen. Frankfurt: 1971.
- Groth, K. M. Die Krise der Staatsfinanzen. Frankfurt: 1978.
- Guggenberger, B. Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Stuttgart: 1980.

- Guggenberger, B. & Kempf, U. (Hrsg.) Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Wiesbaden: 1978.
- Günter, R. Eisenheim - ein Entwicklungsprozeß alternativer Kultur. Frankfurter Hefte, extra, I April 1978, 124-132.
- Habermas, J. Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied, Berlin: 1962.
- Habermas, J. Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt: 1973.
- Habermas, J., v. Friedeburg, L., Oehler, Chr. & Weltz, F. Student und Politik. Neuwied: 1961.
- Haffner, S. Bürger initiativ. Stuttgart: 1974.
- Haffner, S. Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun. Berlin: 1977.
- Hasselmann, E. Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Hamburg: 1971.
- Hauff, V. (Hrsg.) Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen: 1980.
- Hegner, F. Entstehungsbedingungen von Bürgerinitiativen im Spannungsfeld von Bürger und Verwaltung. In H. Matthöfer (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Villingen: 1977, 158-206.
- Hegner, F. Historisch-gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch soziale Funktion von Bürgerinitiativen. In V. Hauff (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen: 1980, 111-118.
- Hildebrand, K. & Russel, S. D. Die neue Politik: Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik. Politische Vierteljahresschrift, 1977, 18, 230-256.
- Hirschmann, A.O. Abwanderung und Widerspruch. Tübingen: 1974.
- Hofmann, W. Ideengeschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin, New York, N.Y.: 1974.
- Hollstein, W. Die Gegengesellschaft. Bonn: 1979.
- Hollstein, W. & Penth, B. Alternativprojekte. Hamburg: 1980.
- Hondrich, K. O. Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung. Reinbek: 1975.
- Huber, J. (Hrsg.) Anders Arbeiten - Anders Wirtschaften. Frankfurt: 1979.
- Huber, J. Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung. Berlin: 1980.
- Hunsel, L. Die Bedeutung des Selbsthilfepinzips in der Sozialversicherung. Dissertation München: 1979.
- Illich, I. Die Enteignung der Gesundheit. Reinbek: 1974.
- Illich, I. Selbstbegrenzung. Reinbek: 1975.
- Illich, I. Fortschrittsmythen. Reinbek: 1978.
- Illich, I. Entmündigung durch Experten herrschaft. In I. Illich (Hrsg.), Die Entmündigung durch Experten. Reinbek: 1979, 7-35.
- Illich, I., McKnight, J., Zola, I.K., Caplan, J. & Shaiken, H. Entmündigung durch Experten. Herausgegeben von F. Duve. Reinbek: 1979.
- Inglehart, R. The Silent Revolution in Europe. American Political Science Review, 1977 a, 65 (4), 991-1017.
- Inglehart, R. The Silent Revolution. Princeton, N.J.: 1977 b.
- Inglehart, R. Wertwandel in der westlichen Gesellschaft. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: 1979, 279-316.
- Institut für angewandte Verbraucherforschung e.V. (Hrsg.) Möglichkeiten zur Beteiligung von Verbrauchern am Prozeß der Verbraucherinformation und Beratung. Köln: 1978.
- Itzwerth, R. & Winkelvoss, H. Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen. Forum Nr. 14., Mai, Berlin: 1980, 34-43.

- IWOS (Institut für Wohnen und Stadtentwicklung) (Hrsg.) Stadtplanung, Sanierung und Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Kreuzberg. Berlin: 1977.
- Jarchow, K. & Klugmann, N. Heumarkt. Berlin: 1980.
- John, P. Bedingungen und Grenzen politischer Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Bürgerinitiativen. München: 1979.
- Jung, L. 1980. Ideengeschichte sozialer Utopien. In J. Peters (Hrsg.), Die Geschichte alternativer Projekte von 1800-1975. Berlin: 1980, 9-71.
- Katz, A. H. & Bender, E. The Strength in Us. New York, N.Y.: 1976.
- Kickbusch, I. Selbsthilfe im Gesundheitswesen. In W. Nelles & R. Oppermann (Hrsg.), Partizipation und Politik. Göttingen: 1980, 382-409.
- Killilea, M. Mutual Help Organizations. In G. Caplan & M. Killilea. (Eds.), Support Systems and Mutual Help. New York; N.Y.: 1976, 37-93
- Kitschelt, H. Kernenergie und politischer Konflikt. Leviathan, 1979, 7 (4), 598-628.
- Klages, H. & Kmiecik, P. (Hrsg.) Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: 1979.
- Kmiecik, P. Wertstrukturen und Wertwandel. Göttingen: 1976.
- Knauer, R., Krohn, E. & Hönel, P. Lernen geht auch anders. Berlin: 1979.
- Knirsch, H. & Nickelmann, F. Die Chance der Bürgerinitiativen. Wuppertal: 1976.
- Knöpfle, F. Organisierte Einwirkungen auf die Verwaltung. Deutsches Verwaltungsblatt, 1974, 89, 707-716
- Kodolitsch, P. v. Gemeindeverwaltungen und Bürgerinitiativen. Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK). 1975, 14, 264-278.
- Korczak, D. Neue Formen des Zusammenlebens. Frankfurt: 1979.
- Kraushaar, W. (Hrsg.) Autonomie oder Ghetto? Frankfurt: 1978.
- Kroeber-Riehl, W. Konsumentenverhalten. München: 1975.
- Kropotkin, P. Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Frankfurt: 1976.
- Kussau, J. Bürgerinitiativen und Investitionsstau. Stockach-Hindelwangen: 1979.
- Kux, W. R. Effektivierungsmöglichkeiten politischer Partizipation durch Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen. In W. Nelles & R. Oppermann (Hrsg.), Partizipation und Politik. Göttingen: 1980, 113-150.
- Lange, R.P. (Hrsg.) Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1973, 4, 247-286.
- Lee, D. T. Therapeutic Type. In A. H. Katz & E. Bender (Eds.), The Strength in Us. New York, N.Y.: 1976, 42-48.
- Lehner, F. Die stille Revolution. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: 1979, 317-327.
- Lewin, L. S. Self Care and Health Planning. Social Policy. 1977, 8 (3), 47-54.
- Liebermann, M.A. & Borman, L. D. Self-Help Groups for Coping with Crisis. San Francisco, Washington, London: 1979.
- Lowien, M. Weibliche Produktivkraft - gibt es eine andere Ökonomie? Berlin: 1977.
- Maslow, A. H. Motivation and Personality. New York, Evanston, London: 1954.
- Matzner, E. Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise. Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg. Reinbek: 1978.
- Mayer, E. Theorie zum Funktionswandel der Gewerkschaften. Frankfurt: 1973.
- Mayer, M. Bürgerinitiativen und ökologiebewegung in den USA. In R. Roth (Hrsg.), Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt: 1980, 222-232.
- Mayer, M., Roth, R. & Brandes, V. (Hrsg.) Stadtkrise und soziale Bewegungen. Frankfurt: 1978.

- Mayer-Tasch, P. C. Die Bürgerinitiativ-Bewegung. Reinbek: 1976.
- Meyer, P. (Hrsg.) Produktionskommunen, Klingelbach: 1979.
- Mez, L. & Wilke, M. (Hrsg.) Der Atomfilz. Berlin: 1977.
- Moeller, M.L. Selbsthilfegruppen. Reinbek: 1978.
- Morris, D. & Hess, K. Nachbarschaftshilfe. Frankfurt: 1980.
- Nasehold, F. Zur Politik und Ökonomie von Planungssystemen. Politische Vierteljahresschrift, 1972, 13 (2), 13-53.
- Nelles, W. & Oppermann, R. Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung. Göttingen: 1979.
- Nelles, W. & Oppermann, R. (Hrsg.) Partizipation und Politik. Göttingen: 1980.
- Neske, M. & Juterzenka, G. v. Zwischenlösung Arbeitskollektive. Frankfurt: 1978.
- Netzwerk Selbsthilfe e. V. (Hrsg.) Ein Jahr Netzwerk. Berlin: 1979.
- Neumann, L. F. Verbraucherpolitik und alternativer Lebensstil. Mitteilungsdienst der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, 1979, (3/4), 21-26.
- Niederhauser, R. Ein paar junge Leute haben es satt zu warten auf das Ende der bloßen Vermutung, daß es bessere Formen menschlicher Gemeinschaft gibt. Neuwied: 1978.
- Novy, K. Strategien der Sozialisierung. Frankfurt: 1978.
- Offe, C. Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus. In H. Grossmann (Hrsg.), Bürgerinitiativen. Frankfurt: 1971, 152-165.
- Offe, C. Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt: 1972.
- Offe, C. Politische Herrschaft und Klassenstruktur. In G. Kress & D. Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Frankfurt: 1969, 135-164.
- Offe, C. Demokratische Legitimation der Planung. In C. Offe, Strukturprobleme des Kapitalistischen Staates, Frankfurt: 1972, 123-151.
- Offe, C. Rationalitätskriterien und Funktionsprobleme politisch-administrativen Handelns. Leviathan, 1974, 2 (3), 333-345.
- Olk, T., Hohn, H. W., Hinrichs, K. & Heinze, R. G. Lohnarbeit und Arbeitszeit. Leviathan, 1979, 7 (2,3), 151-173.
- Olson, M. J. Die Logik kollektiven Handelns. Tübingen: 1968.
- Olson, K. Food for People. In P. Freundlich, Chr. Collins & M. Wenig (Eds.), A Guide to Cooperative Alternatives. Communities, Journal of Cooperative Living, 1979, 1 (79), 48-52.
- Pohl, R., Marquering, B., Podolski, Chr., Rumpf, D. & Voss, K. F. Mittlere Wohndauer: 18 Monate. Hannover: 1978.
- Polanyi, K. Kritik des ökonomistischen Menschenbildes. Technologie und Politik. Reinbek: 1978 a, 12, 123-151.
- Polanyi, K. The Great Transformation. Frankfurt: 1978 b.
- Psychiatrie-Enquete. Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland - zur psychiatrischen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Versorgung der Bevölkerung. Bundestagsdrucksachen 7/4200 und 4201. Bonn: 1975.
- Rammstedt, O. Soziale Bewegungen - Modell und Forschungsperspektiven. In H. Matthöfer (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Villingen: 1977, 447-476.
- Raschke, J. Politische Paradigmenwandel in den westlichen Demokratien. Referat zum Jahreskongress der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. unv. Manuskript 1979 (teilweise veröffentlicht in Raschke, 1980).

- Raschke, J. Politischer Paradigmawechsel in den westlichen Demokratien. In v.T. Ellwein (Hrsg.), Politikfeldanalysen. Opladen: 1980, 284-299.
- Reidegeld, E. Krise, Verwaltungshandeln und Wissenschaftspolitik. Leviathan, 1977, 5 (1), 28-51.
- Die tägliche Revolution. Möglichkeiten des alternativen Lebens in unserem Alltag. Frankfurt: 1978.
- Richter, H. E. Die Gruppe - Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien. Reinbek: 1972.
- Riege, M. Räumliche Strukturen sozialer Ungleichheit. Köln: 1977.
- Robertson, J. The Sane Alternative. Signpost to a Selffulfilling Future. London: 1978.
- Robinson, J. Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft. München: 1965.
- Rock, R. Zur Problematik basisorientierter Verbraucherorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Mitteilungsdienst der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, 1980 (1/2).
- Rodenstein, M. Arbeiterselbsthilfe, Arbeiterselbstverwaltung und staatliche Krankenversicherungspolitik in Deutschland. In T. Guldemann, M. Rodenstein, U. Rödel & F. Stille (Hrsg.), Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Starnberger Studien 2. Frankfurt: 1978, 113-180.
- Ronge, V. Die Gesellschaft an den Grenzen der Natur. Bielefeld: 1978.
- Roth, R. Das Ende des politischen Biedermeier. In V. Brandes, J. Hirsch & R. Roth (Hrsg.), Leben in der Bundesrepublik. Berlin: 1980.
- Rüdig, W. Bürgerinitiativen im Umweltschutz. In V. Hauff (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen: 1980, 119-184.
- Schäfer, D. Die sozialen Dienste im Rahmen einer Systematik der sozialen Hilfen. In A. Blind, Chr. v. Ferber & H. J. Krupp (Hrsg.), Sozialpolitik und persönliche Existenz. Berlin: 1969, 265-287.
- Scherer, U., Scherer, K. R. unter Mitarb. v. Keim, L. & Wallbott, H. Bürgernähe im Publikumsverkehr. In F. X. Kaufmann (Hrsg.), Bürgernähe Gestaltung der sozialen Umwelt. Meisenheim am Glahn: 1977, 237-273.
- Scherhorn, G., Augustin, E., Brune, H. G., Eichler, G., Hoffmann, A., Schumacher, H., Werner, C. H. & Wieken, K. Verbraucherinteresse und Verbraucherpolitik. Göttingen: 1975.
- Schmidt, R. & Wagner, R. Wohngemeinschaften alter Menschen. In J. A. Schüllein (Hrsg.), Vor uns die Mühen der Ebenen. Göttingen: 1980, 89-106.
- Schneider, H. D. Kleingruppenforschung. Stuttgart: 1975.
- Schüllein, J. A. (Hrsg.) Kommunen und Wohngemeinschaften. Gießen: 1978.
- Schüllein, J. A. (Hrsg.) Vor uns die Mühen der Ebenen. Gießen: 1980.
- Schumpeter, J. A. Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern: 1950.
- Schwendter, R. Theorie der Subkultur. Köln: 1971.
- Schwendter, R. (Hrsg.) Zur alternativen Ökonomie II. Berlin: 1977.
- Schwendter, R. (Hrsg.) Zur alternativen Ökonomie I. Berlin: 1978.
- Schwendter, R. (Hrsg.) Zur alternativen Ökonomie III. Berlin: 1978 a.
- Schwinn, F. Wohngruppe Nr. 4. In J. A. Schüllein (Hrsg.), Vor uns die Mühen der Ebenen. Göttingen: 1980, 133-143.
- Sidel, V.W. & Sidel, R. Beyond Coping. Social Policy, 1976, 7, 67-69.
- Steinmann, G., Büscher, R. & Pfister, J. Gesellschaftlicher Wertwandel und makroökonomisches Zielsystem. In H. Klages & P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: 1979, 97-121.

- Strasser, J. Grenzen des Sozialstaates. Köln: 1979.
- Strotzka, H. Professionalisierung im psychosozialen Bereich. Psychosozial, 1979, 2 (2), 611.
- Teich, L. The Leon County Food Co-op. Communities No. 42, 1980, 2 (3) 21-23.
- Trojan, A. Demokratisierung der Gesundheitswesens durch Mitwirkung Betroffener. Forum-Nr. 14, Mai 1980, 14-33.
- Turczak, W. 1975. Bürgerinitiativen - näher betrachtet. Die demokratische Gemeinde 1975, 27, 453-456.
- Vandervelde, E. Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung. Berlin: 1974.
- Verba, S. & Nie, N. H. Participation in America. New York, N.Y.: 1972.
- Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.) Der Käuferstreik, die letzte Waffe des Verbrauchers. Stuttgart: 1977.
- Victor Gollancz-Stiftung (Hrsg.) Reader Jugendwohnkollektive. Frankfurt: 1974.
- Weisbord, B. A. Towards a Theory of the Voluntary Non-Profit-Sektor. In B. A. Weisbord, (Ed.), The Voluntary Non-Profit-Sektor. Lexington, Toronto: 1977, 189-232.
- Widmaier, H. P. Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat. Reinbek: 1976.
- Widmaier, U. Politische Gewaltanwendung als Problem der Organisation von Interessen. Meisenheim a. Gl.: 1978.
- Wolf, J. Stadterneuerung durch Bewohnergenossenschaften. Ein neues Trägermodell für Objektsanierung und Eigentumsbildung. Arch+, 1979, 45, 35-39.
- Wolfenden Committee The Future of Voluntary Organizations. London: 1978.
- Wurm, S. Das Leben in den historischen Kommunen. Köln: 1977.
- Zellentin, G. Abschied vom Leviathan. Hamburg: 1979.
- Zilleßen, H. Bürgerinitiativen im repräsentativen Regierungssystem. Aus Politik- und Zeitgeschichte. Das Parlament, 1974, B 12/74.